
A
ARCHITEKTUR
DER DDR
9'79
Preis 5,— Mark
30
DDR

**Die Zeitschrift „Architektur der DDR"
erscheint monatlich
Heftpreis 5,– M, Bezugspreis vierteljährlich 15,– M**

Bestellungen nehmen entgegen:
Заказы на журнал принимаются:
Subscriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner à la revue:

In der Deutschen Demokratischen Republik:

Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Im Ausland:

Bestellungen nehmen entgegen

Für Buchhandlungen:

Buchexport, Volkseigener Außenhandelsbetrieb der DDR,
DDR – 701 Leipzig
Leninstraße 16

Für Endbezieher:

Internationale Buchhandlungen in den jeweiligen Ländern bzw. Zentralantiquariat der DDR
DDR – 701 Leipzig
Talstraße 29

AN UNSERE LESER IM AUSLAND

Erneuern Sie bitte rechtzeitig das bestehende Abonnement für das Jahr 1980, damit keine Unterbrechung in der Weiterbelieferung der Zeitschrift eintritt.

Нашим читателям за рубежом

Пожалуйста, не забудьте своевременно вособновить подписку на журнал «Architektur der DDR» для того, чтобы обеспечить неперерывное получение и в 1980 г.

TO OUR FOREIGN READERS

Please, renew your subscription to „Architektur der DDR" in due course to ensure continuous supply in 1980.

A NOS LECTEURS ÉTRANGERS

S'il vous plait, renouvelez à temps souscription à „Architektur der DDR" pour éviter des interruptions de livraison en 1980.

Redaktion

Zeitschrift „Architektur der DDR"
VEB Verlag für Bauwesen, 108 Berlin
Französische Straße 13–14
Telefon: 2 04 12 67 · 2 04 12 68 · 2 04 12 66 · 2 04 13 14
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes
beim Vorsitzenden des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik
Artikelnummer: 5236

Verlag

VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Französische Straße 13–14
Verlagsleiter: Dipl.-Ök. Siegfried Seeliger
Telefon 2 04 10
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber-Nr. 11-22-29 trave Berlin
(Bauwesenverlag)

Gesamtherstellung

Druckerei Märkische Volksstimme, 15 Potsdam
Friedrich-Engels-Straße 24 (I/16/01)
Printed in GDR

Archit. DDR Berlin **28** (1979), September, 9, S. 513–576
ISSN 0323-3413

Im nächsten Heft:

Initiativen des Bundes der Architekten der DDR zum 30. Jahrestag der DDR
Auszeichnungen für sowjetische Architekten im Jahre 1978
Beiträge der Ausbildungsstätten für Architektur
zur 30jährigen Entwicklung der DDR
Sport- und Kongreßhalle in Rostock

Redaktionsschluß:

Kunstdruckteil: 6. Juli 1979
Illusdruckteil: 16. Juli 1979

Titelbild:

Blick auf die Baustelle Berlin-Marzahn, wo ein neues Wohngebiet der Hauptstadt für 100 000 Einwohner entsteht
Foto: Monika Uelze, Berlin

Fotonachweis:

Rudolf Hartmetz, Schwedt (3); Ernst Hellner, Schönbach/OL (1); Bauinformation/Blohm (3); Monika Uelze, Berlin (6); Bauinformation/Thonagel (1); Bauinformation/Uhlenhut (1); Margarete Börner, Weimar (1); Bauinformation/Baum (2); Gisela Dutschmann, Berlin (16); ADN-ZB/Hesse (1); Bernd Heinz, Berlin (6); Christian May, Dresden (1); K.-H. Kühl, Rostock (7); Konrad Grunau, Rostock (1); Friedhelm Ribbert, Magdeburg (7); Fotoatelier Goethe, Cottbus (2); Irma Schmidt, Rostock (2); K.-D. Plewa, Halle (1); Lutz Humann, Karl-Marx-Stadt (1); Ulrich Frewel, Potsdam (1); Heidemarie Milkert, Brandenburg (1); Hanjo Volster, Wismar (1); Ernst Schäfer, Weimar (1); Lichtbild-Hempel, Karl-Marx-Stadt (1); Kurt Picka, Karl-Marx-Stadt (1); Martin Skoyan, Leipzig (1); Wolfram Schindler, Erfurt (6); Deutsche Fotothek Dresden (2); Bauinformation/Schmidt (1); ADN-ZB/Löwe (1); ADN-ZB/Link (1); ADN-ZB/Ludwig (1); ADN-ZB/Schneider (1); ADN-ZB/Thieme (1); ADN-ZB/Ahnert (1); ADN-ZB/Busch (1); ADN-ZB/Bloßfeld (1); ADN-ZB/Sindermann (1); Bauinformation/Wolter (1); Bauinformation/Riemann (1); Bauinformation/Skoyan (1); H. Fiebig, Berlin (1); Herbert Lachmann, Leipzig (2); Werner Rietdorf, Berlin (2); Foto-Wotin, Neubrandenburg (1);

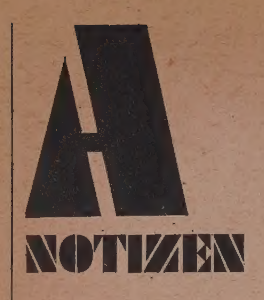


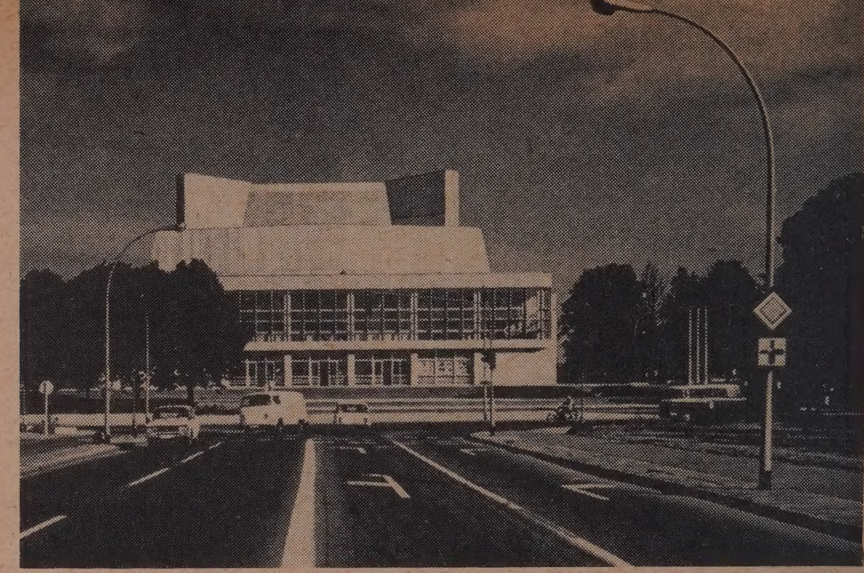
XXVIII. JAHRGANG · BERLIN · SEPTEMBER 1979

Herausgeber: Bauakademie der DDR und Bund der Architekten der DDR

Redaktion: Prof. Dr. Gerhard Krenz, Chefredakteur
Dipl.-Ing. Claus Weidner, Stellvertretender Chefredakteur
Detlev Hagen, Redakteur
Ruth Pfestorf, Redaktionelle Mitarbeiterin

Gestaltung: Erich Blocksdorf





Neues Kulturhaus in Schwedt (Oder)

Neubrandenburgs erfolgreichster Entwicklungsabschnitt

Die zehn Jahre seit der Ernennung Neubrandenburgs zum Stadtkreis gehören zum bisher dynamischsten und erfolgreichsten Abschnitt der Entwicklung dieser ehemals verträumten Bezirksstadt im Norden der DDR. Als die Stadt mit Wirkung vom 1. Januar 1969 den Status eines Stadtkreises erhielt, lebten in ihr 41 000 Einwohner, zehn Jahre später waren es 73 000. Neue Betriebe, wie Reifenwerk, VEB Nahrungsgütermaschinenbau, Großwäscherei, Heizwerk Süd, Nordbräu und viele andere mehr, wurden seitdem fertiggestellt, rekonstruiert oder erweitert.

Die Wohngebiete Neubrandenburg Ost, Monkeshof und Lindenwerk entstanden, und auch der Kulturpark ist ein Kind der siebziger Jahre. Der Umfang der industriellen Warenproduktion stieg auf das Zweieinhalbfache, und wichtige Straßenbaumaßnahmen, wie die Hochstraße und der innerstädtische Ring, wurden realisiert.

Mit dem Auf- und Ausbau von Betrieben wurde es möglich, die industrielle Warenproduktion in dieser Bezirksstadt von 1,6 Milliarden Mark im Jahre 1974 auf 2,6 Milliarden Mark im Jahre 1978 zu steigern.

Im gleichen Zeitraum sind 7 234 neue Wohnungen entstanden. Damit ist deren Zahl seit 1952 auf rund 20 000 gestiegen. Mithin leben, da der gesamte Wohnungsbestand mit etwa 25 000 angegeben ist, vier von fünf Einwohnern in Wohnungen mit modernem Komfort.

Rekonstruiertes Haupttor des alten Emirpalastes in Buchara



DDR: Umweltschutzproblem fest im Griff

Fast 3500 alte Müllkippen, die den modernen Forderungen des Umweltschutzes nicht entsprechen, sind seit 1973 in den Städten und Gemeinden der DDR beseitigt worden. Statt dessen wurden 70 geordnete Mülldeponien eingerichtet, die eine durchschnittliche Aufnahmefähigkeit von 20 bis 30 Jahren haben. Sie entstanden überall dort, wo sich hierfür geologisch besonders geeignete Standorte anboten, wozu vor allem stillgelegte Kiesgruben und Tagebaue gehören. Diese umweltfreundlichen Deponien werden zugleich von mehreren Städten und Gemeinden für die geordnete Ablagerung der Siedlungsabfälle genutzt. Das vom Institut für Kommunalwirtschaft in Dresden entwickelte Verfahren sieht eine schichtweise Ablagerung des Mülls vor. Sind zwei Meter aufgebracht, werden die Abfälle mit Planierfahrzeugen verdichtet und anschließend mit Sand und Bauschutt abgedeckt. Staub, Gerüche, Brände oder Ungeziefer können daher kaum entstehen. Nach dem derzeitigen Stand werden gegenwärtig etwa 50 Prozent aller Abfälle durch dieses Verfahren schadlos beseitigt. Bis 1985 werden weitere 100 moderne Deponien die alten Müllkippen restlos verdrängt haben.

Moderne Dachziegel

Für eine neue Dachprofilplatte aus dem Institut für Bauelemente und Faserbaustoffe Leipzig wurde dem Entwicklungskollektiv ein Ehrendiplom des Ministers für Bauwesen verliehen. Die großflächige Platte besteht aus glasfaserverstärktem Polyesterharz.
Sie ersetzt bei Restaurierungsarbeiten an Altbauten in einem Arbeitsgang Dutzende Dachziegel.
Die Platten sind rot gefärbt und so gestaltet, daß sie dem optischen Eindruck einer Dachbedeckung mit Ziegeln sehr nahekommen. Weitere Vorzüge sind hohe Lebensdauer, geringere Kosten, reduzierter Bauaufwand.

Industriebauer mit neuen Erfahrungen

Im Zeichen der Auswertung der 10. Tagung des ZK der SED stand Ende Juni im VEB BMK Chemie Halle ein Erfahrungsaustausch über den Komplexwettbewerb und die Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit im Industriebau.

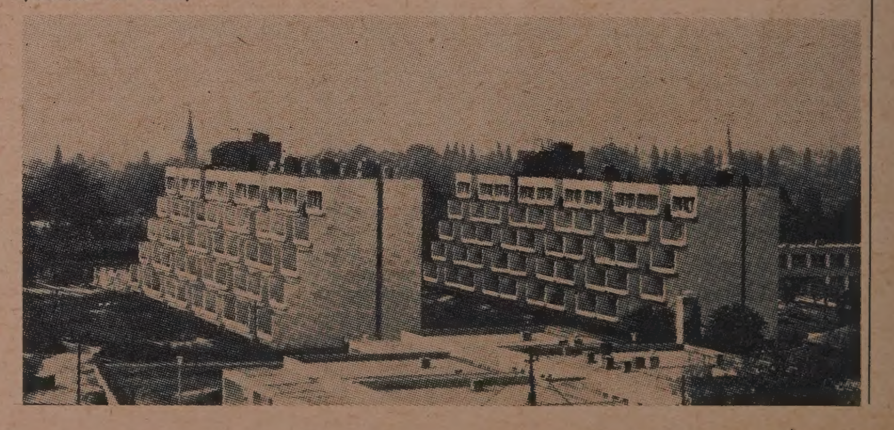
Wettbewerbsinitiatoren, Neuerer und Aktivisten von Industriebaustellen, aus Projektierungseinrichtungen und Instituten der Bauakademie der DDR berieten mit dem Vorsitzenden der IG Bau–Holz, Lothar Lindner, sowie Vertretern der IG Metall und der IG Chemie über die Weiterführung des objektbezogenen Komplexwettbewerbs, um die termin- und qualitätsgerechte Inbetriebnahme der für 1978 geplanten Investitionsvorhaben der Industrie unter allen Umständen zu sichern. Durch Anwendung hochproduktiver Technologien, höhere Auslastung der vorhandenen Technik und bessere Nutzung der Arbeitszeit wollen die Industriebauer die Bauzeiten erheblich verkürzen. Schwerpunkte der politisch-ideologischen Arbeit sind die Erläuterungen der volkswirtschaftlichen Bedeutung der betreffenden Investitions- und Rekonstruktionsvorhaben, die Entwicklung einer engen sozialistischen Gemeinschaftsarbeit zwischen Bauwissenschaftlern und -praktikern sowie die Übernahme der Erfahrungen der Besten im Wettbewerb.

UVR: Wohnbauten aus Hochofenschlacke-Blöcken

Im Rahmen der planmäßigen Rekonstruktion innerer Stadtteile Budapests entsteht im Zentrum des XVII. Bezirks ein Neubaubereich in stadtgemäßer, aber doch aufgelockerter Bauweise.

Neben elfgeschossigen Wohngebäuden werden fünf- und zum Teil sechsgeschossige Terrassenhäuser das Zentrum dieses Gebiets architektonisch bestimmen, die aus Hochofenschlacke-Blöcken errichtet werden.

Fünfgeschossige Terrassenwohngebäude aus Hochofenschlacke-Blöcken in Budapest (Architekt: G. Vedres)

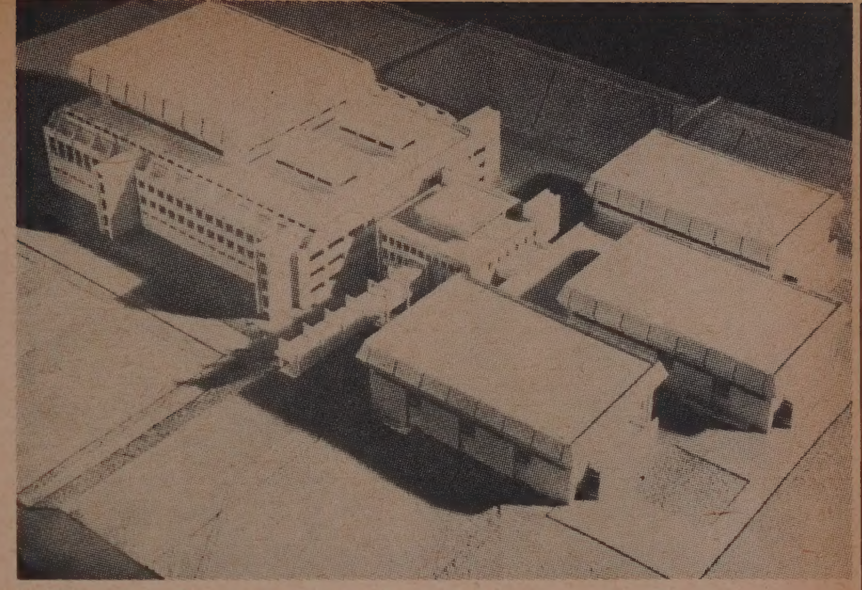




UIA-Generalsekretär
Michel Lanthonie

UIA-Generalsekretär in Berlin

Zu einem kurzen Arbeitsbesuch weilte der Generalsekretär der UIA, Michel Lanthonie, am 29. 6. 1979 in der Hauptstadt der DDR, Berlin. Er wurde am Sitz des Bundes der Architekten der DDR vom Präsidenten, Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Urbanski, vom Vizepräsidenten, Prof. Dr. G. Krenz, und vom 1. Sekretär, Dipl.-Ing. H. Scholz, zu einem Gespräch empfangen. Im Vordergrund standen dabei Fragen der Mitwirkung der Nationalen Sektion der DDR in der UIA, die Tätigkeit der UIA-Arbeitsgruppen und die Vorbereitung auf den XIV. Weltkongreß der UIA in Warschau. Generalsekretär Lanthonie informierte sich mit Interesse über die vielseitige Aktivität des BdA/DDR und über das Wirken der Architekten in unserer Republik.



Modell für den Sportkomplex im olympischen Dorf in Moskau

„Null-Energie-Haus"

Vom Dänischen Bauzentrum und der Technischen Hochschule in Kopenhagen wurde ein Haus entwickelt, das sich nach Angaben der Autoren mit Energie „selbst versorgen soll".

Das Experimental-Einfamilienhaus umfaßt zwei Gebäudeteile von je 60 m² sowie ein Atriumteil von 70 m², der zwar nicht geheizt wird, aber gegen Wärmeverluste isoliert ist.

Das Haus wurde unter dem ausschlaggebenden Gesichtspunkt der Vermeidung von Energieverlusten konstruiert: eine Isolierung von 30 bis 40 cm Mineralwolle aller Wände, Wärmepumpen für die Abluft im Ventilationssystem und für das Abwasser sowie durch ausreichend bemessene Sonnenkollektoren (42 m² mit einem 30-m³-Wasservorratstank).

Der gesamte Heizbedarf für das ganze Jahr wurde mit 2300 kWh berechnet, die von den Sonnenkollektoren erzeugt werden, weitere 2300 kWh von den Sonnenkollektoren werden für die Aufheizung des Gebrauchswassers verwendet.

Dieses Haus wurde ein Jahr lang betrieben. Dabei hat sich allerdings herausgestellt, daß die Erwartungen nicht ganz erfüllt wurden.

Wegen höherer Kaltluft-Infiltrierung und der stärker als erwarteten mechanischen Ventilation innerhalb des Hauses erhöhte sich der Heizbedarf auf 5800 kWh gegenüber den errechneten 2300 kWh.

Außerdem steuerte die Sonne infolge der ausnehmend geringen Sonnenscheindauer nur 43 Prozent zu der Heizenergie bei.

Professor Korsgaard von der Technischen Hochschule – einer der Konstrukteure des Hauses – weist denn auch darauf hin, daß das Problem der Speicherung der Sonnenenergie auch mit dem riesigen Vorratstank noch nicht gelöst ist, daß daran aber natürlich weiter gearbeitet wird.

Wohnbauten in Kista-Stockholm, Schweden





Neubau zur Unterbringung der historischen Sammlung des „Museums of London"
(Architekten: Powell, Moya und Partner)

Zug erreichte Geschwindigkeit von 280 km/h

Eine Spitzengeschwindigkeit von 281,6 km/h erreichte der Prototyp eines neuen französischen Hochgeschwindigkeitszuges auf der 65 Kilometer langen Strecke zwischen Colmar und Strasbourg. Wie die französische Eisenbahnverwaltung mitteilte, betrug die Durchschnittsgeschwindigkeit etwa 200 Kilometer je Stunde. 1979 sollen weitere Versuche auf einer Strecke zwischen Paris und Lyon unternommen werden, bevor der Zug im Herbst 1981 in den Liniendienst gestellt werden soll.

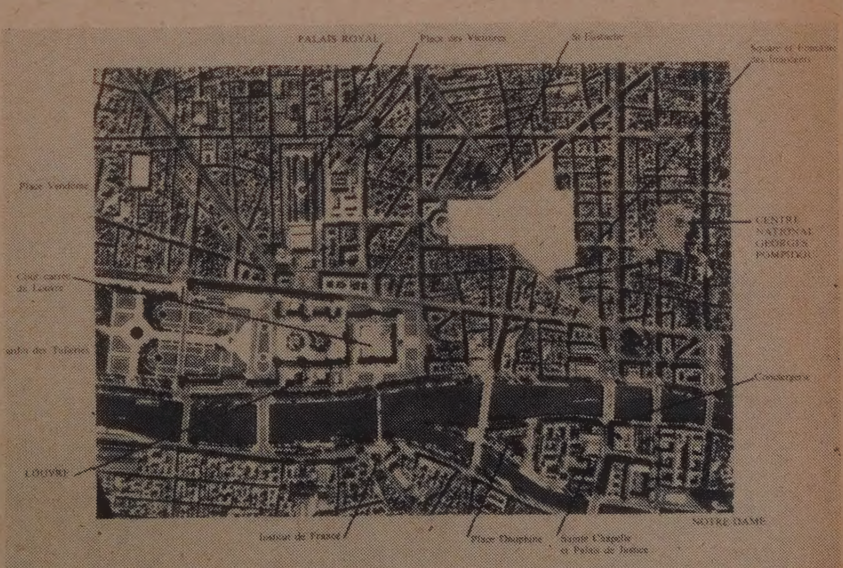
Wolkenkratzer als Sonnenuhr

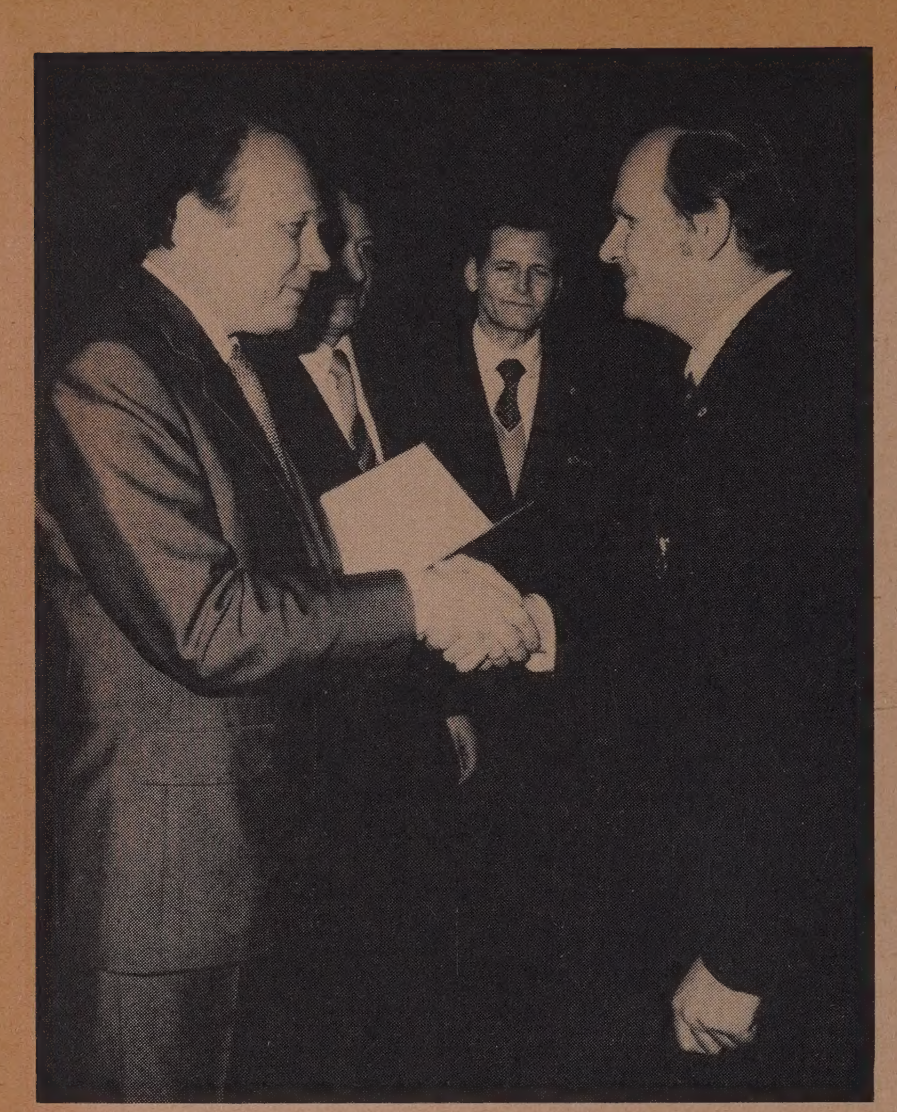
Ein besonderes Projekt hat der US-amerikanische „Stadtdesigner" M. Faverman erarbeitet, um breite Schichten des Publikums für die Errichtung bleibender Kunstwerke zu interessieren. Er betrachtet die stark vertikal ausgerichteten Wolkenkratzer der USA-Großstädte als Schattenstäbe für überdimensionale Sonnenuhren und legt sie seinen Projekten zugrunde. In der Abbildung ist als Beispiel der Sears Tower in Chikago, das höchste Bürogebäude der Welt, gezeigt. Bei der hier geplanten Sonnenuhr können die Ziffern sowohl auf den Straßen als auch an den Fassaden der Nachbargebäude angebracht werden.

Wettbewerb für Paris-„Les Halles"

Mit dieser Luftbildaufnahme (siehe unten), wirbt ein Komitee französischer Architekten für einen international ausgeschriebenen Wettbewerb zur Umgestaltung des über Paris hinaus bekannten historischen Stadtgebiets „Les Halles". Die Ausschreibung des Wettbewerbs ist Ausdruck des Protestes vieler französischer Architekten gegen den Plan der Pariser Stadtverwaltung, dieses Gebiet „architekturfrei" zu halten und die alte Bebauung ersatzlos abzureißen.







1

Architekturpreis der DDR 1979

Anläßlich des diesjährigen Tages des Bauarbeiters zeichnete der Minister für Bauwesen, Wolfgang Junker, verdienstvolle Architekten und Projektierungskollektive mit dem „Architekturpreis der Deutschen Demokratischen Republik" aus.

Für hervorragende Leistungen auf dem Gebiet des sozialistischen Städtebaus und der Architektur wurde der „Architekturpreis der Deutschen Demokratischen Republik" verliehen an:

Gerhard Landgraf,
Komplexarchitekt für das Wohngebiet Dresden-Prohlis und Gruppenleiter, VEB Baukombinat Dresden, Betrieb Projektierung;

Prof. Hubert Matthes,
Bereichsleiter, Bezirksbauamt Berlin;

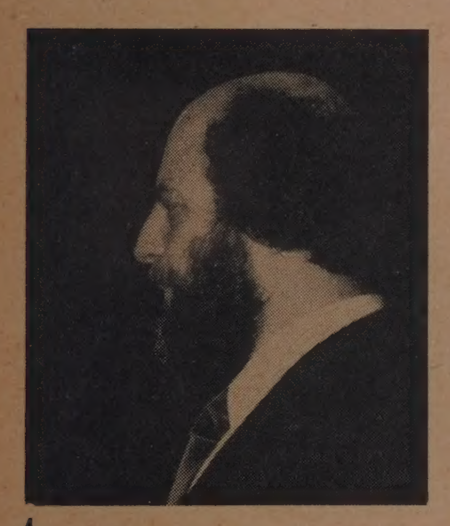
Kollektiv „Städtebaulich-architektonische Planung und Gestaltung des Gebietes Leipziger Straße in der Hauptstadt der DDR, Berlin":

Johannes Gitschel,
Wolfgang Ortmann,
Günter Queck,
Dieter Schulze,
Peter Schweizer,
Prof. Dr. Werner Straßenmeier,
Günther Wernitz

2



3



4

Kollektiv „Städtebaulich-architektonische Planung und Gestaltung des Neubauwohngebietes Großer Dreesch in Schwerin":
Rolf Andreas,
Manfred Fuchs,
Ludwig Herrmann,
Bernhard Kadzioch,
Heinz Lösler,
Hans-Joachim Muscher

Kollektiv „Architektonische und funktionelle Gestaltung des Industriebauobjektes Schuhfabrik Schwedt (Oder)" des VEB Bau- und Montagekombinat Ost, Betrieb Forschung und Projektierung:
Peter Braun,
Wilhelm Duy,
Ursula Kanicke,
Gerd-Michael Lange,
Klaus-Dieter Müller,
Hubert Wegner

1
Der Minister für Bauwesen, Wolfgang Junker, überreicht im Beisein des Leiters der Abt. Bauwesen beim ZK der SED, Gerhard Trölitzsch, und des Vorsitzenden der IG Bau-Holz, Lothar Lindner, den Architekturpreis an Prof. Hubert Matthes.

2
Die Leipziger Straße in der Hauptstadt Berlin, ein neuer lebendiger Bereich zum Wohnen, Einkaufen und Verweilen

3
Beispielhaft für hohen Nutzeffekt der Investitionen und gute Arbeitsbedingungen: die neue Schuhfabrik in Schwedt (Oder)

4
Für seine Verdienste als Komplexarchitekt des Wohngebietes Dresden-Prohlis wurde Gerhard Landgraf ausgezeichnet.

5
Blick auf einen Teil des Wohngebietes „Großer Dreesch", der in unmittelbarer Nähe des Schweriner Sees entstand und ein angenehmes Wohnen ermöglicht

5



1



30 Jahre DDR

Bauen zum Wohl der Menschen und zur Stärkung unserer Republik

Prof. Dr. sc. techn. Hans Fritsche
Präsident der Bauakademie der DDR

Zielbewußt, voller Initiative und Tatkraft begehen die Bürger unseres sozialistischen Staates den 30. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Mit berechtigtem Stolz ziehen sie die Bilanz über das, was sich unser Volk unter der Führung seiner marxistisch-leninistischen Partei an der Seite der Sowjetunion und in der Gemeinschaft der sozialistischen Länder geschaffen hat. Binnen dreier Jahrzehnte haben wir den tiefgreifendsten gesellschaftlichen Wandel in der Geschichte unseres Volkes vollzogen, einen sozialistischen Staat gestaltet, der mit seiner konsequenten Friedenspolitik einen geachteten Platz in der Welt einnimmt.

Alle Fortschritte, die in den vergangenen Jahrzehnten beim Aufbau unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates erzielt wurden, sind untrennbar mit den Leistungen aller Bauschaffenden unseres Landes verknüpft. Bedeutende Industriebauvorhaben und der Aufbau ganzer neuer Industriezentren, wie Eisenhüttenstadt, Hoyerswerda und Schwedt, schufen die Basis dafür, daß die DDR mit der erfolgreichen sozialistischen Revolution in die Reihe der zehn bedeutendsten Industriestaaten der Erde aufsteigen konnte.

Alle die grundlegenden Errungenschaften, die unser heutiges Dasein kennzeichnen, angefangen von der Fürsorge des Staates für die Kinder und den hervorragenden Bildungschancen für alle Jugendlichen bis zu der Sicherheit der Arbeitsplätze, der Gesundheitsbetreuung, der Erholung und dem ganzen Reichtum des kulturellen Lebens, wären unvorstellbar ohne die gewachsene Leistungsfähigkeit des Bauwesens.

Seit Gründung der DDR, besonders aber seit dem VIII. und IX. Parteitag der SED, haben die Bauschaffenden Bedeutendes zur Verbesserung der Wohnverhältnisse getan. Jeder sieht heute die Fortschritte, die mit der Verwirklichung unseres langfristigen Wohnungsbauprogramms erreicht wurden. Allein seit 1971 wurden durch Neubau und Modernisierung für 3,4 Millionen Bürger gute Wohnbedingungen geschaffen. Schritt um Schritt hat das Bauen dazu beigetragen, unser Leben zu verbessern. Immer mehr wird das Bild unserer Städte und Dörfer von den städtebaulichen und architektonischen Leistungen unserer Zeit bestimmt, ein Bild, das wir mit unseren neuen Bauten und bei sorgsamer Pflege des wertvollen baulichen Erbes durch Modernisierung und Erhaltung vorhandener Gebäude und baulicher Anlagen gestalten.

In diesen 30 Jahren hat sich auch das Bauwesen selbst grundlegend gewandelt. Mit dem Aufbau leistungsfähiger sozialistischer Bau- und Baustoffbetriebe und -kombinate wurde der Schritt vom Handwerk zum industriellen Bauen vollzogen. Die Bauwissenschaft und die schöpferische Arbeit der Neuerer, der Architekten, Ingenieure und Ökonomen haben dazu einen anerkannten Beitrag geleistet. Wenn alle diese Leistungen heute Würdigung finden, dann wollen wir nicht vergessen, daß alle Fortschritte im Bauwesen das Ergebnis eines ständigen zähen Ringens, harter, oft entbehrungsreicher Arbeit war, und daß wir all denen aufrichtigen Dank schulden, die uns als Aktivisten der ersten Stunde mit ihrem Elan und Optimismus das Beispiel gaben.

Mit ihren Initiativen im sozialistischen Wettbewerb haben die Werktätigen des Bauwesens dazu beigetragen, den 30. Jahrestag der Gründung der DDR zu einer überzeugenden Leistungsschau des Sozialismus auf deutschem Boden zu gestalten. Neue bedeutende Industrieanlagen, die in diesen Tagen die Produktion aufnehmen, und viele Wohnungen, die von glücklichen Familien bezogen werden konnten, sind sichtbare Ergebnisse dieser Leistungen.

Mit Fug und Recht kann man feststellen: Wir haben gemeinsam viel geschaffen, was unser Leben bereichert und auch weit über die Grenzen unseres Landes hinaus Beachtung findet.

2

3

1
Baumontage bei der Rekonstruktion einer Industrieanlage

2
Zur Übergabe der einmillionsten, seit dem VIII. Parteitag in der DDR fertiggestellten Wohnung besuchte der Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, die Großbaustelle Berlin-Marzahn und informierte sich im Gespräch mit Bauschaffenden über Planung und Aufbau dieses Neubaugebietes.

3
Gesellschaftlicher Bereich im Wohngebiet Nordhäuser Straße in Erfurt





4 Wohnbauten der Wohnungsbauserie 70 in Neubrandenburg

Von der Warte dieser Tatsachen aus können wir am Feiertag unserer Republik unseren Blick zuversichtlich nach vorn auf die künftigen Aufgaben richten. Denn, das weiß jeder bei uns: Mit dem großartigen Programm der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft hat das Bauen eine gute Perspektive.

Das Bauwesen steht bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des IX. Parteitages vor außerordentlich hohen Anforderungen. Sie werden vor allem von der grundlegenden Orientierung bestimmt, die der Generalsekretär des ZK der SED, Genosse Erich Honecker, auf der 10. Tagung des Zentralkomitees darlegte. Die zentrale Frage bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in unserer Republik ist die Stärkung ihrer ökonomischen Leistungskraft. Denn besonders unter den veränderten äußeren Bedingungen hängen weitere Fortschritte auf allen Gebieten unseres Lebens immer mehr vom beschleunigten Wachstum unserer Wirtschaft ab. Die Stärkung der materiell-technischen Basis der Volkswirtschaft ist damit zu einer Aufgabe von unbedingter Priorität geworden. Alle dafür geplanten Investitionen müssen termingemäß mit hohem Nutzeffekt realisiert werden und erfordern eine dynamische Leistungsentwicklung im Industriebau, besonders für die an Umfang zunehmenden Rekonstruktionsmaßnahmen.

Schon bei der Vorbereitung der Investitionen gilt es, durch die enge Zusammenarbeit von Auftraggebern und Baukombinaten, von Architekten, Ingenieuren und Wissenschaftlern durch rationelle Lösungen das günstige Verhältnis von Aufwand und Ergebnis zu sichern. Die Bauforschung wird sich darauf konzentrieren, in enger Gemeinschaftsarbeit mit der Praxis hocheffektive, konstruktive und technologische Lösungen für eine durchgreifende Rationalisierung der Produktionsprozesse im Industriebau, besonders für den monolithischen Betonbau und den bautechnischen Ausbau, zu entwickeln. Dazu wird die Bauakademie der DDR der Praxis noch in diesem Jahr eine Reihe von Forschungsergebnissen für die Durchführung von Rekonstruktionsmaßnahmen zur Verfügung stellen, die in gemeinsamer Arbeit mit den Kollektiven des VEB BMK Chemie, des VEB Chemisches Kombinat Bitterfeld und unter Einbeziehung weiterer Partner, wie des Metalleichtbaukombinates und der Technischen Hochschule Leipzig entstanden.

Mit Konsequenz setzen wir auch die Verwirklichung des langfristigen Wohnungsbauprogramms der DDR als Kernstück unserer Sozialpolitik mit dem Ziel fort, die Wohnungsfrage in unserem Lande Schritt für Schritt zu lösen. Dafür sind ein weiterer Leistungszuwachs sowie höhere Effektivität und Qualität im Wohnungsneubau, bei der Modernisierung und Werterhaltung sowie bei der stadttechnischen Erschließung erforderlich. Im Sinne unserer sozialpolitischen Zielstellung geht es darum, mit den verfügbaren Mitteln und bei strikter Einhaltung der Aufwandsnormative für möglichst viele Menschen die Wohnverhältnisse zu verbessern.

Damit verbindet sich ein hoher Anspruch an die Qualität in umfassendem Sinne. Von der städtebaulichen Planung über die Erzeugnisentwicklung, die Vorfertigung und Bauausführung bis zur architektonischen und bildkünstlerischen Gestaltung unserer Wohngebiete müssen wir nach neuen, effektiven und niveauvollen Lösungen suchen, die dem Wohlbefinden der Bewohner dienen und die sozialistische Lebensweise fördern.

Bei der Lösung aller dieser Aufgaben ist die Arbeit der Städtebauer und Architekten immer enger mit der Bauforschung verflochten, brauchen wir eine noch fruchtbarere Zusammenarbeit zwischen den Wohnungsbaukombinaten, dem Bund der Architekten, der Bauakademie der DDR, der Akademie der Wissenschaften und den Hochschulen des Bauwesens. Schwerpunkte der Bauforschung für den Wohnungsbau werden dabei vor allem die Rationalisierung der Wohnungsbauserie 70, die Entwicklung produktiver technologischer Lösungen für Erschließung, Vorfertigung, Montage und Ausbau, für die Modernisierung und Instandsetzung sowie grundlegende Fragen der Reproduktion des Wohnungsfonds und der komplexen Gestaltung der Wohnumwelt sein.

Bedeutende und besonders anspruchsvolle Bauaufgaben sind bei der weiteren Ausgestaltung der Hauptstadt der DDR, Berlin, zu lösen. Hier gilt es viele neue Wohnungen zu bauen und zielgerichtet vorhandene Wohnungen zu modernisieren. Beträchtliche Investitionen sind auch für die Industrie und für den Ausbau der Stadttechnik in der Hauptstadt zu bewältigen. Die Gestaltung des Stadtzentrums wird planmäßig fortgeführt. Neue und wertvolle alte Bauten werden harmonisch miteinander verbunden, um dem Berliner Stadtzentrum eine noch größere Ausstrahlungskraft zu verleihen. Hierbei bestes Wissen und Können unter Beweis zu stellen ist für alle Bauschaffenden unserer Republik eine Herzenssache.

Für die erfolgreiche Realisierung aller dieser Bauaufgaben, für die entsprechende Steigerung der Bauleistungen auf dem Wege der Intensivierung und Rationalisierung der Produktion ist die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu einem Schlüsselproblem geworden. Es geht um die höhere ökonomische und soziale Wirksamkeit der Bauforschung. Wichtige Voraussetzung hierfür ist es, ein anspruchsvolles, den internationalen Stand bestimmendes Niveau für ausgewählte Erzeugnisse zu erreichen. Zugleich ist die breitenwirksame Anwendung vorhandener Forschungsergebnisse, Erkenntnisse und Neuerungen noch effektiver zu organisieren.

Als eine wesentliche Potenz für die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts erweist sich dabei immer mehr die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Bruderländern, die wir besonders auf den Gebieten des Wohnungs- und Industriebaus im Sinne einer arbeitsteiligen Forschungskooperation weiter vertiefen werden.

In Forschung, Projektierung und Technologie stehen wir heute vor zahlreichen qualitativ neuen Problemen, die nur mit Weitsicht und in großer Komplexität zu lösen sind, und wo wir engem Ressortdenken und der Mittelmäßigkeit unerbittlich den Kampf ansagen müssen.

Das gilt insbesondere für solche Grundfragen unserer künftigen Entwicklung wie dem sparsamsten und effektivsten Einsatz von Material und Energie, die umfassende Nutzung von einheimischen und Sekundärrohstoffen, die intensive Nutzung und Erhaltung der umfangreichen baulichen Grundfonds und den sorgsamsten Umgang mit den natürlichen Ressourcen unseres Landes, vor allem mit dem Boden. Wir müssen uns durch eine komplexe Betrachtungsweise voll und ganz auf höchste Maßstäbe der Effektivität und Qualität einstellen. Lösungen, die diesen Kriterien nicht standhalten, gehen am Ziel vorbei.

Die Ökonomie ist dabei für uns nicht Selbstzweck, sondern das Gebot der Vernunft, objektive Gesetzmäßigkeiten sinnvoll anzuwenden, um die soziale und kulturelle Wirksamkeit unseres Bauens für das Leben der Menschen weiter zu erhöhen. Gerade indem wir alle ökonomischen Reserven besser nutzen und jede Vergeudung von Mitteln entschieden bekämpfen, erschließen wir neue Möglichkeiten für die sozialistische Entwicklung der Architektur, für die Gestaltung einer Lebensumwelt, die den hohen Idealen des Sozialismus gerecht wird.

Mit Recht sehen viele Forschungs-, Entwicklungs- und Projektierungskollektive in diesen neuen Aufgaben eine Herausforderung, der sie sich mit Engagement und Schöpfertum stellen. Gemeinsam mit allen Bauschaffenden werden sie den 30. Jahrestag der Gründung unserer Republik in dem Bewußtsein begehen, in einer Atmosphäre schöpferischer Arbeit das Beste für das Wohl des Volkes und die allseitige Stärkung unseres sozialistischen Staates zu leisten.

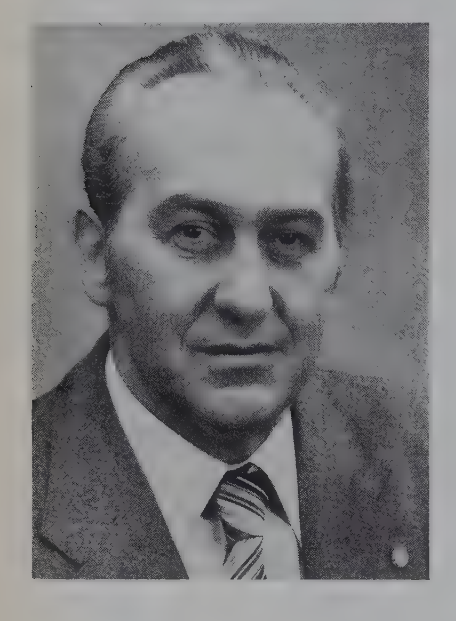


Bauen mit Weitsicht und hoher Qualität

Aus dem Schlußwort von Konrad Naumann, Mitglied des Politbüros des ZK der SED 1. Sekretär der Bezirksleitung Berlin



Am 24. 5. 1979 führte die Bezirksleitung Berlin der SED eine Beratung mit Architekten, Projektanten und bildenden Künstlern über die Aufgaben in Städtebau und Architektur bei der weiteren Ausgestaltung der Hauptstadt der DDR durch. 69 Kollegen legten in der Diskussion über diese Fragen ihre Standpunkte und Vorschläge dar. Auf den folgenden Seiten veröffentlichen wir wesentliche Auszüge aus dem Schlußwort und aus dem Referat, in denen grundsätzliche Ausführungen zu den künftigen Bauaufgaben in der Hauptstadt Berlin gemacht werden. red.



Der gute Verlauf und die wertvollen Ergebnisse unserer heutigen Arbeitsberatung unterstreichen wohl am besten die Zweckmäßigkeit der vor zwei Jahren getroffenen Entscheidung, sich in regelmäßigen Abständen in diesem Kreis darüber zu verständigen, wie die aus den Beschlüssen von Partei und Regierung erwachsenden Aufgaben in Städtebau und Architektur zur weiteren Ausgestaltung der Hauptstadt der DDR am besten erfüllt werden können.

Genosse Roland Korn hat dazu mit dem in vieler Hinsicht interessanten und für die weitere Arbeit nützlichen Referat beigetragen. Wir haben von den sehr inhaltsreichen, von Schöpfertum und eigener Verantwortung zeugenden Diskussionen in den Arbeitsgruppen gehört, die für die künftige Tätigkeit der Architekten, Projektanten und bildenden Künstler von prinzipieller Bedeutung sind. Ich möchte im Namen des Sekretariats der Bezirksleitung allen, die mit ihrer Arbeit dafür und in diesem Sinne gewirkt haben und hohe Leistungen in ihrem beruflichen Leben zur Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes vollbracht haben, herzlichen Dank und Anerkennung aussprechen.

Unsere Beratung findet an einem sehr wichtigen Abschnitt der Arbeit zur weiteren Durchführung der Beschlüsse des IX. Parteitages statt. Auf der XIII. Bezirksdelegiertenkonferenz der Berliner Parteiorganisation haben wir eine kritische Bilanz gezogen und auf vielen Gebieten zu Recht über eine erfolgreiche Entwicklung berichten können. Mit dem Schlußwort des Generalsekretärs unserer Partei, Genossen Erich Honecker, erhielt die Berliner Parteiorganisation eine prinzipielle Orientierung für die weitere Arbeit.

Die 10. Tagung des Zentralkomitees hat auf der Grundlage der Beschlüsse des IX. Parteitages der SED weit in die Zukunft reichende Schlußfolgerungen für das Wachstum der Volkswirtschaft der DDR gezogen. Sie ergeben sich aus der positiven Bilanz und aus den Veränderungen auf den internationalen Märkten.

1



2

Rechtzeitig und gründlich diese Schlußfolgerungen, die der Generalsekretär des ZK der SED, Erich Honecker, entwickelte, in die verantwortungsvolle Arbeit der Städtebauer, Architekten, Projektanten und bildenden Künstler einfließen zu lassen und durch Maßnahmen zu sichern ist deshalb ein wichtiger qualitativer Anspruch an alle, die Leitungsverantwortung tragen.

Die Effektivität der Bautätigkeit ist in vieler Hinsicht eine Frage des kontinuierlichen Wachstums der DDR und der erfolgreichen Weiterführung unserer sozialistischen Revolution. Sehr wesentlich entscheiden wir mit der Investitionsvorbereitung und ihrer Durchführung in der materiellen Produktion, wie das große Wirtschafts- und Wissenschaftspotential der Kombinate, Betriebe und wissenschaftlichen Einrichtungen für einen hohen Produktionszuwachs und für den erwarteten hohen Beitrag zur Leistungsentwicklung unserer Volkswirtschaft genutzt wird.

Bauen greift tief in die Lebensgewohnheiten der Menschen ein. Es ist Ausdruck der jeweiligen Lebensweise der Völker und ein Spiegel ihrer Kultur. Wie jede Epoche sucht auch der Sozialismus nach den ihm adäquaten Formen des Zusammenlebens der Menschen, zu denen die Architektur einen positiven und fördernden Bezug entwickelt.

Die besten Beispiele der städtebaulichen und architektonischen Lösungen der Hauptstadt sind ein würdiger Bestandteil der lebendigen Leistungsschau des Sozialismus anläßlich des 30. Jahrestages unserer Republik.

Die neuen Bauten und Ensembles gehören ebenso dazu wie die alten und „ehrwürdigen" und haben sich in das unverwechselbare Bild unserer Stadt eingereiht. So sind Architektur und Städtebau Berlins ein unverzichtbarer Bestandteil des Selbstwertgefühls und sich vertiefenden Nationalbewußtseins der Bürger der DDR und des eigenständigen Beitrags der DDR in der internationalen Familie der sozialistischen Staaten für die weltweite Erhöhung der Ausstrahlungskraft des Sozialismus.

Die Gestaltung unserer Hauptstadt ist zugleich ein Ausdruck unseres positiven Verhältnisses zu den progressiven Traditionen der deutschen Geschichte und zu den großen kulturellen Leistungen des deutschen Volkes.

Wenn wir im Jahre 1987 die 750-Jahr-Feier der Stadt begehen, so werden Rückblick und Ausschau mit der Frage verbunden sein, welches Gepräge der entwickelte Sozialismus unserer Stadt gegeben hat und gibt und wie sie gerade in ihrer spezifischen ästhetischen, baukünstlerischen und funktionalen Qualität das Lebensgefühl der Bürger positiv beeinflußt.

In diesem Sinne sind die auf vielen Gebieten der Arbeit der Architekten, Projektanten und bildenden Künstler geschaffenen guten Ausgangsbedingungen sowie die gewonnenen Erfahrungen weiter auszubauen und besser anzuwenden, um das Verhältnis von Aufwand und Nutzen aus der Bautätigkeit in der Hauptstadt bedeutend zu erhöhen.

Im Ergebnis der heutigen Beratung können wir folgende weitere Erfahrungen und Erfordernisse für die künftige Arbeit formulieren:

1
Komplex planen, heißt an alle denken: Wohnbauten, Spielplatz, Kindergarten, Feierabendheim und Wohngebietsgaststätte in Berlin-Marzahn

2
Das neue Gesicht unserer Hauptstadt. Blick vom Internationalen Handelszentrum auf die Berliner Innenstadt mit ihren neuen und historischen Bauten



3

Erstens ist die einheitliche Leitung und Organisation der Arbeit auf dem Gebiet der Generalplanung für die weitere Ausgestaltung der Hauptstadt entsprechend den Beschlüssen des IX. Parteitages durch den Magistrat wesentlich zu verbessern und weiterzuentwickeln, um so auf eine höhere Qualität Einfluß zu nehmen. Die Hauptfrage auf diesem Gebiet ist und bleibt die exakte Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1979 sowie des Gegenplanes.

Das große geistige und materielle Potential Berlins, begonnen bei den wertvollen Erfahrungen der Besten auf den Baustellen und in den Betrieben, in den Entwurfs- und Projektierungsbüros, die schnell gewachsene Baukapazität, die in und für die Hauptstadt entwickelt wurde, bis hin zum Wissenschaftspotential der Bauakademie, der Akademie der Wissenschaften, der Kunsthochschule, des Verbandes Bildender Künstler genauso wie des Bundes der Architekten der DDR, ist noch wirkungsvoller zu nutzen.

Zweitens ist unter Beachtung der unterbreiteten Vorschläge die konsequente Verwirklichung der gesetzlichen Bestimmungen der Investitionsvorbereitung für die bessere Überleitung der Ergebnisse der langfristigen Planung in die Vorbereitung und Baudurchführung, vor allem für die Vorhaben des komplexen Wohnungsbaus, zu sichern. Damit sind vorrangig die Bedingungen für die Kontinuität und Konzentration der Baudurchführung wesentlich zu verbessern und die Effektivität und Qualität der Arbeit der Bauschaffenden weiter zu erhöhen.

Drittens sind Maßnahmen erforderlich, um die Einheit von architektonischer Gestaltung, funktioneller Lösung und Bautechnologie in der Praxis wirksamer durchzusetzen. Dabei gehen wir davon aus, daß die industrielle Bauweise das volkswirtschaftlich einzig mögliche Prinzip zur Lösung der Wohnungsfrage in der Einheit von Neubau, Modernisierung und Werterhaltung ist.

Forschung und Entwicklung, Projektierung und Technologie und nicht zuletzt Planung und Bilanzierung der notwendigen Vorbereitungs- und Realisierungskapazitäten sind deshalb rechtzeitig einzubeziehen, um die sparsamste Verwendung der bereitgestellten Fonds zu sichern.

Durch engste Gemeinschaftsarbeit aller Verantwortlichen muß bereits in der Phase der konzeptionellen Vorbereitung eines Wohnkomplexes, eines jeden Investitionsvorhabens die rationellste Art und Weise zur Gewährleistung von hoher architektonisch-künstlerischer Gestaltung, funktioneller Lösung und effektiver Bautechnologie erarbeitet werden.

Die Einheitlichkeit dieses Prozesses der Planung und Investitionsvorbereitung muß – wie unsere Beratungsergebnisse zeigen – aber noch entschiedener und rationeller durch staatliche Leitung gesichert werden. Das betrifft letztlich vor allem das kontinuierliche Arbeiten der Taktstraßenkollektive des WBK und der Kollektive in den Fließlinien der Tiefbauerschließung.

Die beim Aufbau des Stadtbezirks Berlin-Marzahn gesammelten ersten Erfahrungen der Planung, Leitung und Organisation des Zusammenwirkens von Architekten, Projektanten, bildenden Künstlern und Baukollektiven, insbesondere durch die Aufbauleitung, sind deshalb gründlich auszuwerten.

Viertens, und das hat die Aussprache in allen Arbeitsgruppen der heutigen Beratung erneut deutlich gemacht, ist der wissenschaftlich-technischen Entwicklung und ihrer Verbindung mit den Kapazitäten und Leistungen im Berliner Bauwesen konsequenter zu entsprechen.

Hierfür wurde mit den Beschlüssen der 5. Tagung des Zentralkomitees der SED und den zu ihrer Durchführung von der Bezirksleitung festgelegten Schwerpunkten eine klare Orientierung gegeben, die nichts an Aktualität verloren hat.

Auf der 4. Bestarbeiterkonferenz 1979 sowie in den Intensivierungskonzeptionen der Baukombinate und -betriebe sollten deshalb die besten Erfahrungen und Ergebnisse bei ihrer praktischen Umsetzung ausgetauscht und auch damit der für die Plan-



4

erfüllung notwendige Leistungszuwachs gesichert werden.

Es sollten gemeinsam mit den Genossen der Bauakademie im Wohnungsbaukombinat die Kräfte stärker darauf konzentriert werden, um durch die forcierte Realisierung des Projekts für die Rationalisierung der WBS 70 auch die Qualitätsmängel bei den Dach-, Außenwand- und Kellerfugen endgültig zu überwinden.

Mit dem für den Zeitraum bis 1985 bestätigten Erzeugnissortiment für den komplexen Wohnungsbau ist zugleich der Auftrag erteilt, den Aufwand an Arbeitszeit und Material bedeutend zu senken.

Ein vorrangig zu lösendes Problem der wissenschaftlich-technischen Arbeit besteht in der Arbeit zur radikalen Einschränkung des Tiefbauaufwandes.

Durch das Bezirksbauamt sind in engem Zusammenwirken mit der Bauakademie der DDR gleichfalls beschleunigte Maßnahmen zur Schaffung des wissenschaftlich-technischen Vorlaufs für eine entscheidende Aufwandssenkung und wesentliche Leistungserhöhung der Arbeiten für die Werterhaltung, Instandhaltung, Modernisierung und Rekonstruktion der Altbausubstanz – einschließlich der Schließung von Bebauungslücken und des schnellen Ersatzes von baulich nicht mehr erhaltbaren Wohngebäuden – zu schaffen.

Generell ist in allen Berliner Baukombinaten und -betrieben die Bewertung der Entwicklung der Eigenleistungen, also ohne Materialkosten und Kooperationsleistungen, stärker zum Maßstab der Leistungs- und Produktivitätsentwicklung zu machen. Damit sind vor allem solche volkswirtschaftlich widersinnigen Praktiken konsequent zu verhindern, daß zum Beispiel die Baureparaturbetriebe bei der Durchführung von Modernisierungsarbeiten auf Grund einseitiger Beurteilung nach der Entwicklung der Bruttoproduktion nicht an der Wiederverwendung und Regeneration von Materialien interessiert sind.

Fünftens kommt es darauf an, für die Lösung der anspruchsvollen Aufgaben, die wir heute in Auswertung der 10. Tagung des Zentralkomitees gemeinsam beraten haben, die Schöpferkraft und Initiative der Architekten, Projektanten und bildenden Künstler im Wettbewerb zum 30. Jahrestag der DDR noch besser zur Entfaltung zu bringen.

Der verantwortungsbewußt und aus politischer Überzeugung von der Richtigkeit unserer sozialistischen Entwicklung handelnde Bürger unseres Staates, der alle seine Fähigkeiten und seine Kenntnisse bewußt und entschlossen einsetzt, ist und bleibt die entscheidende Produktivkraft unserer Gesellschaft, und es ist deshalb auch so wichtig, ihn in die Erfüllung der Aufgaben einzubeziehen.

In noch stärkerem Maße sind die vielen guten Erfahrungen von Architekten, Projektanten und bildenden Künstlern aus der Hauptstadt und aus anderen Bezirken anzuwenden, wie das jetzt beispielsweise bei der Errichtung des Wohngebietes in Berlin-Kaulsdorf, bei so bedeutenden Industriebauvorhaben wie für das Kombinat Elektroprojekt und Anlagenbau in Lichtenberg-Nordost bereits geschieht.

Tun wir alles, damit die Wirtschaftskraft der DDR weiter gestärkt wird und sich in ihrer Hauptstadt Berlin die Fortschritte auf dem Wege der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, unseres bewährten Kurses der Hauptaufgabe, deutlich widerspiegeln.

3
Durch Modernisierung und Instandsetzung werden auch in den alten Stadtbereichen Berlins die Wohnverhältnisse Schritt für Schritt verbessert.

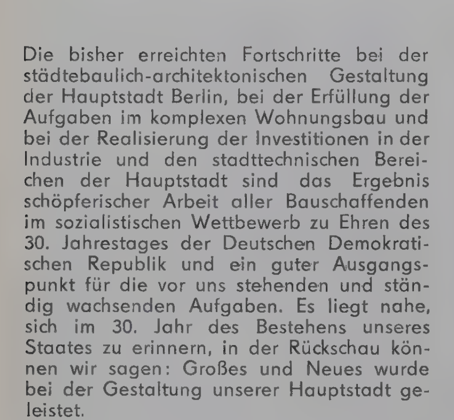
4
Für eine umfassende medizinische Betreuung entstehen in den neuen Wohngebieten Polikliniken.

1

Ergebnisse und Aufgaben in Städtebau und Architektur bei der weiteren Ausgestaltung der Hauptstadt der DDR



Aus dem Referat von Roland Korn, Chefarchitekt der Hauptstadt Berlin



Die bisher erreichten Fortschritte bei der städtebaulich-architektonischen Gestaltung der Hauptstadt Berlin, bei der Erfüllung der Aufgaben im komplexen Wohnungsbau und bei der Realisierung der Investitionen in der Industrie und den stadttechnischen Bereichen der Hauptstadt sind das Ergebnis schöpferischer Arbeit aller Bauschaffenden im sozialistischen Wettbewerb zu Ehren des 30. Jahrestages der Deutschen Demokratischen Republik und ein guter Ausgangspunkt für die vor uns stehenden und ständig wachsenden Aufgaben. Es liegt nahe, sich im 30. Jahr des Bestehens unseres Staates zu erinnern, in der Rückschau können wir sagen: Großes und Neues wurde bei der Gestaltung unserer Hauptstadt geleistet.

30 Jahre Deutsche Demokratische Republik sind 30 Jahre sozialistischer Aufbau. Die Zusammenarbeit von Bau- und Kunstschaffenden bei der Gestaltung der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin, hat eine langjährige, bewährte Tradition. Beim Aufbau der jetzigen Karl-Marx-Allee haben sie gemeinsam begonnen, buchstäblich aus den Trümmern des verheerenden Krieges ein neues schönes Berlin zu schaffen. Mit diesem kilometerlangen Abschnitt der bedeutenden Magistrale unserer Stadt entstand ein in der Einheit von städtebaulicher und künstlerischer Leistung eindrucksvolles, international anerkanntes Ensemble, das zum Symbol der neuen, gesellschaftsbejahenden humanistischen Ideen der Arbeiterklasse geworden ist.

Die Straße Unter den Linden, der Alexanderplatz, die Karl-Marx-Allee zwischen Alexanderplatz und Strausberger Platz sowie der Leninplatz setzten diesen begonnenen Weg auf der Grundlage eines bereits weitgehend industrialisierten Bauens folgerichtig fort, wobei eine Reihe neuer, einprägsamer Kunstwerke im städtebaulichen Raum, wie das Lenindenkmal, die Wandbilder um den Alexanderplatz, die Weltzeituhr und die großen Brunnen im Stadtzentrums, entstand.

Nach dem VIII. und insbesondere mit dem IX. Parteitag wurde mit der vorrangigen Orientierung auf das Wohnungsbauprogramm hinsichtlich der Syntheseentwicklung von Städtebau, Architektur und bildender Kunst eine neue Etappe eingeleitet. Sie ist einmal quantitativ gekennzeichnet durch das gewaltige Anwachsen des Baugeschehens und damit in Verbindung auch der Kunstvorhaben, zum anderen ist sie qualitativ gekennzeichnet durch den immer höher werdenden gesellschaftlichen Anspruch an die soziale und kulturelle Effektivität der baulichen Umwelt.

So werden zum 30. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik weitere bedeutende Vorhaben des komplexen Wohnungsbaues, der Industrie und des Verkehrswesens sowie im Stadtzentrum fertiggestellt.

Mit dem immer umfangreicher werdenden Investitionsgeschehen verändern wir das Stadtbild ständig und prägen es neu. In diesen Prozeß beziehen wir die Altbauten, die wir erhalten und bewahren, mit ein. Mit der Erfüllung der Beschlüsse unserer Partei haben wir das Bild Berlins als Hauptstadt des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates auf deutschem Boden so einprägsam und wirkungsvoll gestaltet, daß es die Erfolge des Sozialismus widerspiegelt und die wachsende Kraft unserer Gesellschaftsordnung überzeugend zum Ausdruck bringt.

Damit wird aber auch die hohe Verantwortung klar, die uns auferlegt ist. Es geht darum, den wachsenden Ansprüchen unserer gesellschaftlichen Entwicklung immer besser gerecht zu werden und mit den vorhandenen Mitteln das höchste Ergebnis in der Stadtentwicklung zu erreichen. Das aber messen wir daran, ob sich die Menschen wohl fühlen, mit welchem Bewußtsein sie die Ergebnisse unserer Arbeit aufnehmen, wie die neu gestalteten Wohngebiete, wie unsere Stadt insgesamt, auf die Förderung des sozialistischen Bewußtseins einwirken.

Freude und wachsendes Heimatgefühl ist ein sicheres Zeichen, daß unsere Arbeit ihre Früchte trägt.

Zum Beispiel entstand in sechs Jahren auf einer Fläche, die der des Stadtbezirkes Friedrichshain gleichkommt, das große Neu-

2

1
Im Zuge der weiteren Gestaltung des Zentrums der Hauptstadt wird der Berliner Dom wiederaufgebaut. Am gegenüberliegenden Spreeufer wurde jetzt das neue Palasthotel fertiggestellt.

2
Ein Blick auf die Baustelle Berlin-Marzahn vermittelt eine Vorstellung von den Dimensionen dieses Wohngebietes, in dem künftig 100 000 Menschen leben werden.

3
Modell des größten Wohnungsbauvorhabens der Hauptstadt, des Wohngebietes Berlin-Marzahn, mit einem anschließenden Naherholungsgebiet

bauwohngebiet Leninallee/Ho-Chi-Minh-Straße für rund 45 000 Einwohner. Hier ist es gelungen, in gegliederten Bauabschnitten erstmalig die Grundausstattung von gesellschaftlichen Einrichtungen zeitgleich mit den Wohnungen zu errichten. Großzügige Räume drücken sowohl gestalterische Eigenständigkeit als auch die Komplexität zu den umliegenden Altbaugebieten und Freiflächen, vor allem dem Volkspark Prenzlauer Berg, aus.
Von hier aus in das Innere des Gebietes zieht sich bis zum Volkspark Lichtenberg eine Grünzone, die der unmittelbaren Erholung der Bewohner dient und gestalterisch die märkische Landschaft in dieses große Gebiet einbezieht. Das soll das Heimischwerden der Bewohner mitbewirken. Natürlich stehen wir dabei noch am Anfang. Entscheidendes ist auf diesem Gebiet noch zu tun. Gut bewährt hat sich auch das Wohngebiet an der Greifswalder Straße, das gleichzeitig diese beliebte Magistrale zwischen S-Bahnhof und Michelangelostraße gestaltet und zur Versorgung der Bevölkerung der angrenzenden Altbauwohngebiete im Stadtbezirk Prenzlauer Berg beiträgt. Hier zeigt sich ein Aufschwung des Lebens in diesem gesamten Magistralenabschnitt.

3





4

5



4
Spiel- und Liegewiese in einem neuen Berliner Wohngebiet

5
Das Gebiet Berlin-Marzahn ist bereits durch eine neue Stadtbahnstrecke mit den anderen Teilen der Stadt verbunden.

6
Blick auf das Wohngebiet am Tierpark

7
Der innerstädtische Wohnkomplex Leipziger Straße wird noch in diesem Jahr fertiggestellt.

6



Lösung der Wohnungsfrage durch langfristige Planung und qualifizierte Projektierung komplex vorbereiten

Heute und in den nächsten Jahren wird doch hauptsächlich die Stadt durch das Wohnungsbauprogramm gestaltet, der Wohnungsneubau wird somit zunehmend im Stadtbild wirksam.

Auf der heutigen Beratung der Bezirksleitung Berlin der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands haben wir auch die Ergebnisse der Beratung des Sekretariats der Bezirksleitung vom 17. Februar 1977 zu werten. Seit dieser Beratung sind wir durch große Anstrengungen auf vielen Gebieten ein gutes Stück vorangekommen.

Damit wurden die Aufgaben für die schrittweise Lösung der Wohnungsfrage in Verbindung mit der Sicherung der stadttechnischen Ver- und Entsorgung, der verkehrlichen Erschließung und der Einbeziehung der architekturbezogenen Kunst gestellt.

Auf dieser Grundlage wurde am Generalbebauungsplan, Generalverkehrsplan und Komplexplan Stadttechnik weitergearbeitet. Ein besonderes Problem bildet die Aussage zur Verbesserung der komplexen Wohnbedingungen in der Gesamtheit. Auf dieser Grundlage müssen in Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen des Magistrats und den Räten der Stadtbezirke die dringend notwendigen Maßnahmen zur Erhaltung vor allem der Altbauten gerichtet werden. Viele neue Gedanken zur Erzielung eines hohen sozialen Effektes durch die notwendigen Baumaßnahmen sind in der Planungsarbeit, beginnend bei der Flächennutzung, besonders unserer bestehenden und zu errichtenden Wohngebiete, der Trassen der Stadttechnik und des Verkehrs bis zu räumlichen, städtebaulichen Lösungen für Teilkomplexe notwendig. Mit der weiteren unmittelbaren Vorbereitung der Aufgaben, besonders des komplexen Wohnungsbaues nach 1980, sind wir dabei, im engen Zusammenwirken mit der Bezirksplankommission und der Bauakademie der DDR Untersuchungen zur städtebaulich-räumlichen, verkehrlichen und stadttechnischen Entwicklung von ausgewählten Teilgebieten der Hauptstadt durchzuführen. Das betrifft insbesondere die weitere Untersuchung künftiger Wohnungsbaustandorte. Wir müssen heute den geistigen Vorlauf und damit die unmittelbare Vorbereitung der Investitionen qualifizieren. Bei einigen Wohngebieten, wie in Friedrichsfelde und der Falkenberger Straße, aber besonders auch im Stadtbezirk Berlin-Marzahn kam es zu notwendigen Veränderungen, die sich auf den gesamten weiteren Prozeßverlauf auswirkten. Noch jetzt müssen Projektierungsleistungen durchgeführt werden für Vorhaben, die sich unmittelbar vor der Realisierung befinden. Hier gilt es, besonders in Auswertung der 10. Tagung des Zentralkomitees, mit aller Konsequenz durch konzentrierten Einsatz der erforderlichen Projektanten schnellstens wieder Sicherheit im Bauablauf zu schaffen.

Bei den städtebaulichen Lösungen muß zukünftig weit mehr der Einsatz und die Wirksamkeit der Komplexarchitekten gesichert werden. Während im VEB Bau- und Montagekombinat Ingenieurhochbau Berlin die Rolle und Verantwortung der Komplexarchitekten seit langem geregelt ist, gibt es im VEB Wohnungsbaukombinat Rückstände. Es geht darum, die Komplexarchitekten so zu qualifizieren und zu unterstützen, daß sie gegenüber allen anderen Partnern als Autorität anerkannt werden, daß sie den VEB Wohnungsbaukombinat sachkundig vertreten. Die Hauptaufgabe der Komplexarchitekten besteht darin, schon in einer frühen Phase der Investitionsvorbereitung dafür Sorge zu tragen, daß eine hohe Komplexität aller an der Gestaltung neuer Wohnensembles Beteiligten erreicht wird. Das verlangt Einflußnahme auf die städtebaulich-architektonische und bildkünstlerische Qualität, auf die Überleitung neuer wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse in



7

Konstruktion und Technologie zur Gewährleistung einer hohen Effektivität und Qualität in der Baudurchführung.
Für die Ausarbeitung der Konzeptionen des komplexen Wohnungsbaus gibt es entsprechend Magistratsbeschlüssen und der Führungskonzeption des Bezirksbaudirektors exakt festgelegte Terminabläufe.
Für die Ausarbeitung der Konzeptionen des werden, wie Hohenschönhausen Nord, Marzahn-Nord muß die Mitwirkung der Komplexarchitekten jetzt und sofort erfolgen, damit der dringend notwendige Projektierungsvorlauf gewährleistet wird. Es ist erforderlich, die Projektierungsleistungen in den nächsten Jahren überdurchschnittlich zu steigern. Die Erhöhung der Leistungsfähigkeit muß durch die Steigerung der Effektivität der Projektierung im Zusammenhang mit der Rationalisierung der Produktionsvorbereitung erreicht werden. Das erfordert unter anderem auch, die Datenverarbeitung noch viel besser als bisher in den gesamten Prozeßablauf der Projektierung und der unmittelbaren Bauvorbereitung zu integrieren. Auch die weitere Erhöhung der gesellschaftlichen Verantwortung der Projektanten muß durch wachsenden politisch-ideologischen Einfluß der Parteiorganisationen gesichert werden. Dem muß auch der Einfluß gesellschaftlicher Kräfte, wie des Bundes der Architekten der DDR, der Kammer der Technik und des Künstlerverbandes entsprechen.
Die Hauptfrage zur Leistungserhöhung der Projektierung ist und bleibt, die Leitung und Organisation des Gesamtprozesses von der städtebaulichen Konzeption bis zum Projekt zu beherrschen.
Wir haben mit der Aussage zum Generalbebauungsplan bis 1980 eine gute Grundlage, in durchgängiger Disziplin und unter voller Nutzung der in anderen Bezirken erfolgreich angewendeten Orjoler Methode, den gesetzlichen Zustand für die Vorbereitung der Investitionen herzustellen.

In Auswertung der guten Erfahrungen in der konzeptionellen Bearbeitung des Wohngebietes im Stadtbezirk Berlin-Marzahn muß die unmittelbare Zusammenarbeit aller Fachdisziplinen, besonders der Kunstschaffenden, zukünftig gesichert werden. Die Lösung der Wohnungsfrage bis 1990 wird neben der Pflege und Erhaltung der Altbausubstanz im wesentlichen mit der Anwendung der Wohnungsbauserie 70 erfolgen. Die vielfältigen Vorschläge zur Rationalisierung der Montage und des Ausbaus sowie der Weiterentwicklung der Wohnungsbauserie 70, die im Wohnungsbaukombinat Berlin begonnen haben, sind konsequent unter Einbeziehung der Bauakademie, der Städtebauer und Bauarbeiter abzuschließen. Dazu gehört auch ein abwechslungsreiches und farbenfreudiges Aussehen der Wohnhäuser. Die bessere Gestaltung der Erdgeschosse mit unterschiedlichen Hauseingängen, die Einordnung von Handels-, Gastronomie- und Dienstleistungseinrichtungen muß verbindlich einer Lösung zugeführt werden.
An sich zufrieden sind die Bürger mit der Wohnungsaufteilung und der Ausstattung; weniger mit den sich häufenden Produktionsmängeln, die sich auf die Qualität auswirken.
Der sozialistische Fachverband der Berliner Architekten hat eine Vielzahl von bemerkenswerten Initiativen entwickelt. So sei stellvertretend für viele Aktivitäten genannt:
- das Internationale Entwurfsseminar für die städtebauliche Umgestaltung der Altstadtinsel Köpenick im Sommer 1977 und
- die Unterstützung der FDJ-Initiative Berlin, in deren Rahmen vier Wettbewerbe zu aktuellen Aufgaben in der Hauptstadt durchgeführt worden sind.

Auch auf dem Gebiet der Vielfalt und der Langfristigkeit städtebaulicher Lösungen sind wir durch Wettbewerbe insgesamt einen bedeutenden Schritt weitergekommen. So haben wir seit der Beratung im Februar 1977 zehn öffentliche und zwei innerbetriebliche Wettbewerbe durchgeführt und vielfältige Anregungen und Varianten zur Stadtentwicklung und zur Lösung von Einzelproblemen erhalten. Dabei sind für uns besonders die Beiträge unserer jungen Kollegen interessant. Ich möchte hier stellvertretend die Kollegen Dieter Kabisch und Uwe Karl nennen, die in einem Wettbewerb vielversprechende Leistungen gezeigt haben.
Unsere Aufgabe ist es jetzt, neue Wettbewerbsinitiativen noch eindeutiger mit verbindlichen Normativen auf die Lösung der auf der 10. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sowie der XIII. Bezirksdelegiertenkonferenz gestellten Aufgaben zu orientieren.

Den unverwechselbaren Charakter unserer Hauptstadt durch die harmonische Verbindung zwischen historisch Gewachsenem und Neuem erhalten

Unsere Aufgabe besteht darin, die gesamtgesellschaftlichen Probleme der Deutschen Demokratischen Republik in ihren Auswirkungen auf Städtebau, Architektur und bildende Kunst zu untersuchen und neue Lösungsmöglichkeiten herauszuarbeiten. Dabei steht im Mittelpunkt, daß bei allen herangereiften komplizierten Fragen das Wohnungsbauprogramm ohne Abstrich weitergeführt wird. Daß dabei strengste Sparsamkeit durch strikte Einhaltung der vorgegebenen Wohnflächen- und Kostennormative erforderlich ist, zeigt uns noch einmal mehr unsere hohe Verantwortung. Wir wollen und müssen uns noch mehr als bisher Gedanken machen, wie wir über das Einzelgebäude, ja über das einzelne Wohngebiet hinaus im gesamtstädtischen Maßstab zu Aufwandssenkungen in Größenordnungen gelangen können und dabei den Wohnwert der Gebiete gleichzeitig erhöhen.
Das setzt eine neue Sicht vieler gesamt-

städtischer Fragen der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, vor allem der notwendigen Einheit von Neubau und Erhaltung der vorhandenen Bausubstanz voraus, eine höhere Komplexität des Denkens im Hinblick auf die Stadtentwicklung. Dazu sich heute, vor allem auch in den vorgesehenen Arbeitsgruppen, zu verständigen, ist ein Anliegen unserer gemeinsamen Beratung. Aufwandssenkung muß bei der langfristigen Planung beginnen und nicht als etwas Negatives, sondern als Teil unserer Gesamtverantwortung verstanden werden.

Wir sehen wir unsere Stadt?

Wie wird sie von ihren Bewohnern und Gästen gesehen?

Berlin blickt auf eine sehr bewegte Geschichte zurück. Erst im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts auf der Grundlage der späten Entwicklung des Kapitalismus zum Imperialismus in Deutschland und der verspäteten „von oben" durchgesetzten Reichsgründung schnell zur Haupt- und Großstadt geworden, läßt es noch bis heute deutlich Spuren dieser bewegten Zeit und vieler Eingriffe in die jahrhundertelang gewachsene Struktur unseres Siedlungsraumes erkennen.

Sogar im Bewußtsein älterer Menschen ist die Zeit vor der Gründung des „Gemeindeverbandes Groß-Berlin" im Jahre 1920 lebendig. So kann man heute noch in Weißensee, Pankow und Köpenick oft hören: „Ich fahre morgen nach Berlin". Viele Dörfer und Siedlungen und auch eine Stadt, Köpenick, tragen also mit ihrer charakteristischen, in Jahrhunderten gewachsenen Gestalt, mit ihren Geschichten und Legenden, zu der vielfältigen Lebendigkeit unserer Hauptstadt bei. Berlin selbst war durch die vielen, differenzierten Stadterweiterungen um die ursprüngliche Doppelstadt Berlin/Cölln eine der schönsten und interessantesten mittelalterlichen Städte, und wir sollten noch viel deutlicher als bisher zum Ausdruck bringen, daß der historische Kern Berlins in unserer Hauptstadt liegt. Er bildet strukturell und gestalterisch den Ausgangspunkt unseres sozialistischen Stadtzentrums. Wir sind froh darüber, daß es uns in 30 Jahren gelungen ist, gerade an diesem historischen Ort mit der Neugestaltung des Stadtzentrums den Charakter unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung zum Ausdruck zu bringen.

Wir werden, wie es Genosse Konrad Naumann bereits im März dieses Jahres aussprach, „das 750. Jubiläum Berlins im Sinne der weiteren Gestaltung unserer sozialistischen Hauptstadt, ihrer Ausstrahlungskraft und der Festigung der Beziehungen aller Bürger der Deutschen Demokratischen Republik zu ihrer Metropole als Faktor des sich herausbildenden und festigenden sozialistischen Staats- und Nationalbewußtseins, der Vertiefung des proletarischen und sozialistischen Internationalismus und insbesondere der Freundschaft zur Sowjetunion begehen."

Durch die spezifische, auch widersprüchliche städtebauliche Entwicklung haben sich in unserer Hauptstadt unterschiedliche Wohnformen herausgebildet. Sie alle prägen den Charakter dieser Millionenstadt. Sie machen einen Teil ihres Reizes aus und behalten auch in Zukunft ihre Berechtigung. So steht die Beliebtheit der innerstädtischen Altbauwohngebiete, wie unter anderem die Ergebnisse der Modernisierung am Arnimplatz und Arkonaplatz zeigen, der Begeisterung vieler Berliner für offene Siedlungsgebiete in nichts nach. Ebenso werden die Neubauwohngebiete in Besitz genommen, werden mit ihrem spezifischen Charakter für die neuen Bewohner zu „ihrem Kietz".

Aber all das braucht seine Qualität und seine Zeit!

Alle Wohnformen haben ihre Berechtigung. Ihre starke Differenzierung bei Einwohnerdichten von 700 Einwohner je Hektar bis 40 Einwohner je Hektar ist ein außerordentlich wirkungsvoller Charakterzug unserer Hauptstadt.



8

Die Großstadt besteht also aus Gebieten mit unterschiedlichen Wohnformen — Einfamilienhausgebiete, Neubaugebiete, Altbaugebiete. Unsere Aufgabe als Städtebauer ist es, auf dieser Grundlage wichtige, für die Identität der Hauptstadt bedeutende Teile zu entwickeln, die untereinander in harmonischem oder spannungsvollem Zusammenhang stehen. Deshalb ist die These falsch, daß man die Altbaugebiete den Neubaugebieten „angleichen" müsse und daß durch möglichst hohe Abrißquoten in den innerstädtischen Altbaugebieten ähnliche Einwohnerdichten wie in den Neubaugebieten zu erreichen seien.

Die Zerstörungen des zweiten Weltkrieges und die nachfolgenden Abrißmaßnahmen im Zusammenhang mit der bisherigen Umgestaltung vor allem im Zentrum unserer Hauptstadt haben in der Mitte der siebziger Jahre zu einem Umdenken der Gesellschaft zur Altbausubstanz allgemein geführt.

Die steigende Anzahl und Größe der Neubaugebiete trägt natürlich dazu bei. Ganze zusammenhängende Stadtgebiete, besonders im Osten unserer Hauptstadt,

- Leninallee/Ho-Chi-Minh-Straße
- Hohenschönhausen I
- Friedrichsfelde Ost
- Straße der Befreiung Süd
- Rosenfelder Ring
- Straße Am Tierpark

werden jetzt schon ausschließlich durch den Wohnungsneubau bestimmt. Die Größe des Wohnungsneubaugebietes im Stadtbezirk Berlin-Marzahn wird mit dem weiteren schnellen Baufortschritt den Berlinern erst richtig bewußt.

Sowohl absolut als auch relativ nimmt leider andererseits der Anteil der historisch gewachsenen Altbaugebiete ab. Auch zeigt manchmal das Wohnen in den Neubaugebieten, daß trotz vieler Vorzüge einige Qualitätsmerkmale des Wohnens im innerstädtischen Altbaugebiet nicht immer erreicht werden. Die Befürchtung reift also stärker, etwas Unwiederbringliches zu verlieren, wenn die Altbausubstanz weiter reduziert wird.

8
Im Wohnungsbauprogramm der Hauptstadt bilden Neubau, Modernisierung und Werterhaltung eine Einheit. Blick in das Modernisierungsgebiet am Arkonaplatz

9
Instandsetzung und Modernisierung alter Wohngebäude tragen auch dazu bei, typische Elemente des traditionellen Stadtbildes zu erhalten.

Wir müssen also mit der These der grundsätzlichen, langfristigen Berechtigung verschiedener Wohnformen, wie sie sich historisch herausgebildet haben, die Sicherheit bei allen Bürgern vergrößern und unterstützen, sich in der Hauptstadt zu Hause zu fühlen, um die schöpferischen Initiativen für die Gestaltung der Stadt noch mehr als bisher zu wecken.

Wenn also die XIII. Bezirksdelegiertenkonferenz auf eine Minimierung der Abrisse in den Altbaugebieten orientiert, so verstehen wir das als eine langfristige Orientierung auf die grundsätzliche Erhaltung der innerstädtischen Altbaugebiete, als ein Bekenntnis zu einer einem normalen Reproduktionsprozeß entsprechenden natürlichen baulichen Entwicklung, die auch aus ökonomischen Gründen notwendig wird.

Hier trifft sich der Wunsch der Berliner mit zwingenden ökonomischen Erfordernissen und wird damit zum Grundsatz für die Stadtentwicklung, denn allein die historisch bedingte Wohnungssituation in unserer Hauptstadt zwingt zu einem maximalen Wohnungserhalt.

Ruhe und Zuversichtlichkeit in die langfristige Erhaltung ihrer Wohnumwelt wäre für die vielen Bürger der Altbaugebiete des-

halb so wichtig, weil ein Mensch, der zehn Jahre lang erklärt bekommt, daß, wie in manchen Dienststellen noch gesagt wird, „er" in den nächsten drei Jahren „abgerissen" wird, sich nicht wohlfühlen kann, da er im Unterbewußtsein ständig „auf dem Sprung" ist. Viele Eingaben und Anfragen der Bürger beweisen das. Ihre Interessen und ihre Initiativen werden vom eigenen Wohngebiet weggelenkt. Diese natürliche Reaktion ist in solchen Wohngebieten deutlich spürbar.

Die sozialistische Stadt wächst nicht neben der alten Stadt, sondern aus ihr heraus. Sie lebt und verändert sich ständig, erweitert sich quantitativ und schlägt durch unsere ständige Arbeit in eine neue Qualität um. Wenn die vorliegenden Ergebnisse der Modernisierung die Zustimmung der Bewohner finden, so zeigt das, daß die gewachsenen städtebaulichen Strukturen durchaus für neue, sozialistische Wohnbedürfnisse tragfähig sind, wenn die Wohnungen selbst entsprechend ausgestattet werden. Viele Vorzüge der Quartierstruktur der Baujahrgruppe 1870 bis 1914 wie Funktionsmischung, die in einem breiten Angebot an kleinen Läden und Gaststätten, kurzen Arbeitswegen und guter Verkehrserschließung zum Ausdruck kommen, wollen und sollen die Bewohner der innerstädtischen, dicht besiedelten Altbaugebiete nicht missen. Das läßt die Schlußfolgerung zu, daß sich rationelle Nutzung der Altbausubstanz und Erhöhung der städtebaulichen Qualität gegenseitig bedingen.

Von der langfristigen Standort- und Generalbebauungsplanung muß deshalb die Sicherheit ausgehen, daß die gewachsenen Strukturen generell erhalten bleiben. Dann können alle Initiativen der Bewohner, alle Initiativen von Künstlern, Handwerkern, Landschaftsarchitekten im Rahmen des Volkswirtschaftsplanes nutzbar gemacht werden.

„Angleichung" der Altbaugebiete an die Neubaugebiete kann also nur im Hinblick auf die vorrangige Verbesserung der Wohnverhältnisse verstanden werden, das heißt,

- ein Dach, in das es nicht reinregnet
- der Einsatz der Investitionen für die Sicherheit der stadttechnischen Versorgung, vor allem mit Elektroenergie und Wasser durch Einbeziehung des gesamten unterirdischen Versorgungsnetzes
- eine Toilette in der Wohnung und
- ein Ofen, der zieht.

Dazu gehört auch die ständige Verbesserung der Ausstattung mit gesellschaftlichen Einrichtungen, mit Spielplätzen für die Kinder und Ruheplätzen für die Alten mit Bänken und schattenspendenden Bäumen.

Deshalb ist die Orientierung der XIII. Bezirksdelegiertenkonferenz auf Abrißminimierung vor allem für die innerstädtischen Altbaugebiete von prinzipieller Natur. Man kann die Abrisse nicht zeitlich hinausschieben, um sie dann auf eine kürzere Zeit, zum Beispiel den Fünfjahrplan 1986 bis 1990, zusammenzudrängen, da das die Zerstörung wertvoller und beliebter Teile der Altbausubstanz zur Folge hätte. Vor allem aber müssen wir uns vorstellen, daß in der Zwischenzeit die Entwicklung in diesen Gebieten auch weiterhin und noch verstärkt negative Auswirkungen haben würde, obwohl während der ganzen Zeit volkswirtschaftliche Mittel in Größenordnung für die Instandhaltung notwendigerweise aufgewendet werden müssen. Mit diesem Geld und mit dieser Baukapazität kann nur dann ein politisch wirksamer Effekt für die Menschen erzielt werden, wenn sie dagegen bei sorgfältig geplantem Abriß der allerschlechtesten Substanz so eingesetzt werden, daß sie sichtbar zur schrittweisen Verbesserung der Wohnverhältnisse in den Altbaugebieten beitragen. Damit nutzen wir das mit der Altbausubstanz vorhandene Volksvermögen, seine materiellen und kulturellen Werte, noch langfristig und erhalten Typisches und Unwiederbringliches für unsere



9

Stadt, anstatt Geld buchstäblich zum Fenster hinauszuwerfen.
Hinzu kommt noch, daß der gegenwärtig „für später" dann vorgesehene konzentrierte Abriß von Wohnungen gar keine freien Flächen für einen industriellen Wohnungsneubau entstehen lassen würde, da die Altbauwohngebiete so dicht mit Industrie- und Gewerbestätten vielfältigster Art durchsetzt sind, daß diese, um entsprechende Baulandflächen zu erzielen, ebenfalls verlagert werden müßten. Für diese starke Belastung unserer Volkswirtschaft besteht bei nicht störenden Arbeitsstätten nicht nur keine materielle Möglichkeit, sondern auch überhaupt kein Grund. Im Gegenteil – kurze Arbeitswege gehören zu den Vorzügen des Wohnens in den dichtbesiedelten Innenstadtgebieten. Außerdem kann ein Betrieb, der Sicherheit über seine langfristige Entwicklung am vorhandenen Standort hat, ebenfalls seine Investitionen auch dafür verwenden, daß seine baulichen Grundfonds erhalten werden, Gebäude um- und ausgebaut werden, und er sich damit harmonisch in die Wohnbausubstanz einfügt. Den Erfordernissen einzelner Betriebe nach Erweiterung ihrer Produktion kann durchaus entsprochen werden. Gleichzeitig kann die Versorgung und Betreuung sowohl der Beschäftigten als auch der Bürger des angrenzenden Gebietes durch Einordnung gesellschaftlicher Einrichtungen komplex verbessert werden.

Der richtige Weg wird bereits seit einiger Zeit durch solche Initiativen, wie Lückenschließungen und auch durch die Ausstattung der Altbaugebiete mit zusätzlichen Kaufhallen, Schulen, Turnhallen, Vorschuleinrichtungen und Schwimmhallen beschritten. Es zeigt sich als Ergebnis der ersten Auswirkungen dieser Baumaßnahmen eine deutliche Aktivierung des Interesses der Bürger in diesen Wohngebieten.

Diese Auffassung von der Stadtreproduktion bringt für die Arbeit in Städtebau, Architektur und bildender Kunst grundlegende Konsequenzen. So müssen städtebauliche Grundkonzeptionen und Leitvorstellungen für alle Altbaugebiete erarbeitet werden. Als Grundlagen müssen exakte Analysen der Hochbausubstanz, fast noch dringender aber der unterirdischen Versorgungsnetze, erarbeitet werden. Was auf diesem Gebiet derzeitig passiert, wenn alle Baumaßnahmen in Altbaugebieten als „Einzelvorhaben" vorbereitet werden, ist unökonomisch in höchstem Grade. So muß im Stadtbezirk Berlin-Weißensee zur Realisierung eines Lückenbaus mit 24 Wohnungseinheiten ein 800 Meter langes Elektrokabel herangeführt werden. Für ein anderes Vorhaben, das mit Baukapazitäten des Bezirkes Frankfurt (Oder) realisiert wird, mußte die städtebauliche Konzeption dreimal erarbeitet werden, da die exakten Informationen über die mögliche Versorgung mit Fernwärme nicht rechtzeitig zu beschaffen waren.
Es ist also notwendig, langfristige Programme der Reproduktion der unterirdischen Versorgungsnetze in allen Stadtgebieten zu erarbeiten und sie über die volkswirtschaftliche Planung schrittweise zu realisieren. Ein Herausgreifen der abgegrenzten Modernisierungsgebiete führt, bevor diese Grundfragen klar sind, zu erheblichen Effektivitätseinbußen. Mit Recht kann man sagen, für viele Bürger ist die Möglichkeit, alle für ihren Haushalt erforderlichen modernen Elektrogeräte anschließen zu können, ebenso wichtig wie Dusche oder Bad. Besondere Aktualität erhält diese Problematik durch die gegenwärtig in Vorbereitung befindliche Umstellung von Stadtgas auf Erdgas, die bisher noch nicht mit den vorgesehenen Modernisierungs- und Instandhaltungsaufgaben räumlich und zeitlich in Übereinstimmung gebracht wurde.
Unter der Zielstellung der Aufwandsenkung haben wir auch unsere bisherigen Modernisierungskonzeptionen noch einmal gründlich zu prüfen. Damit entlasten wir nicht



10

nur die Wohnungsbilanz, sondern wir erhöhen zum Beispiel am Arnimplatz, diesem beliebten Gebiet an der Schönhauser Allee, auch die Einwohnerdichte und entsprechen damit noch mehr seinem Charakter. Auch im Gebiet Arkonaplatz, an der Fehrbelliner Straße, haben wir jetzt gemeinsam mit dem Rat des Stadtbezirkes Mitte eine städtebauliche Direktive fertiggestellt, die bei minimalem Abriß im Innern dieses Wohnquartiers eine klare Folge zusammenhängender kleiner Freiräume vorsieht, die viel mehr der Wohntradition dieses Gebietes entsprechen als größere Innenhöfe, die auf Grund ihrer Anonymität weniger angenommen und sehr unterschiedlich gepflegt werden.
Als ein noch nicht geklärtes Problem sehen wir, daß bei den Modernisierungs- und Instandsetzungsarbeiten viele Materialien, wie Fenster, Türen, Beschläge, Handläufe wieder zu verwenden sind, die heute noch oft weggeworfen werden. Hier ist eine Veränderung nicht nur in gestalterischer, sondern auch in ökonomischer Hinsicht zwingend, kostet doch die Reparatur einer alten Tür zwischen 25,– und 35,– M, während der Preis für eine neue Tür etwa 140,– Mark beträgt. Dazu muß jedoch die ökonomische Stimulierung der Betriebe verändert werden. Derzeitig wird im Gegenteil das Wegwerfen von vorhandenem Material durch den Berechnungsmodus der Arbeitsproduktivität direkt gefördert, ebenso wie die Verwendung zum Beispiel teurer Farbanstriche, obwohl der preiswerte Silikatanstrich nachweislich von längerer Farbechtheit und Haltbarkeit ist und überall dort, wo es technisch möglich ist, Anwendung finden sollte. Hinweise von Produktionsarbeitern, die damit ebenfalls nicht einverstanden sind, müssen nun endlich beachtet werden.
Rücken Bauen und Wohnen in den Altbaugebieten ganz eng zusammen, so müßte das ebenso für die unmittelbare Einbeziehung der Meinungen der Bewohner und der Bauarbeiter gelten.

Das bedeutet aber auch eine ständige umfangreiche interdisziplinäre Arbeit unter anderem mit den Vertretern der örtlichen Staatsorgane in den Stadtbezirken, mit Ortschronisten und vielen anderen, bei der Umsetzung des Grundlagenmaterials in Planungsdokumente vor allem auch schon mit bildenden Künstlern.
Dabei gilt es in gestalterischer Hinsicht vor allem

- die in den Altbaugebieten vorhandenen Maßstäbe aufzunehmen und alle neuen Elemente darauf abzustimmen. Das trifft vom Straßenpflaster über die städtebaulichen Ausstattungselemente und die Grün- und Freiflächen bis zur Gestaltung neu einzuordnender Gebäude und Ensembles sowie der Gestaltung nicht mehr erhaltenswerter Fassaden zu, deren oftmals deprimierender Eindruck darauf zurückzuführen ist, daß die eigentlich notwendigen Instandsetzungsmaßnahmen nicht oder kaum durchgeführt worden sind.
- die ursprüngliche gestalterische Absicht mit unserem neuen gesellschaftlichen Inhalt zu einer neuen Synthese zu verbinden.

– Dazu ist es notwendig, den typischen Charakter eines solchen Gebietes zu erfassen, der zum Beispiel aus der historisch gewachsenen und sich entwickelnden Funktions- und Sozialstruktur, der funktionellen Verflechtung mit anderen Teilgebieten der Stadt, der geschichtlichen und kulturpolitischen Entwicklung, dem Leben und Wirken bedeutender Persönlichkeiten und Ereignissen der Arbeiterbewegung, dem Kampf gegen Faschismus und Imperialismus resultiert. Hieraus lassen sich auch Inhalte und Gestaltungsideen für die bildende Kunst ableiten, die sowohl den Traditionsbezug erlebbar werden lassen als auch Stellung nehmen zu den politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen unserer Zeit.

– Auch bei den Fassaden dürfen nicht einfach die ursprünglichen Elemente übernommen werden, ihre Gestaltung soll in sparsamer Weise im Rahmen des Volkswirtschaftsplanes unser heutiges Lebensgefühl zum Ausdruck bringen. Farbleitpläne für ganze Modernisierungsgebiete müssen zur Grundlage für das Einzelgebäude gemacht werden. Schöne Formen, wie wir sie zum Beispiel an den Hauseingängen und in den Treppenhäusern finden, sind unbedingt zu erhalten.

– Neu bei der Fassaden- und Farbgestaltung ist auch die Einbeziehung der durch Abrisse entstehenden städtebaulichen Räume im Innern der Quartiere. Ihre Intimität kann sehr wirkungsvoll durch maßstäblich entsprechende baugebundene Kunst unterstützt werden, so daß ganz neue Erlebnisbereiche entstehen. Raumfolgen dieser Art, neue Wegebeziehungen, der Wechsel von weit und eng, bisher nicht gekannte Blickbeziehungen, können den Reiz der Altbaugebiete außerordentlich steigern.
Besonders wichtig ist die Erarbeitung von langfristigen Leitvorstellungen für die Magistralen durch die Bezirksplankommission, das Büro für Städtebau und die Räte der Stadtbezirke. Die Magistralen mit ihren kilometerlangen beliebten Erdgeschoßzonen, ihren vielen Plätzen und Ruhepunkten gehören in der Hauptstadt neben dem Stadtzentrum zum typischen, zum eindrucksvollsten Stadterlebnis. Die vielbesungene Schönhauser Allee mit der U-Bahn als Hochbahn, die liebenswürdige Klement-Gottwald-Allee, die neu gebaute Leipziger Straße mit vielen Einkaufsmöglichkeiten und Gaststätten, um nur einige zu nennen, prägen das Gesicht der Hauptstadt. Sie weiter zu vervollständigen, immer reizvollere Akzente hinzuzufügen, sollte mehr als bisher Gegenstand von gemeinsamen Wettbewerben, Ideenkonferenzen und Problemdiskussionen sein.
Dabei müssen wir aus den Erfahrungen bei der Errichtung der Leipziger Straße lernen, um besonders die Komplexität solch eines wichtigen Magistralenabschnittes in seiner ganzen Breite besser zu beherrschen.
Der unverwechselbare Charakter unserer Hauptstadt wird in hohem Maße bestimmt durch die Spree und Dahme mit ihren Seen. Diese für Berlin wichtige Magistrale, die im Sommerhalbjahr täglich von vielen Tausenden von Berlinern, Urlaubern und Touristen vom Schiff, Boot oder Wanderweg her erlebt wird, bedarf in Gegenwart und Zukunft unserer besonderen Fürsorge. Auch hier sind die Anlieger – vor allem Industrie- und Handwerksbetriebe – zur Ordnung, Sauberkeit und Pflege der Fassaden und zur Anpflanzung von abschirmendem Großgrün anzuhalten. Neubauten und Rekonstruktionsmaßnahmen entlang der Ufer sind behutsam und maßstäblich einzufügen, um diesen unersetzlichen Landschaftsraum nicht weiter zu beeinträchtigen.
Zum unverwechselbaren Charakter, Profil und Erscheinungsbild der Hauptstadt gehören aber auch die vielfältigsten Formen der Arbeitsstätten. Unsere Hauptstadt ist zugleich die größte Industriestadt der Deutschen Demokratischen Republik. Die Entwicklung von Arbeitsstätten in Industriegebieten, Mischgebieten und im Stadtzentrum übt einen großen Einfluß auf die Entwicklung der Stadtstruktur und des Stadtbildes aus. Unsere Betriebe und Arbeitsstättengebiete sind untrennbarer Bestandteil der Stadt.
Natürlich gilt alles bisher über die historisch gewachsenen Stadtgebiete Gesagte, über die Erhaltung ihrer kulturellen Werte und positiven Züge, in ganz besonderem Maße für das Stadtzentrum selbst. Ein besonderes Kennzeichen ist sein sozialer Inhalt. Nicht Bank-, Versicherungs- und Konzerngebäude wurden errichtet, sondern Wohnungen, Kulturbauten, große Plätze und Grünräume, die die bedeutenden Bauwerke in ihrer Architektur erlebbar machen und den gesellschaftlichen Großveranstaltungen dienen. Auch im Stadtzentrum zeigt sich heute unverwechselbar und einmalig das neue Berlin. Mit unserer städtebaulichen Planung setzten wir die bereits in den

50er Jahren konzipierte Leitplanung systematisch fort. Dazu dienen auch solche Investitionen, wie das Hotel „Metropol" und das Internationale Handelszentrum, mit denen die Neugestaltung der Friedrichstraße begonnen hat.
Besondere Aufmerksamkeit widmen wir der Einbeziehung der wertvollen Altbausubstanz in die Zentrumsgestaltung, mit der wir das kulturelle Erbe und Bedeutendes der Stadtgeschichte nutzbar machen. Die gute Tradition, die mit dem Wiederaufbau der Straße Unter den Linden begann, wird fortgesetzt am Lustgarten, dem Berliner Dom, dem Platz der Akademie, den Spittelkolonnaden sowie dem Palasthotel in Verbindung mit den Gebäuden der wasserwirtschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität. So kann man sagen, daß heute in unserem Stadtzentrum in Harmonie zwischen Überliefertem und Neuem der Ausdruck des neuen gesellschaftlichen Inhalts und die Synthese von Architektur und bildender Kunst in hoher Qualität bereits am deutlichsten wird.
Damit sind wichtige Voraussetzungen der Stadtentwicklung für unsere Hauptstadt herausgearbeitet:
Berlin zu entwickeln heißt, das für die Identität dieser Stadt Typische besonders zu fördern und weiter auszuprägen:

- das Stadtzentrum
- die kompakten Altstadtgebiete der Gründerzeit
- die Altneubau- und Neubaugebiete
- die offenen Siedlungsgebiete
- die eingemeindeten Dörfer dieser Stadt sowie Köpenick als Stadt in der Stadt
- die alten und neuen Industriegebiete
- die Magistralen
- die Spree und die Seen mit den ausgedehnten Natur- und Landschaftsschutzgebieten.

Die Vorzüge des Vorhandenen für unsere Zwecke zu nutzen, es weiterzuentwickeln und uns bewußt anzueignen, ist eine revolutionäre Aktion und Bestandteil der Entwicklung unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung.


11

Die Zusammenarbeit zwischen Städtebauern, Grünplanern, Architekten und bildenden Künstlern verbessert sich weiter

Schwerpunkt der Baumaßnahmen ist der Wohnungsbau. Um einen hohen Wohnungsgewinn zu erreichen, entstehen große Wohngebiete auf unerschlossenen, bisher landwirtschaftlich genutzten Flächen, so im Stadtbezirk Berlin-Marzahn und an anderen Standorten der Stadt.

Die Bebauungskonzeptionen mit den Kunstkonzeptionen des komplexen Wohnungsbaus für die Jahre 1979 und 1980 liegen im wesentlichen vor. Ergänzungen für das Wohngebiet III im Stadtbezirk Berlin-Marzahn müssen noch erfolgen. Zum Wohnungsbau in Kaulsdorf, der mit Kapazitäten der Bezirke Rostock, Schwerin und Neubrandenburg durchgeführt wird, erarbeiteten wir erstmals gemeinsam mit den Büros für Städtebau und den Wohnungsbaukombinaten der entsprechenden Bezirke die Vorbereitungsdokumente, so daß 1980 mit den Baumaßnahmen begonnen werden kann.

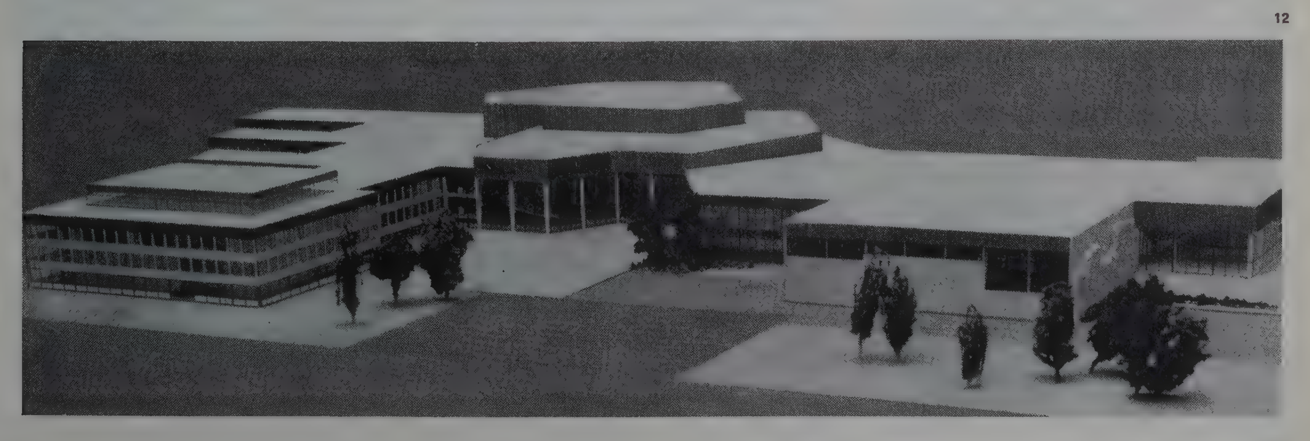
Im Stadtbezirk Berlin-Marzahn entsteht erstmalig ein Wohngebiet für über 100 000 Einwohner, das bei vergleichbarer Flächenausdehnung wie das Berliner Stadtzentrum in rund 8 Jahren errichtet wird. Zweifellos ist schnelles Bauen in dieser Größenordnung mit manchen Unzulänglichkeiten für die ersten Bewohner verbunden. Bereits die städtebauliche Planung muß die Voraussetzungen schaffen, daß bei konzentrierter Baudurchführung funktionsfähige Wohnbereiche entstehen. Das allein reicht nicht aus. Um das Heimischwerden der Bürger zu fördern, müssen charakteristische Raumbildungen, Farb- und Freiflächenkompositionen mit Kinderspielplätzen sowie Werken der bildenden Kunst beitragen. Gegenwärtig arbeiten etwa 140 Künstler des Verbandes Bildender Künstler der Deutschen Demokratischen Republik an etwa 200 Objekten, um diesen gesellschaftlichen Anspruch an die soziale und kulturelle bauliche Umwelt in ihrer ganzen Komplexität mitzugestalten.

Anwendung gleicher Typenprojekte für be-

10
Modell für die Rekonstruktion und den Wiederaufbau des Platzes der Akademie, eines der schönsten Architekturplätze Berlins mit dem Schauspielhaus von Schinkel

11
Modell für den weiteren Ausbau der Leipziger Straße und die Neugestaltung des Spittelmarktes

12
Modell des Zentralhauses der Jungen Pioniere in der Wuhlheide, das zum 30. Jahrestag der DDR seiner Bestimmung übergeben wird

12




13

stimmte Teilgebiete, aber auch Gestaltung interessanter Gebäudeformationen an ausgewählten Standorten durch direktes Zusammenbauen von Hochhaus, 11- und 5geschossigen Gebäuden können zur einprägsamen Umweltgestaltung beitragen. Ich hoffe, daß die Technologen Tabus überwinden und gemeinsam mit den Architekten an weiteren Möglichkeiten der Gestaltung unserer Wohngebiete auf der Grundlage von Typenprojekten arbeiten.

Im Neubaugebiet des Stadtbezirkes Berlin-Marzahn wurden zahlreiche Aktivitäten entwickelt, die auf das immer bessere gestalterische Bewältigen des industriellen Bauens abzielen. Die gegenwärtig entscheidenden Ansatzpunkte sind dabei

- die Individualität der Raumbildungen und
- die flexible Anwendbarkeit und gestalterische Variabilität des Erzeugnisangebotes.

Die Ergebnisse zeigen, daß bei den bestätigten Gebäudetypen noch manche echte gestalterische Verbesserung ohne grundsätzliche Projektveränderungen möglich ist. Dort, wo Farben, Material und Oberflächenstrukturen nicht nur als kosmetische Mittel betrachtet, sondern bewußt zum Herausarbeiten der tektonischen Struktur des Bauwerkes, zu seiner Gliederung und Proportionierung angewendet werden, lassen sich neue Qualitäten erzielen (z. B. bei den 5geschossigen WBS 70-Wohnhäusern). Es wird deutlich, daß Gestalten nicht unökonomisch sein muß oder unbedingt zusätzlichen Aufwand verlangt.

Am Bauvorhaben im Neubaugebiet im Stadtbezirk Berlin-Marzahn und auch im Wohngebiet Leninallee/Ho-Chi-Minh-Straße wurde untersucht, wie Wandgestaltungen auf verschiedenen Materialgrundlagen bereits in den Vorfertigungsprozeß technologisch integriert werden können. Im Betonwerk Grünau entstehen auf dieser Grundlage die ersten vorgefertigten Giebelelemente.

Es gibt also vielfältige Möglichkeiten, wenn Städtebauer, Architekten und Künstler frühzeitig mit der Vorfertigung zusammenarbeiten. Nur auf diese Weise können Farbleitkonzeptionen, wie sie für das Wohngebiet im Stadtbezirk Berlin-Marzahn entwickelt wurden, durchgesetzt werden.

Zur individuellen und qualitätsvollen Gestaltung unserer Wohngebiete gehört aber auch ein enger Kontakt zu den Bauarbeitern. Differenziert durch Farben und Figuren gestaltete Hauseingänge zeigen, daß wir vieles lernen und schnell auf die Vorschläge reagieren müssen.

Im Ringen um reichere, charakteristische städtebauliche Erlebnisräume wird den „Ausstattungselementen" — Stadtmöbel, Spielgeräte, Erzeugnisse zur Orientierung, Information, Agitation sowie Lichtgestaltung — in den letzten Jahren zunehmende Aufmerksamkeit geschenkt.

Die Lösungsvorschläge zeigen, daß mit einer sparsamen Palette gut abgestimmter Elemente eine Bereicherung der Umweltgestaltung erzielt werden kann.

Wenn auch die städtebauliche Struktur und Gestalt, das städtebauliche Ensemble, das Gebäude der wesentlichste Faktor für die gestalterische Qualität der Stadt sind, müssen weitere Seiten der Umwelt beachtet werden. Naturschutz, Erhaltung der Bäume und Wälder, Wasser- und Luftreinhaltung, ökologisches Gleichgewicht sowie Güte des Kleinklimas haben existenzielle Bedeutung für den Menschen.

Nichts ist so geeignet, das Charakteristische unserer natürlichen landschaftlichen und klimatischen Bedingungen zum Ausdruck zu bringen, wie die Pflanze. Die Lebendigkeit, die sich in einem ständigen Formen-, Farben-, Struktur- und Texturwandel einer Pflanzung im Ablauf des Jahres ausdrückt, ist unerschöpflicher Quell für die Gestaltung einer unverwechselbaren Wohnumwelt. Die Überwindung der Monotonie willkürlich und unkünstlerisch gestalteter Pflanzungen gleichen Charakters im Stadtgebiet ist ein Hauptziel unserer Arbeit. Die Ausarbeitung einer Bepflanzungs-Leitkonzeption auf der Grundlage des Generalbebauungsplanes für das gesamte Gebiet der Hauptstadt steht dabei im Vordergrund.

Diese Leitkonzeption schafft zusammen mit der städtebaulichen und bildkünstlerischen Konzeption die Voraussetzung für ein differenziertes Stadtbild, vor allem muß der unterschiedliche Vegetationscharakter im Berliner Urstromtal und auf der Barnimhochfläche stärker beachtet werden.

13
In allen neuen Wohngebieten ist für die Kinder gesorgt. Der Bau von Kindergärten, Krippen und Schulen gehört zu den wichtigsten Aufgaben des komplexen Wohnungsbaus.

Zu den Pflanzen-Leitmotiven ist von Wohnkomplex zu Wohnkomplex wechselnd als Begleitmotiv eine differenzierte Pflanzung, abgestimmt mit Farb- und bildkünstlerischer Konzeption, gezielt einzusetzen und zu künstlerischen Höhepunkten zu steigern.

Kleingartenanlagen werden zunehmend zum integrierten Bestandteil des Grün- und Erholungsflächensystems der Hauptstadt. Mit öffentlichen Fußwegen, Sitz- und Spielplätzen sowie Gartenlokalen werden sie zum Anziehungspunkt für viele Bürger.

In keiner anderen Freiflächenkategorie spiegelt sich der jahreszeitliche Wechsel der Natur so vielgestaltig wider wie in den Kleingärten und Einfamilienhausgebieten. Die Produktion von Obst und Gemüse ist ebenso bedeutend wie die anregende Einwirkung auf die Menschen der Wohngebiete, die ihre Freiflächen im Wohnkomplex nicht nur bewohnen, sondern auch selbst pflegen. Auch und gerade deshalb ist die Gestaltung von Wohngebieten, die in direkter Beziehung zu Kleingartenanlagen und Einfamilienhausgebieten stehen, mit besonderer Sorgfalt vorzunehmen.

Intensive Baulandnutzung und effektive Lösungen bei der Errichtung von Wohn- und Arbeitsstätten

Das Bauen auf unerschlossenem Gelände erfordert einen zunehmenden Aufwand für Anlagen der Stadttechnik und des Verkehrs. Umfangreiche Leitungen für die Wasserversorgung, Entsorgung, Heizung, Umspannwerke, Kläranlagen, Heizkraftwerke usw. sind erforderlich.

Effektivste Baulandnutzung und rationelle stadttechnische Erschließung sind bei der Größenordnung des zu realisierenden Wohnungsbauprogramms eine erstrangige Aufgabe. Vor allem geht es um die Senkung

des Tiefbauaufwandes. Rationellere Erschließungssysteme, so durch Führung der Primärleitungen am Rande der Wohngebiete, sowie Reduzierung der Auffüllungen müssen zu einer Entlastung der Tiefbaukapazität beitragen.

Eine Hauptfrage ist in diesem Zusammenhang eine weitere Verdichtung der Bebauung. Die Initiative des Jugendkollektivs Gutt des Büros für Städtebau für die Bearbeitung der Bebauungskonzeption des Wohngebietes Hohenschönhausen Nord, auf annähernd gleicher Fläche 11 500 WE unterzubringen, also 1000 WE mehr als ursprünglich geplant, ist hierfür ein nachahmenswertes Beispiel.

Flächenreduzierungen sind auch möglich, wenn die Grundstücksgrößen für gesellschaftliche Einrichtungen standortbedingt betrachtet werden.

Infolge der zunehmenden Vergesellschaftung der Erziehung der Kinder stellt sich auch die Frage, ob Spieleinrichtungen nicht doch effektiver nutzbar gemacht werden können. Rund 60 Prozent der Kinder der entsprechenden Altersgruppe besuchen die Kinderkrippe, über 90 Prozent den Kindergarten, ein großer Teil der Schulkinder den Schulhort. Alle erhalten getrennte Spielmöglichkeiten. Können wir die Kinderspieleinrichtungen nicht so planen, daß sie in der Woche den Einrichtungen, am Wochenende und am Abend dem Wohngebiet zur Verfügung stehen? Wir müssen also der Mehrfachnutzung von Flächen und Anlagen stärkere Beachtung schenken.

Ein weiteres Problem sind die technologisch bedingten Flächen.

Gegenwärtig übersteigen die für die Baudurchführung der WBS 70, 5geschossig, notwendigen Abstände die der Besonnung um 6 Meter.

Wie diese Beispiele zeigen, gibt es viele Möglichkeiten, im Zusammenwirken von Wissenschaftlern, Städtebauern, Fachplanträgern und Technologen eine rationelle Flächennutzung zu erreichen.

In diesem Zusammenhang wird vorgeschlagen, die Genossen der Bauakademie zu bitten, die Komplexrichtlinie für den Wohnungsneubau nach 5jähriger Anwendung im Hinblick auf rationellere Nutzung des Baulandes zu überprüfen.

Wie wir alle wissen, kann nicht mehr verbraucht werden als produziert wird.

Für uns bedeutet das, um effektivste Lösungen mit maximalem gesellschaftlichem Nutzen in der Investitionsvorbereitung und -durchführung zu ringen und durch Senken des Aufwandes mehr Mittel für die produktive Akkumulation zu gewinnen. Nicht alles, was wir planen, braucht sofort ideal gelöst zu werden. Das Wohnungsbauprogramm konsequent unter schwierigen Bedingungen fortzusetzen, verlangt, realistischer von dem gesellschaftlichen Arbeitsvermögen auszugehen. Realisierung von Wohngebieten nach Ausstattungsstufen, das heißt, in Etappen, bringt Entlastung der angespannten Baubilanz.

Größere gesellschaftliche Einrichtungen, die nicht der unmittelbaren Grundversorgung wie Kinderkrippen und -gärten, Schulen, Kaufhallen, Klubgaststätten, Dienstleistungseinrichtungen dienen, können auch später gebaut werden. Ausgehend von gesamtstädtisch funktionellen Interessen, sollte erwogen werden, ob aufwendige Zentren in den neuen Wohngebieten notwendig sind.

Mit den Bürgern sollte über die etappenweise Realisierung ehrlich gesprochen werden. Eingaben und kommunalpolitische Probleme können so reduziert werden.

Die Lösung der Wohnungsfrage ist mit der konsequenten Anwendung industrieller Baumethoden, vor allem mit der Anwendung der WBS 70 verbunden, die mit über 60 Prozent zukünftig den Hauptanteil der Wohnungsbauproduktion ausmacht. An der ständigen Verbesserung rationeller Vorfertigung und Bauproduktion, variabler Gestaltung der Fassaden, muß gerade deshalb gearbeitet werden.

Mit der Einführung funktionsunterlagerter WBS 70-Gebäude (also Wohngebäude mit Läden und Gaststätten) muß erreicht werden, die ökonomisch, bautechnologisch und im Ausbau aufwendigen SK-Scheiben schrittweise abzulösen. Diese Gebäude müssen so entwickelt werden, daß die Fließfertigung bei Wohnungen und gesellschaftlichen Einrichtungen und damit kurze Bauzeiten möglich werden. In diesem Jahre werden wir in 5geschossigen Wohngebäuden der Serie WBS 70 gesellschaftliche Einrichtungen in den Erdgeschossen im neuen Wohngebiet Friedrichsfelde-Ost an der Straße der Befreiung errichten, um entsprechende Erfahrungen für zukünftige Gebäude zu sammeln.

Standortbedingt durch Lage vieler Wohngebiete am Stadtrand sowie im Interesse maßstäblicher und kleinteiliger städtebaulicher Raumbildungen sollte der Anteil 5- und 6geschossiger Wohngebäude langfristig wesentlich erhöht werden. Wohnungen in 10- und 11geschossigen Gebäuden sind um 30 Prozent teurer als in 5geschossigen, ohne besseren Wohnwert, ohne wesentlich höhere Einwohnerdichte.

Es liegt also im volkswirtschaftlichen Interesse, Wohngebäude zu errichten, bei denen der Material-, Ausrüstungs- und Unterhaltungsaufwand bei besserer Gestaltungsmöglichkeit, wie viele Beispiele in anderen Städten beweisen, optimiert wird.

Mit der weiteren Entwicklung und Ausgestaltung unserer Hauptstadt ist eng verbunden, daß wir eine in jeder Hinsicht lebendige und aufstrebende Hauptstadt auch in und mit den Arbeitsstättengebieten schaffen. Bei der Planung und Projektierung der Arbeitsstätten gehen wir davon aus, daß die Entwicklung sozialistischer Beziehungen in der materiellen Produktion wesentlich durch funktionelle und gestalterisch hochqualifizierte Lösungen gefördert wird. Unter sozialistischen Bedingungen werden die Arbeitsstätten nicht in Industrieslums „abgeschoben", sondern bewußt auch an bedeutenden Straßen, wie der Allee der Kosmonauten, und Magistralen, wie der Leninallee und der Prenzlauer Promenade, errichtet. In unmittelbarer Verbindung mit anderen Gebäuden und Ensembles werden sie zur städtebaulichen Gestaltung herangezogen. Besonders intensiv werden die Beziehungen zu benachbarten Wohngebieten herausgearbeitet, zum Beispiel zu einem Neubauwohngebiet im Stadtbezirk Berlin-Marzahn.

Maßnahmen der Industrierationalisierung, der Rekonstruktion und des Umweltschutzes werden vorrangig unter dem Gesichtspunkt einer intensiveren Ausnutzung des Baulandes durchgeführt. Diese Intensivierung ergibt ökonomische Vorteile, durch Einsparung von Tiefbaukapazität, günstige innerbetriebliche Funktionsbeziehungen, Erhaltung der Beziehungen der Beschäftigten untereinander und weitere. Städtebaulich wird erreicht, daß diese Gebiete in den Ausbauprozeß der Hauptstadt einbezogen werden und sich dynamisch entwickeln können. Durch Abriß überalterter Bausubstanz werden Flächen für die Errichtung von Industriegeschoßbauten und Sozialeinrichtungen gewonnen. Beispiele für gelungene bauliche Lösungen entstanden im EAW Treptow, im Berliner Bremsenwerk und im Kabelwerk Oberspree. Weitere Möglichkeiten ergeben sich durch Maßnahmen der territorialen Rationalisierung, wie die Errichtung einer zentralen Betriebspoliklinik in Adlershof zeigt. Für das erweiterte Rekonstruktions-, Rationalisierungs- und Umweltschutzprogramm des VEB Elektrokohle Lichtenberg wurde in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit von Auftraggebern, Architekten und Städtebauern ein funktionell-städtebauliches Leitbild entwickelt, das die schrittweise Umgestaltung bei laufender Produktion ermöglicht.

Der Neubau von Arbeitsstätten konzentriert sich seit Jahren im Investitionskomplex Lichtenberg Nordost. Auf einer Fläche von etwa 400 Hektar werden Betriebe der Bauwirtschaft, des Großhandels und der Industrie angesiedelt. Damit wird in unmittelbarer Nachbarschaft von Wohnungsbauschwerpunkten ein bedeutender Bereich der Stadt neu gebaut. Dieses Gebiet wird durch so wichtige Straßenzüge wie die Leninallee, die Rhinstraße und die Allee der Kosmonauten durchquert.

Eine der Bedeutung der Straßen entsprechende Bebauung wird mit so bekannten Industriebauten, wie dem Heizkraftwerk Lichtenberg, dem Lager Konsumgüterbinnenhandel und dem größten Industriebauvorhaben der Hauptstadt, dem Kombinat Elektroprojekt und Anlagenbau Berlin, erreicht.

Einige charakteristische Merkmale, die für die neue Qualität dieses Gebietes sprechen, sind bereits in den Ansätzen erkennbar:

- klare überschaubare Ordnung,
- Ausgestaltung mit Einrichtungen der Versorgung und Betreuung,
- Schaffung von Gemeinschaftseinrichtungen und deren Mitnutzung durch die Bevölkerung,
- einheitliche Gestaltung von Teilkomplexen und Ensembles durch die Verwendung einheitlicher Gestaltungsmittel unter Einbeziehung von Werken der bildenden Kunst.

Insbesondere bei der Errichtung der materiell-technischen Basis des Berliner Bauwesens sind Fortschritte erkennbar. Vergleicht man den Neubau des Plattenwerkes Falkenberger Straße für das Wohnungsbaukombinat, das Zentrallager für das Baustoffversorgungskombinat und die Kleineisenfertigung des VEB BMK Ingenieurhochbau mit den hergebrachten Vorfertigungs- und Lagerplätzen, so ist der Unterschied gravierend.

Am S-Bahnhof Springpfuhl entsteht unmittelbar gegenüber dem Wohnungsneubau im Stadtbezirk Berlin-Marzahn ein eigenständiges Arbeitsstättengebiet. Es ist durch eine intensive Bebauung, hohe Arbeitsplatzdichte mit vielfältigem Arbeitsplatzangebot in Geschoßbauten gekennzeichnet. Getrennt vom Fahrverkehr wird von den Haltestellen des öffentlichen Personennahverkehrs eine Fußgängerpromenade mit intensiver Grüngestaltung unter Einbeziehung von Werken der bildenden Kunst, Springbrunnenanlagen u. ä. ausgebildet.

Nachdem beim Lager für den Konsumgüterbinnenhandel Erfahrungen bei der Einbeziehung bildender Künstler für die äußere Gestaltung des Ensembles gewonnen wurden, geht die Gestaltungskonzeption beim Werksneubau des Kombinats Elektroprojekt und Anlagenbau einen Schritt weiter. Diese beginnt bei der Oberflächen- und Farbgestaltung, führt über die Gestaltung des Eingangsbereiches mit Grün, Springbrunnenanlagen, Fahnen- und Sitzgruppen, Vitrinen für die Öffentlichkeitsarbeit in einheitlicher Materialausführung über eine Straße der Besten ins Innere der Gebäude. Dort werden Kunstkonzeptionen für die Gestaltung der Betriebsgaststätten und der Pausenräume realisiert. Für die Ausgestaltung der Arbeitsplätze in den Werkhallen und Geschoßbauten liegt eine Farbkonzeption vor. Die Gesamtkonzeption wurde umfassend mit den Werktätigen diskutiert und abgestimmt.

Die wenigen angeführten Beispiele wurden stellvertretend für die Entwicklung auf dem Gebiet des Industriebaus und die Initiativen der Betriebe, der Architekten und Städtebauer genannt. Die gewonnenen Erfahrungen gilt es in den nächsten Jahren für eine noch bessere Gestaltung der Arbeitsumwelt der Werktätigen zu nutzen und fortzuführen.

Wesentlich bei unserer gemeinsamen Betrachtungsweise ist insgesamt, und das möchte ich hier mit aller Deutlichkeit sagen, daß wir – angefangen bei der Gesamtstadt bis hin zum Einzelgebäude und zum Freiraum – das Denken darauf richten müssen, wie wir mit den vorhandenen volkswirtschaftlichen Mitteln das Beste für unsere Bürger erreichen, wie wir ihr Heimatgefühl entwickeln, zu ihrer Lebensfreude beitragen und ihre feste Verbindung zu unserem sozialistischen Staat unterstützen.

1

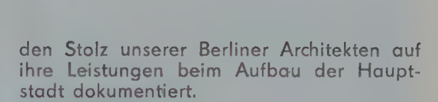
Zu den Initiativen, die die Berliner Bezirksgruppe des BdA/DDR in Vorbereitung des 30. Jahrestages der DDR entwickelt, gehört eine Gemeinschaftsarbeit zu Problemen der rationelleren Gestaltung gesellschaftlicher Bereiche in neuen Wohngebieten.

1
Wohngebietsgaststätte „Biesdorfer Kreuz" im neuen Wohngebiet Berlin-Marzahn

2
Mit den Wohnungsneubauten entstehen in Berlin-Marzahn auch die wichtigsten gesellschaftlichen Einrichtungen für Bildung, Handel und Gastronomie, das Gesundheitswesen sowie für die Betreuung der Kinder und der älteren Menschen.

2

Initiativen der BdA-Bezirksgruppe Berlin zum 30. Jahrestag der DDR



Interview mit Dr.-Ing. Dorothea Tscheschner,
Mitglied des Vorstandes der Bezirksgruppe des BdA/DDR

Verantwortlich für die Zusammenarbeit der Bezirksgruppe des BdA/DDR mit dem Magistrat der Hauptstadt der DDR, Berlin

Red.: Wie wir wissen, hat die Berliner Bezirksgruppe des Architektenverbandes in Vorbereitung des 30. Jahrestages der DDR sehr wertvolle Initiativen ergriffen. Was sind dabei die Schwerpunkte?

Antwort: Bereits mit der Blickrichtung auf den IX. Parteitag der SED schlossen der Magistrat der Hauptstadt der DDR, Berlin, und die Bezirksgruppe Berlin des Bundes der Architekten der DDR eine Vereinbarung



ab über ihre sozialistische Zusammenarbeit bei der weiteren Entwicklung und Gestaltung der Hauptstadt Berlin.

Man kann heute einschätzen, daß mit diesem Schritt zahlreiche schöpferische Impulse und Initiativen unter den Berliner Architekten ausgelöst wurden und gleichzeitig damit die gesellschaftliche Anerkennung unseres bezirklichen Fachverbandes gestiegen ist. Besonders wichtig scheint uns, die ständige Übereinstimmung der Akzente in der gesellschaftlichen Arbeit mit den Schwerpunkten des Berliner Bauwesens anzustreben. So steht selbstverständlich die Erfüllung des Wohnungsbauprogrammes auch im Mittelpunkt der ideologischen und fachlichen Auseinandersetzungen des Bezirksverbandes.

Mit dem „Arbeitsprogramm 30" für den Zeitraum 1978/1979 auf der Grundlage der bestehenden Vereinbarung mit dem Magistrat der Hauptstadt Berlin hat die Bezirksgruppe des BdA der DDR ihre Ziele und Aufgaben als Initiative zum 30. Jahrestag der Gründung der DDR formuliert.

Dieses Initiativprogramm hat den Rahmen der Arbeit der gesamten Bezirksgruppe abgesteckt. Es ist die Basis für die Arbeitspläne der Betriebs- und bezirklichen Fachgruppen. Vielfältige Formen gesellschaftlicher Aktivitäten sind darin enthalten: Problemberatungen, Stellungnahmen, Konsultationen zu Fragen der Entwicklung der Hauptstadt ebenso wie die Mitarbeit bei der Vorbereitung und Teilnahme an Architekturwettbewerben bis hin zur selbständigen Bearbeitung von Analysen, Varianten und Entwicklungsvorschlägen.

Als besondere Schwerpunkte möchte ich folgende Aufgaben nennen, für die zum 30. Jahrestag der DDR konkrete Arbeitsergebnisse der staatlichen Leitung des Berliner Bauwesens übergeben werden sollen:

- Ausarbeitung von Beiträgen zur Grundlinie für die städtebaulich-architektonische Gestaltung der Hauptstadt Berlin;
- Ausarbeitung von Beiträgen der bezirklichen Fachgruppe Wohn- und Gesellschaftsbau zur Analyse, Rationalisierung und Weiterentwicklung gesellschaftlicher Versorgungszentren in Wohngebieten;
- Ausarbeitung von Beiträgen der bezirklichen Fachgruppe Landschaftsarchitektur zu Problemen der Hochgrünbepflanzung sowie der Gestaltung von Mietergärten in Wohngebieten;
- Ausarbeitung von Beiträgen der bezirklichen Fachgruppe Rekonstruktion zur Einbeziehung alter Dorfanlagen in neue Wohngebiete, wie in Berlin-Marzahn.

Red.: Könnten Sie das an einigen Beispielen näher erläutern?

Antwort: Da wäre unter anderem das Problem der rationellen Weiterentwicklung gesellschaftlicher Einrichtungen in Wohngebieten.

Die Erfüllung des Wohnungsbauprogrammes erfordert nicht nur die termingerechte Übergabe der geplanten Wohnungen, sondern auch eine gute Funktionsfähigkeit der Wohngebiete durch die gleichzeitige Errichtung der wichtigsten gesellschaftlichen Einrichtungen zur Versorgung der Bevölkerung wie Kaufhalle, Wohngebietsgaststätte, Dienstleistungs- und medizinische Einrichtungen u. a. Das ist nur durch die ausschließliche Anwendung von Typen oder WV-Projekten zu ermöglichen. Damit steht die Frage nach der standortspezifischen und unverwechselbaren Städtebau- bzw. Architekturlösung, die uns bisher noch nicht in allen Beispielen befriedigend erscheint.

Die Analyse gebauter Zentren soll Ansatzpunkte für die Aufgabenstellung künftiger Weiterentwicklungen herauskristallisieren. Wichtig sind dabei vor allem Überlegungen für die Errichtung mehrgeschossiger Anlagen, ihre bauliche Kopplung sowie ihre städtebauliche Variierbarkeit für die Schaffung von Platzanlagen, linear entwickelte Fußgängerbereiche oder andere Strukturen. Aber auch Fragen der stadttechnischen und Verkehrserschließung sind wichtige Wertungskriterien, die es zu optimieren gilt.

Dieser Aufgabenstellung liegt eine Vereinbarung mit dem Stellvertreter des Bezirksbaudirektors für Wissenschaft und Technik zugrunde. Das Ziel der Vereinbarung ist, durch eine breite interdisziplinäre Untersuchung und Betrachtungsweise Gedanken, Ideen und Entscheidungsvorschläge zusammenzutragen, die der Lösung eines spezifischen Problems dienen.

Ich möchte aber noch ein ganz anderes Beispiel erwähnen. In dem „Arbeitsprogramm 30" ist auch die Verpflichtung der Bezirksgruppe Berlin des BdA/DDR enthalten, den Chefarchitekten der Hauptstadt bei der Betreuung der zahlreichen in- und ausländischen Gäste und Delegationen zu unterstützen, die in großer Anzahl unsere Stadt besuchen und sich mit ihrer Entwicklung vertraut machen wollen. Hier ist ein sehr aktiver Einsatz der Kollegen unserer Bezirksgruppe zu verzeichnen. So wurden allein im Zeitraum des vergangenen Jahres über 30 Architektengruppen aus dem In- und Ausland durch unsere Kollegen betreut und die Baustellen unserer bedeutendsten Investitionsschwerpunkte besichtigt. Dazu ist häufig ein hohes persönliches Engagement erforderlich, welches aber auch gleichzeitig den Stolz unserer Berliner Architekten auf ihre Leistungen beim Aufbau der Hauptstadt dokumentiert.

Red.: Inwieweit ist es gelungen, vor allem auch unsere jungen Kolleginnen und Kollegen dabei mit einzubeziehen?

Antwort: Wir haben in den letzten Jahren eine sprunghafte Zunahme der Mitglieder unseres Fachverbandes vor allem aus den Reihen der Hoch- und Fachschulabsolventen feststellen können. Darunter ist auch der Anteil junger Kolleginnen stark angewachsen. Und es ist besonders begrüßenswert, daß diese jungen Kollegen mit ihrer schöpferischen Unruhe aktiv die Arbeit unserer Bezirksgruppe mit zu bestimmen suchen. Zahlreiche junge Kollegen und Kolleginnen sind daher auch in den Arbeitsgruppen tätig, die sich – ausgehend von den im „Arbeitsprogramm 30" gestellten Aufgaben – gebildet haben.

Stellvertretend für alle möchte ich von Ihnen nur die Kollegen Dietrich Kabisch und Ralf Mösing nennen, die erst kürzlich für ihre interessanten Wettbewerbsleistungen für unsere Hauptstadt ausgezeichnet wurden.

Red.: Welche Formen schöpferischer Arbeit haben sich besonders bewährt?

Antwort: Ich erwähnte bereits, daß je nach dem Charakter der Aufgaben die vielfältigsten Formen in unserer Arbeit praktiziert werden. Wichtig ist vor allem, daß wir immer das Ziel unserer Initiativen im Auge behalten. Und das sehen wir vor allem darin, ständig die ideologische Auseinandersetzung mit allen Architekten zu führen, einheitliche Auffassungen zu wichtigen Grundsatzfragen unseres sozialistischen Architekturschaffens herauszubilden und Ansatzpunkte für notwendige Weiterentwicklungen aufzuspüren. Und das wollen wir natürlich nicht nur isoliert im Gespräch unter Architekten, sondern vor allem gemeinsam mit dem gesellschaftlichen Auftraggeber, den anderen gesellschaftlichen Organisationen und der Bevölkerung. Dazu hat die erst kürzlich am 24. Mai von der Bezirksleitung Berlin der SED durchgeführte Konferenz mit Architekten, Projektanten und bildenden Künstlern wichtige Anregungen und Impulse vermittelt.

Unsere Arbeitsgruppen zur Realisierung des „Arbeitsprogramms 30" sind besonders dadurch gekennzeichnet, daß in ihnen nicht nur Vertreter unterschiedlicher Betriebsgruppen und Institutionen, sondern Angehörige des BdA/DDR mit der KDT und dem VBK/DDR gemeinsam um die besten Lösungen für die gestellten Aufgaben ringen. Wir haben also eine breite interdisziplinäre Arbeit entwickelt, die sich fördernd auf die Bewußtseinsentwicklung in unserer Bezirksgruppe und die Lösungsansätze für unsere Aufgaben auswirkt. Dies ist besonders zu bewerten, weil wir durch den Mangel an Arbeitsräumen oft viel Phantasie und guten Willen brauchen, um uns in kleinerem oder größerem Kreis zu treffen, zu diskutieren oder – wie der Architekt nun einmal mit dem Bleistift in der Hand am besten argumentieren kann – auch gemeinsam zu arbeiten.

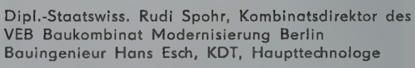
1

2



Ergebnisse und Erfahrungen bei der Modernisierung in unserer Hauptstadt

Modernisierung mit höherem Effekt



Dipl.-Staatswiss. Rudi Spohr, Kombinatsdirektor des VEB Baukombinat Modernisierung Berlin
Bauingenieur Hans Esch, KDT, Haupttechnologe

3



Das Wohngebiet am Arnimplatz, um die Jahrhundertwende entstanden, wird gegenwärtig in eine ansprechende Stadtlandschaft umgewandelt.

Diese Maßnahmen entsprechen dem sozialpolitischen Programm der Partei der Arbeiterklasse, der SED.

Erstmals wurde Ende 1972 in dem Berliner Stadtbezirk Prenzlauer Berg mit der Modernisierung von Wohngebäuden in einem bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht praktizierten Umfang begonnen.

Inzwischen ist ein beträchtlicher Teil von Häusern modernisiert. Neben den verbesserten Wohnbedingungen ist der Arnimplatz auch durch seine neuen hellen und freundlichen Fassaden, seine Erdgeschoßbereiche mit Gewerbe-, Verwaltungs- und Sozialeinrichtungen für seine Bewohner attraktiver geworden.

Das Erbe der kapitalistischen Vergangenheit mit seinen menschenunwürdigen Behausungen wird Zug um Zug beseitigt.

Jedoch bedarf es großer Kraftanstrengungen des neu gebildeten Baukombinates für Modernisierung Berlin, das erste seiner Art in der DDR, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, d. h.



4



5

1
Paul-Robeson-Straße/Schönfließer Straße. Fertiggestellter Straßenabschnitt

2
Dachlandschaft am Arnimplatz

3
Frei- und Spielflächen im Hinterhausbereich

4
Fassadenausschnitt mit teilweise erhaltenen Schmuckelementen der Jahrhundertwende

5
Wiederhergestellte Fassaden in der Schönfließer Straße

6
Fassaden vor der Modernisierung



6

- die Aufgaben am Arnimplatz termin- und qualitätsgerecht zu erfüllen
- zielstrebig die Leistungsentwicklung des Kombinates zu sichern
- konsequente Verbesserung des Verhältnisses von Aufwand und Ergebnis in der Modernisierung.

Welche Ergebnisse sind bei der Modernisierung in den letzten Jahren erzielt worden?

Diese Frage steht in engem Zusammenhang mit der bisherigen Entwicklung der Modernisierung und ist nur daraus zu interpretieren.
Zu Beginn des Vorhabens Arnimplatz wurden die Bauleistungen von drei kleineren Baubetrieben mit Hauptauftragnehmerfunktionen und rund 80 Nachauftragnehmern mit unterschiedlichem Produktionsprofil erbracht.
Die geringen Erfahrungen, die gleichzeitige Bearbeitung nebeneinander liegender Häuser durch verschiedene Betriebe, Projektunterlagen, die höhere Aufwände als unbedingt erforderlich auslösten (Anpassung an TGL-Bestimmungen des Neubaus) führten zu Effektivitätsverlusten und auch zu Qualitätseinbußen.
Dringende Erfordernisse, wie
– Erreichung eines Höchstniveaus an Effektivität und Qualität der Arbeit
– Sicherung der erforderlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität
– Erhöhung der Qualität des Erzeugnisses
– Einführung neuer rationeller Technologien
– einheitliche Produktionsorganisation,
um nur einige zu nennen, führten am 1. Januar 1977 zur Bildung des VEB Baukombinat Modernisierung Berlin.
Ziel des Zusammenschlusses der Kapazitäten ist der Aufbau eines leistungsfähigen Kombinates für die Modernisierung innerstädtischer Altbaugebiete.
Die Modernisierungsmaßnahmen sind in Verbindung mit erforderlichen Instandset-



7/8
Rekonstruktionsbereiche am Arnimplatz mit typischen Gebäudeschäden

9
Rekonstruktionsmaßnahmen im Dachbereich

10
Küchenbereich vor der Rekonstruktion

11
Küche nach der Modernisierung

7
8



zungsmaßnahmen als Einheit zu sehen. Nur unter diesem Aspekt sind die Ergebnisse, wie sie sich dem Bewohner nach den Baumaßnahmen darstellen, zu würdigen.
Die Bausubstanz am Arnimplatz ist im wesentlichen gekennzeichnet durch
– das Baualter (Gebäude aus der Zeit um 1900)
– unzureichende sanitäre Einrichtungen (vorwiegend im Hinterhausbereich)
– enge Hinterhöfe und unzureichende Besonnung
– fehlende Freiflächen für Spiel und Erholung
– unterschiedliche Qualität der Fassaden zwischen Vorder- und Hinterhäusern
– unzureichende Bauwerksabdichtung und damit Durchfeuchtung der Keller bis in die Erdgeschoßzone hinein
– Befall von Teilen der Decken- und Dachkonstruktionen durch tierische und pflanzliche Schädlinge
– Einfachfenster im Hinterhausbereich
– Unübersichtlichkeit der Leitungsnetze in der Sanitär- und Elektroinstallation, die durch laufende Einzelreparaturmaßnahmen individueller Art in ihrer Restnutzungsdauer nicht mehr annähernd eingeschätzt werden können und grundsätzlich den jetzigen Anforderungen nicht mehr gerecht werden

9

– teilweise unzureichende bauphysikalische Maßnahmen in den Bereichen Giebel- und Brandwände, Brüstungen, Decken über Hauseingangsfluren, Decken über Durchfahrten, Decken über 4. Obergeschossen und Wohnungstrennwände.

Diese und weitere negative Faktoren, die der Entwicklung der sozialistischen Lebensweise schroff gegenüberstehen, galt und gilt es schrittweise zu beseitigen, wobei das Aufwand-Nutzen-Verhältnis ein wichtiges Kriterium darstellt und konsequent zu beachten ist.

Im Hinblick auf die bisherigen Erfahrungen ergeben sich jedoch neue Erkenntnisse.

Die in den vergangenen Jahren geübte Praxis, durch hohe Abrißquoten große Freiräume zu schaffen, hat zu verhältnismäßig hohen Aufwendungen geführt.

Die Aufwendungen ergaben sich aus dem Abriß, der Herstellung von großräumigen Freiflächen, den bauphysikalischen Maßnahmen an den durch Abriß freigelegten Giebeln sowie den Giebelsicherungsmaßnahmen.

Ein weiterer negativer Effekt spiegelte sich im Wohnungsdefizit und in gleichem Zusammenhang im dadurch erforderlichen Räumungsaufwand wider. Eindeutig kann festgestellt werden, daß diese Tendenz – hohe Abrißquoten – in keinem Verhältnis zum beabsichtigten Nutzen stand.

Es ist in Zukunft ein differenziertes Herangehen an die vorzusehenden Maßnahmen erforderlich. Jeder Wohnbezirk ist auf seine Besonderheiten, bezogen auf die Bebauungsstruktur, zu untersuchen. Die Bebauungsstruktur der Wohnbezirke am Arnimplatz ist durch große Unterschiede geprägt.

Sie unterscheidet sich beispielsweise durch

– ein bis mehrere Hinterhöfe
– enge bis großzügige Hofflächen
– Einzelhöfe und durch Durchbrüche verbundene Einzelhöfe
– quadratische, rechteckige und trapezförmige Grundrisse der Wohnquartiere.

Ausgehend von der vorhandenen unterschiedlichen Struktur sind die entsprechenden Festlegungen sorgfältig zu treffen, wobei ein Mindestmaß an Besonnung und Belichtung sowie technologischer Bedingungen Basis der Entscheidungen sein muß. Auch die günstigen Aspekte einer Abrißminimierung hinsichtlich der Hofgestaltung müssen hervorgehoben werden. Notwendige Teilentkernungen sollten durch Staffelung sowie wechselseitige Anordnung von Seitenflügeln einer räumlichen Gliederung entsprechen. Die Erfordernisse der technologischen Transporte könnten hiermit berücksichtigt werden. Insgesamt mußte das Aufwand-Nutzen-Denken im Komplex betrachtet werden.

Ein weiterer Aspekt, der Aufwandsminderung und Reduzierung des Wohnungsdefizits zur Folge hat, ist die Vermeidung der Vorgabe eines schematischen Wohnungsschlüssels, der zu wesentlichen Grundrißänderungen führte. Diese in der Vergangenheit geübte Praxis – den Wohnungsschlüssel in vorhandene Substanz hineinzuzwängen – ist durch weitgehende Beibehaltung der vorhandenen Grundrißsituationen zu verändern.

Aber auch diese Problematik ist wohngebietsweise und gegebenenfalls am Einzelobjekt gründlich zu analysieren, um Fehlentscheidungen zu vermeiden. Höhere Aktivitäten und ein verantwortungsvolles Herangehen an die Bewältigung dieser Aufgabe sind in Zukunft durch die Auftraggeber, Projektanten und Leitungsorgane erforderlich.

Bilanz der 1. Modernisierungsetappe

Unter Berücksichtigung der genannten Entwicklung wurden seit Ende 1972 rund 3000 WE modernisiert bei gleichzeitiger komplexer Instandsetzung. Das heißt, daß neben der Instandsetzung an Gebäuden und innerhalb der Wohnung, wie beispielsweise

– Holzsanierung
– Fassadeninstandsetzung
– Dachsanierung
– Bauwerkstrockenlegung

u. ä. prinzipiell die Modernisierung jeder Wohnung erfolgte.

Die Grundlage für die Maßnahmen war das GBl. Teil II Nr. 44 vom 21. 7. 1972. Vom HAG Komplexe Modernisierung wurde ein diesem Gesetzblatt entsprechender Ausstattungsstandard in Anlehnung an die AO über Ausstattung der Wohnungen im volkseigenen und genossenschaftlichen Wohnungsbau vom 10. 7. 1973 – erschienen im GBl. Teil I Nr. 37 vom 21. 8. 1973, vorgegeben.

Das realisierte Vorhaben gestattete es, den Bewohnern erheblich verbesserte Wohnverhältnisse in Erfüllung des sozialpolitischen Programms zu schaffen.

In diesem Zusammenhang ist jedoch zu beachten, daß Wohnungen, die bereits über den erforderlichen Ausstattungsstandard verfügen, nur noch instandgesetzt werden sollten, um auch hier eine Aufwandssenkung zu erreichen.

Sind jedoch Abbrucharbeiten in Verbindung mit der Sanierung der Deckenbalken erforderlich, ist die Verpflichtung gegeben, die vorhandenen Wohnungsgrundrisse neu zu durchdenken.

Die Erhöhung der Wohnqualität bei den bisher modernisierten Häusern zeigten sich in folgenden wesentlichen Verbesserungen

- Generelle Instandsetzung des Gebäudes
- Einbau von Bad und IWC in jede Wohnung
- neue Sanitär- und E-Installation (3 Stromkreise)
- neue sanitärtechnische Ausstattung der Küche mit Kochherd (Gas, Elektro oder kombiniert Gas-Kohle), 2 Beckenspüle und Wasserdurchlauferhitzer
- teilweise neues Heizsystem (kamingebunden bzw. Gas-Außenwandheizung)
- Einbau von Doppelfenstern
- teilweise neuer Fußbodenaufbau (verschleißfest, feuchtigkeitsunempfindlich, fugendicht)
- Balkenerneuerung

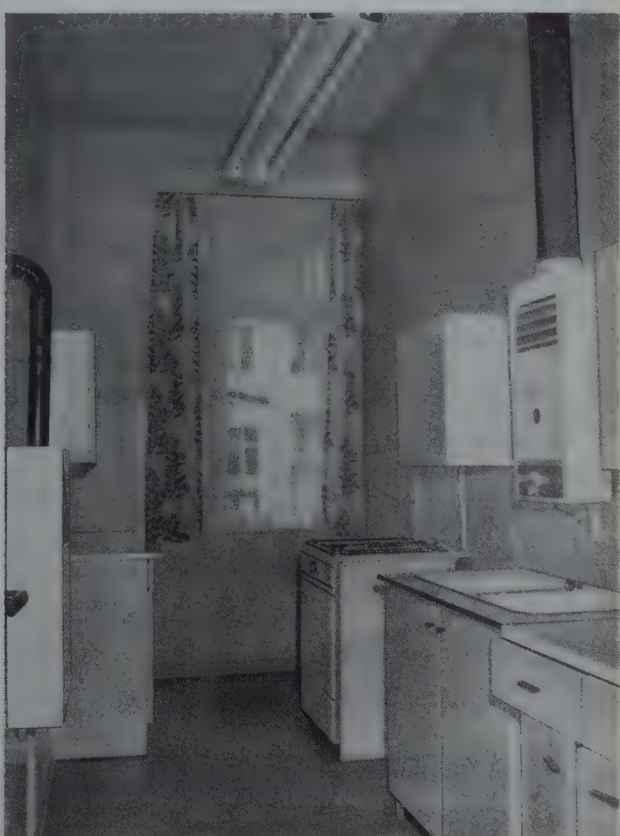
Die Verbesserungen im individuellen Wohnbereich ebenso wie der Infrastruktur im Bereich Arnimplatz, die Wiederherstellung kulturhistorischer Fassaden, die Schaffung neuer Hof- und Freiflächen; all das trug in der Vergangenheit dazu bei, ein neues Heimatgefühl bei den Bürgern entstehen zu lassen.

Die aufgelockerte Bebauungsstruktur, helle Fassaden im inneren und äußeren Bereich sowie zweckmäßige Nutzung der Erdgeschoßzonen wirken auf die Bewohner positiv.

10



11





12

13



14





15

12|13|14|15
Fassaden der Straßen- und Hofseite vor der Rekonstruktion

16
Fassadenausschnitt mit vorgefertigten Balkonen und Schmuckelementen nach der Modernisierung

Die positiven Ergebnisse, die sich grundsätzlich in der Zustimmung der Bewohner äußern, werden mitunter durch Qualitätsmängel geschmälert.
Demzufolge ist die erste Prämisse, die sich das Kombinat setzt, die Sicherung der Qualität. Zur Lösung dieses Problems haben wir im Kombinat Qualitätsrichtlinien und Güteaktive sowie Paten unserer Grundorganisation für die Brigaden nach einem feststehenden System organisiert.
Schwerpunkt dieses Systems ist die Nachbegehung eines bezogenen Objektes rund 4 Wochen nach Übergabe. Die Bewohner, Brigadiere und Bauleiter schätzen bei dieser Begehung die Qualität ein. Vorhandene Mängel werden dann kurzfristig beseitigt.

Ergebnisse der Technologie

Der Kampf um kurze Bauzeiten bei sinkendem Aufwand und hoher Qualität erfordert immer wieder neu die Mobilisierung und Ausschöpfung aller Kräfte.
Die Erfahrungen, die unsere Kombinatsbetriebe in den Anfängen der Modernisierung machen konnten, wurden unter Einbeziehung der Forschungskapazität der Bauakademie der DDR ausgewertet und entsprechend umgesetzt.
Zielfunktion unseres Kombinates ist es nach wie vor, unter Nutzung der wertvollen Erfahrungen der Bauschaffenden des Kombinates sowie der übrigen auf dem Gebiet der Modernisierung, Rekonstruktion und Instandsetzung arbeitenden Betrieben vorhandene Technologien ständig weiterzuentwickeln, konstruktive Erkenntnisse umzusetzen und nach den Prinzipien der Fließfertigung zu produzieren.
Es ist jedoch immer wieder festzustellen, daß komplizierte Baufreiheitsfragen, die im Zusammenhang mit den notwendigen Räumungen entstanden und auch die nicht immer vorher erkennbaren Aufwendungen in der Instandsetzung, einer effektiveren Technologie, die Bauzeitverkürzungen zur Folge hat, entgegenstehen.
Der Effekt der Bauzeitverkürzung, der durch langfristige Vorbereitung geplant werden kann, wird dann durch operative Maßnahmen in der Baudurchführung nicht wirksam.
Im Zusammenhang mit den Fragen der Produktionsorganisation muß auf folgende Kriterien hingewiesen werden:
– Die Form der Produktionsorganisation im Wohnungsneubau ist nicht schematisch auf die Modernisierung übertragbar bzw. nicht mit gleichen Kategorien zu messen.
– Für die Modernisierung kann das Taktverfahren angewandt werden, vorausgesetzt, die Baufreiheitstermine entsprechen den



16

jeweiligen Taktzeiten (Die Modernisierungs-harmonogramme sind darauf auszurichten).
– Durch Typisierung auszuführender Bauleistungen, mindestens in den 4 Wohngeschossen, konnten gleichartige Teilleistungen planmäßig vorgesehen werden, die zwar von Objekt zu Objekt unterschiedlich im Umfang waren, wie z. B. 2-Spänner zu 3-Spänner oder 2-Raum- zu 3-Raumwohnungen, jedoch waren die Teilleistungen bei gleichbleibenden technologischen Abhängigkeiten gleichartig.
Diese Tatsache entspricht dem Taktverfahren, das bekanntlich nicht an das Vorhandensein gleicher Objekte gebunden ist, sondern an gleichartige Teilarbeiten in mehreren, auch ungleichen Objekten. Der Produktionsverlauf ist nicht rhythmisch.
Durch die Bauakademie der DDR, Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau, in Zusammenarbeit mit unserem Kombinat wurde eine Mustertechnologie für eine Taktstraßengröße von 200 bis 250 WE/Jahr erarbeitet. Diese Technologie baut auf eine durchschnittliche Bezugsgröße von 2000 m²/28,5 WE auf, mit einer Taktzeit von 28 Tagen/Gewerk und einer Bauzeit von 78 Tagen.
Es ergeben sich 31 gewerkeorientierte Takte mit konstant zugeordneten Arbeitskräften, die nach Fließfertigungsprinzipien arbeiten. Mit dieser Technologie konnte unsere erste Taktstraße 1978 den Aufwand von 1450 h/WE um 221 h/WE senken.
Der zweite Faktor, die Bauzeitverkürzung, konnte jedoch erst 1979 mit 0,4 Tagen/WE am 1. Objekt der Taktstraße erzielt werden. Bisher benötigte das Kombinat im Durchschnitt 4,3 Tage je WE.

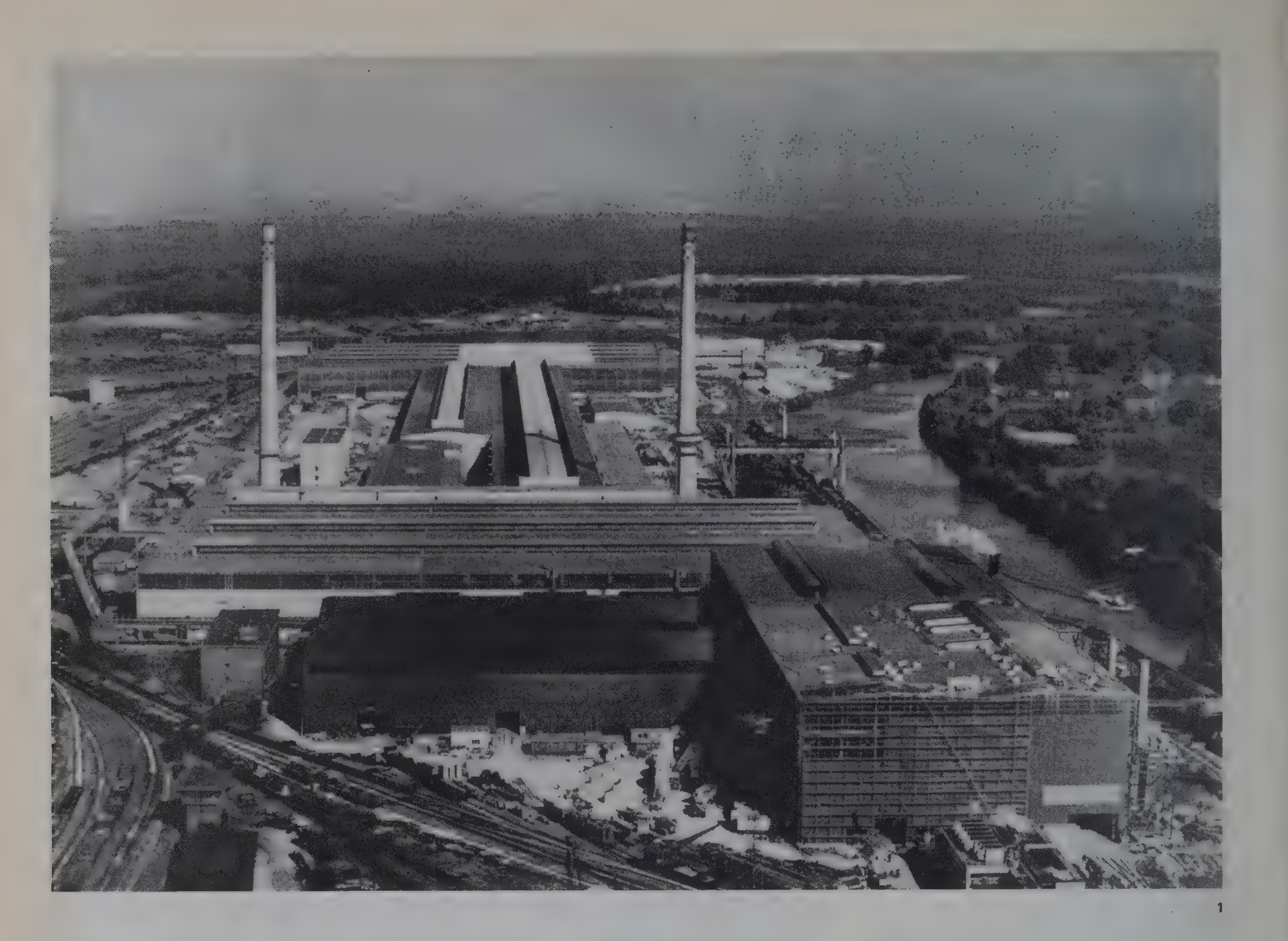
Verallgemeinerungswürdige Erfahrungen und Orientierung

Aufwandssenkungen sind zu erreichen durch
- Verringerung der Grundrißveränderungen
- gegebenenfalls Reduzierung der bisher geplanten Durchschnittsgrößen der Wohnungen (am Arnimplatz bisher 75 m²)
- Minimierung der Abrisse, jedoch unter Beachtung des Grundsatzes, keine für sozialistische Wohnverhältnisse nicht vertretbaren Wohnbedingungen zuzulassen und des Grundsatzes der effektiven Gestaltung des technologischen Regimes sowie der Transport-Prozesse bis zur bautechnologischen Versorgung
- sinnvolle Abgrenzung zwischen Komplexen, die modernisiert bzw. teilmodernisiert werden
- Ausschaltung der Veränderungen der der Nutzerfunktionen in Erdgeschoßbereichen die bauphysikalische und statisch konstruktive Veränderungen der Bausubstanz bedingen.

Vorhandene Wohnungen im Erdgeschoßbereich (Vorderhaus) sollten grundsätzlich zu Versehrtenwohnungen umfunktioniert oder älteren Bürgern bereitgestellt werden. Zusätzlich ist zu überlegen, Erdgeschoßwohnungen im Hinterhausbereich, die für Dauerwohnzwecke nicht mehr geeignet sind, zu Mieterhotelwohnungen zu machen. Unter Beachtung der genannten Schwerpunkte konnte, entsprechend der Forderung der 9. und 10. Plenarsitzung des ZK der SED sowie der 13. Bezirksdelegiertenkonferenz der SED den Aufwand zu senken, bereits mittels Analyse eines in Vorbereitung befindlichen Wohngebietes nach eingehender Prüfung der geplanten Verluste an WE von 298 auf 158 gesenkt werden.
Im Hinblick auf Verallgemeinerungen muß noch einmal mit aller Deutlichkeit und Offenheit darauf hingewiesen werden, daß jeder Wohnbezirk und jede Grundrißsituation gesondert zu betrachten sind. Neben wohnungspolitischen Erfordernissen sind auch die technologischen Probleme, wie der begrenzte Einsatz von Maschinen und Geräten, kompliziertere Transport- und Lagerprozesse, verringertes Nutzflächenangebot für Baustelleneinrichtungen usw. hinsichtlich der weiteren Bauzeitensenkung von wesentlicher Bedeutung.
Die Klärung dieser Probleme erfordert, daß sämtliche Maßnahmen zur Aufwandssenkung auch im Zusammenhang mit den notwendigen technologischen Erfordernissen zu lösen sind.
Die Bearbeitung der technologischen Probleme, insbesondere der Transport- und Lagerprozesse, kann mit der Lösung solcher Probleme gekoppelt werden, wie sie die Erweiterung zu enger Höfe darstellen.
Neben den Grundsätzen zur Aufwandssenkung, die in der Planungsphase entschieden werden können, sind Möglichkeiten der Aufwandssenkung, die in der Durchführungsphase entstehen, vorhanden.
- Verringerung des Zerstörungsgrades erhaltungswürdiger bzw. wiederverwendungsfähiger Bausubstanz in der Phase der Baufreiheitmachung
- Reduzierung der Anforderungen an die Oberflächenbeschaffenheit von Fußböden in Wohnräumen entsprechend dem Ausstattungsstandard (Beibehaltung des alten Dielenbodens oder Parketts)
- Wirtschaftlichere Instandsetzungstechnologien beschädigter Deckenputze (Einschränken des Einsatzes von Gipskartonplatten)
- Sofern möglich, Einbeziehung der Mieter für die malermäßige Instandsetzung nach Übergabe der Wohnungen an den Auftraggeber ähnlich wie beim Neubau von AWG-Wohnungen.

Auswirkungen auf technologische Prozesse

Die Frage der Baufreiheit ist für das Kombinat von ausschlaggebender Bedeutung. Ohne Lösung dieses Problems ist die Anwendung rationeller Technologien nicht möglich.
Die Aspekte der Aufwandssenkung bedürfen neuer technologischer Überlegungen. Wenn auch die Räumung der Wohnungen für Bauleistungen innerhalb der Erzeugnislinie Wohnungen meistens notwendig ist, kann doch ein erheblicher Anteil von Bauleistungen im bewohnten Haus realisiert werden.
Das betrifft die Funktionsbereiche
– Dach
– Fassade
– Treppenhaus
– Außenanlagen
– Bauwerkstrockenlegung
Hierfür ist jedoch die Änderung der jetzigen Abnahmeverfahren durch den HAG (nur komplette Objekte) Bedingung.
Insbesondere kann eine Fließlinie Dach, Fassade und Bauwerkstrockenlegung im Vorlauf gebildet werden, die ohne wesentliche zeitliche Unterbrechung kontinuierlich verläuft. Die Räumungsphase ist entsprechend den technologischen Bedingungen zu planen. Der Wiedereinzug der Bewohner erfolgt nach Herstellung der Funktionstüchtigkeit der Wohnungen.
Die Funktionsbereiche Treppenhaus und Außenanlagen (Grünflächen) vollziehen sich im Nachlauf. Insgesamt sind neue Definitionen erforderlich.
Die malermäßige Behandlung von Fassaden ist außerhalb der Winterbauzeit zu planen und als gesonderte Fließlinie zu realisieren. Sie sollte zeitlich so eingeordnet werden, daß ein Straßenzug nach Fertigstellung der Modernisierung beidseitig fertiggestellt wird.
Mit dieser Maßnahme können die Kontinuität beider Fließlinien besser gewährleistet, die Verschmutzung der malermäßig fertiggestellten Fassaden vermindert und die Rüstungsstandzeiten der Fließlinie Dach/Fassade reduziert werden.
Die genannten Maßnahmen führen zur
- Auslastung der Kapazitäten
- Erhöhung der Kontinuität
- Senkung des Aufwandes
- Erhöhung der Qualität.



1

Zur Entwicklung der materiell-technischen Basis der Volkswirtschaft

Rekonstruktion in der Industrie stellt hohe Anforderungen

Oberingenieur Herbert Musch,
Stellvertreter des Ministers für Bauwesen

Rekonstruktion von Industrieanlagen bedeutet, ältere Gebäude und bauliche Anlagen umzugestalten, auszubauen, zu renovieren oder in bestimmten Fällen auch durch Neubauten zu ersetzen. Arbeiten dieser Art müssen oft auf engem Raum unter Beachtung der vorhandenen Bausubstanz einschließlich der unterirdischen Anlagen für die Ver- und Entsorgung, teilweise sogar bei laufender Produktion des Industriebetriebes ausgeführt werden. Damit unterscheiden sie sich wesentlich von Neubauvorhaben, sie verlangen andere Technologien.

Die Aufgaben zur Rekonstruktion von Industrieanlagen wachsen. Auf der 10. Tagung des Zentralkomitees der SED betonte Erich Honecker in seinem Schlußwort, daß es ein untragbarer Wachstumsverlust ist, wenn vorliegende Spitzenleistungen und weitere fortgeschrittene Ergebnisse in Wissenschaft und Technik nicht oder zumindest nicht unverzüglich in die industrielle Praxis eingeführt werden können, weil Baukapazitäten fehlen. Daraus folgt, daß sich die Industriebetriebe, die Baukombinate und besonders die technologische und bautechnische Projektierung noch stärker und schneller auf die spezifischen Bedingungen der baulichen Rekonstruktionsmaßnahmen einstellen und schon bei den ersten Schritten der Planung eng zusammenwirken müssen. So lassen sich in jeder Phase der Vorbereitung und Durchführung dieser Arbeiten kürzeste Bauzeiten bei höchster volkswirtschaftlicher Effektivität erreichen.

Gemeinschaftsarbeit führt zu kürzeren Bauzeiten

Erfahrungen in der Gemeinschaftsarbeit, die zum Beispiel bei der sozialistischen Rationalisierung im VEB Chemiekombinat Bitterfeld gesammelt werden konnten, belegen das eindeutig. Die Einführung einer effektiven Demontagetechnologie an Dachkonstruktionen, insbesondere die Anwendung einer modernen Betonschneidetechnik, ermöglichte eine fast dreifache Steigerung der Arbeitsproduktivität sowie eine Bauzeitverkürzung um 35 Tage. Dadurch konnte das Chemiekombinat Bitterfeld eine zusätzliche industrielle Warenproduktion im Wert von 5,6 Millionen Mark erwirtschaften.

Von großer Bedeutung ist die rechtzeitige Ermittlung der optimalen Varianten, nach denen der Reproduktionsprozeß durchgeführt werden soll.
Das erfordert eine langfristige Planung und gründliche Analysen des vorhandenen Grundfondsbestandes. Schon hier sollten die verantwortlichen Industriebetriebe in die Vorbereitung der Rekonstruktion auch Betriebe der Ausrüstungsindustrie und des Bauwesens einbeziehen. Dieses Zusammenwirken führt bei allen Beteiligten zur Senkung des Aufwandes. Von seiten des Industriebaus wurden dazu in den zurückliegenden Jahren mit der Einrichtung von Industriebauplanungsgruppen geeignete Kapazitäten gebildet. An Hand der von der Bauakademie der DDR erarbeiteten methodischen Grundlagen läßt sich so umfassende Klarheit über das Bauwerk als Ganzes oder bestimmte zu rekonstruierende Konstruktionselemente, zum Beispiel Decken, Dächer, Stützen, Rohrleitungen, schaffen.
Neue Anforderungen werden auch an Inhalt und Umfang der Projektdokumentation sowie an die Arbeitsweise der Partner in den Phasen der Vorbereitung und Ausführung eines Rekonstruktionsvorhabens gestellt. Die Spezifik der Aufgabe kann dazu führen, daß die technologischen Angaben zum Zeitpunkt der Auftragserteilung noch nicht umfassend vorliegen. Das bringt Erschwernisse für die technologischen und Bauprojektanten mit sich und fordert ein ständiges und enges Zusammenwirken der Partner.
Als besonders kompliziert erweisen sich unter diesen Bedingungen die Tiefbau- und Verkehrsmaßnahmen sowie die Konzipierung des bautechnologischen Ablaufes der Arbeiten. Die für Neubauten in den letzten Jahren ausgearbeiteten wiederverwendungsfähigen Projektierungsunterlagen können nur zum Teil angewendet werden. Es ist in weitaus höherem Maße notwendig, Einzellösungen zu projektieren, die jedoch gleichzeitig den Forderungen eines industriellen Bauens entsprechen müssen.
Um dem damit verbundenen wachsenden Projektierungsaufwand entgegenzuwirken, wird seit 1978 an einem Katalog gearbeitet, in dem wiederverwendungsfähige Bestlösungen für Baukonstruktionen, Bautechnologien und andere Lösungen ständig gespeichert und zur Anwendung vorgeschrie-

ben werden. Bewährt hat sich auch die zeitweilige Zuordnung von Spezialisten des Industriebetriebes zu den Projektierungskollektiven, um Informationsmängel zu vermeiden. In jedem Fall erweist es sich für die bautechnologische Vorbereitung als zweckmäßig, den künftigen Bauleiter in die Projektierung mit einzubeziehen, da wesentlich mehr Details zu durchdenken und zu projektieren sind als bei der Errichtung von Neubauten.

Bisherige Erfahrungen gut nutzen

Die Erfahrungen zeigen aber auch, daß selbst das beste Projekt nicht alle Probleme berücksichtigen kann, die während der Baudurchführung auftreten können. Oft ergeben sich aus der vorhandenen Bausubstanz vorher nicht erkennbare Fragen, die statisch, konstruktiv, technologisch und auch in ihrer ökonomischen Auswirkung erfaßt und im Interesse des weiteren zügigen Ablaufs sofort entschieden werden müssen. Für solche Fälle hat sich die Einrichtung einer Projektierungsgruppe, mindestens aber eines Konsultationsstützpunktes des Projektanten auf der Baustelle bewährt.

Es kommt jetzt darauf an, alle bisher gesammelten guten Erfahrungen systematisch zu erfassen und für die Wiederverwendung nutzbar zu machen. In die Pläne Wissenschaft und Technik sind Aufgaben für die Entwicklung neuer Arbeitsmittel zur Rationalisierung der Vorbereitungs- und Projektierungsprozesse aufzunehmen. Sie müssen dazu dienen, die Effektivität und Produktivität der Projektierung von baulichen Rekonstruktionsmaßnahmen schrittweise an den für Neubauten erreichten Stand heranzuführen. Rationelle Formen der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit sind die Grundlage dafür, um alle diese Aufgaben unbürokratisch, in kürzester Zeit und mit höchstem wirtschaftlichem Effekt zu lösen.



2

1
Zu den bedeutendsten Bauvorhaben zur Entwicklung der Basis unserer Volkswirtschaft gehört die Erweiterung des Stahl- und Walzwerkes Hennigsdorf durch ein neues Konti-Feinstahlwalzwerk.
(Autoren: Architektenkollektiv unter Leitung der Architekten Horst Schulz und Gerhard Wachholz)

2
Unter Nutzung der alten Bausubstanz wurde im VEB Porzellanmanufaktur Meißen eine umfassende Rekonstruktion durchgeführt.
(Autoren: Architektenkollektiv unter der Leitung von Architekt Christian Wiesenhütter)

3
VEB Zinnerz Altenberg. Die neue Anlage dient der Erweiterung der Zinnproduktion auf der Basis der Nutzung einheimischer Rohstoffe.
(Autoren: Architektenkollektive unter der Leitung von Architekt Christian Wiesenhütter)

3



1

2



Waggonbeladestation im Überseehafen Rostock

Bauingenieur Konrad Grunau, Architekt BdA/DDR
VEB Bau- und Montagekombinat Industrie- und Hafenbau
Kombinatsbetrieb Forschung, Projektierung, Technologie
Betriebsteil Rostock

Die Erzstrecke der Schüttgutumschlagsanlage des Überseehafens Rostock wurde rekonstruiert und erweitert.

Das Bauvorhaben wurde als Beispiel der Zusammenarbeit der RGW-Staaten bauseitig von DDR-Betrieben und ausrüstungsseitig von ČSSR- und DDR-Betrieben realisiert. Durch die ČSSR erfolgte die Projektierung, Lieferung und Montage des Maschinenbauanteiles der Gurtbandförderanlagen, wohingegen DDR-Betriebe den dazugehörigen Starkstrom- und Steuerungsanteil einschließlich fernbedienter und teilautomatisierter Verwiegungseinrichtungen realisierten. Gleichzeitig errichteten ČSSR-Betriebe die kompletten Anlagen eines Schiffsentladers am Kai und Haldenschütt- und Rückgewinnungsgeräte in einem Erzlager.

Beginnend mit einem 65 m hohen Schiffsentlader an der Kaikante wurde eine neue Umschlagsanlage, bestehend aus einem 1,8 km langen Bandbrückensystem, Über-

gabetürmen, Freilagerflächen sowie der am technologischen Endpunkt liegenden Waggonbeladestation geschaffen. Die Waggonbeladestation stellt mit einer Höhe von 40 m das höchste Hochbauobjekt des Hafens dar. Sie liegt außerdem optisch in der Achse des Endstückes der Autobahn Berlin-Rostock und verlangt somit auch aus diesem Grunde als Industriebau mit relativ großer Höhenentwicklung nach einer klaren baulichen Durchbildung und gestalterischer Einflußnahme.

Funktionelle Lösung

Die Waggonbeladestation dient der Beladung mit Erzen, die Beladung mit Steinkohle ist möglich.

Das gewählte technologische Durchflußschema (Pufferbunker, Wiegebunker, verfahrbare Beladebänder unter Einbeziehung der Möglichkeit wahlweiser Beladung des einen oder anderen Zuges oder beider Züge gleichzeitig) führte zu einer relativ großen Höhenentwicklung des sogenannten Bunkertraktes, während der Verladetrakt niedriger gehalten werden konnte.

Zwei Gleise unterfahren das Gebäude in Längsrichtung.

Die Bewegung der Züge erfolgt mittels einer Zugverholanlage. Die Waggons müssen mit Rücksicht auf die relativ große Dichte des Eisenerzkonzentrates lagenweise beladen werden, daher sind verfahrbare Beladebänder angeordnet.

Die Steuerung dieser Vorgänge erfolgt von einer Steuer- und Beladewarte aus, die zwischen beiden Lichtraumprofilen der Gleisbereiche angeordnet ist.



3

4



Autoren:

Bautechnische Projektanten (Gesamtleitung, Entwurf, Hochbau):

VEB Bau- und Montagekombinat Industrie- und Hafenbau
Kombinatsbetrieb Forschung, Projektierung, Technologie
Betriebsteil Rostock

Entwurf:

Bauingenieur Konrad Grunau, Architekt BdA/DDR
Statik des allgemeinen Hochbaus und Gründung:
Bauingenieur Conrad Karehnke, KDT

Stahlhochbau:

VEB Bau- und Montagekombinat Ost
Betrieb Projektierung
Betriebsteil Industrieprojektierung Schönfeld

Statik und Konstruktion:

Dipl.-Ing. Fritz Tressat
Bauingenieur Dieter Schütt
Bauingenieur Walter Nimz, KDT

Technologischer Projektant (Gesamtleitung):

VEB Seehafen Rostock, Hauptauftraggeber
Bereich Schüttgut

Verantwortlicher Bearbeiter:

Dipl.-Ing. Fritz Jung

1
Bandbrückensystem der Anlage. Im Hintergrund die Beladestation

2
Leitstelle Schüttgut

3
Blick auf Beladestation und Bandbrücke während der Montage

4
Fertiggestellte Beladestation. Blick von der Autobahn

5
Beladestation
Geschoßgrundriß
1 : 500

6
Bunkertrakt Schnitt
1 : 500

7
Beladetrakt Schnitt
1 : 500

8
Endbereich des Bandbrückensystems

9
Blick in die Beladestation

10
Bandbrücke und Beladestation

11
Blick auf Bunker- und Verladetrakt

Die Anlage zeichnet sich durch einen geringen Arbeitskräftebedarf aus (2 bis 4 Arbeitskräfte je Schicht). Trotzdem war die Anordnung von zwei Treppenhäusern unumgänglich. Neben der Elektro-Schwerpunkt-Laststation befinden sich Batterieraum, Heizverteilung, WC-Anlagen und Aufenthaltsraum im Bunkertrakt.

Konstruktive Lösung

Mit Rücksicht auf die vielfältigen technologischen Anforderungen wurde eine Stahlkonstruktion gewählt, die bis zu einer Höhe von + 11,0 m eine Stahlbetonummantelung aus brandschutztechnischen Gründen erhielt.

Unter Beachtung der starken Staubentwicklung und der damit verbundenen aufwendigen Entstaubung aller Konstruktionsglieder im Falle einer späteren Werterhaltungskonservierung wurde die Anwendung des korrosionsträgen Stahls (KTS) festgelegt, der keiner weiteren Nachbehandlung bedarf.

8

Für den Bunkertrakt wurde eine statisch bestimmte Konstruktion gewählt, deren Stabilität durch die Anordnung von Vertikalverbänden in verschiedenen Ebenen erreicht wird. Zur Ableitung der Horizontalkräfte aus dem Bandzug in 30 m Höhe wurden Stahlbetonscheiben oder Horizontalverbände angeordnet. Der Beladetrakt wurde aus Zweigelenkrahmen gebildet, die durch Koppelstangen (Pfetten, Windriegel) verbunden sind. Die Längsstabilisierung erfolgt durch Vertikalverbände. Auch hier werden die Horizontalkräfte aus der Technologie durch eine Stahlbetonscheibe und Horizontalverbände abgeleitet. Das Gebäude erhielt eine Flachgründung.

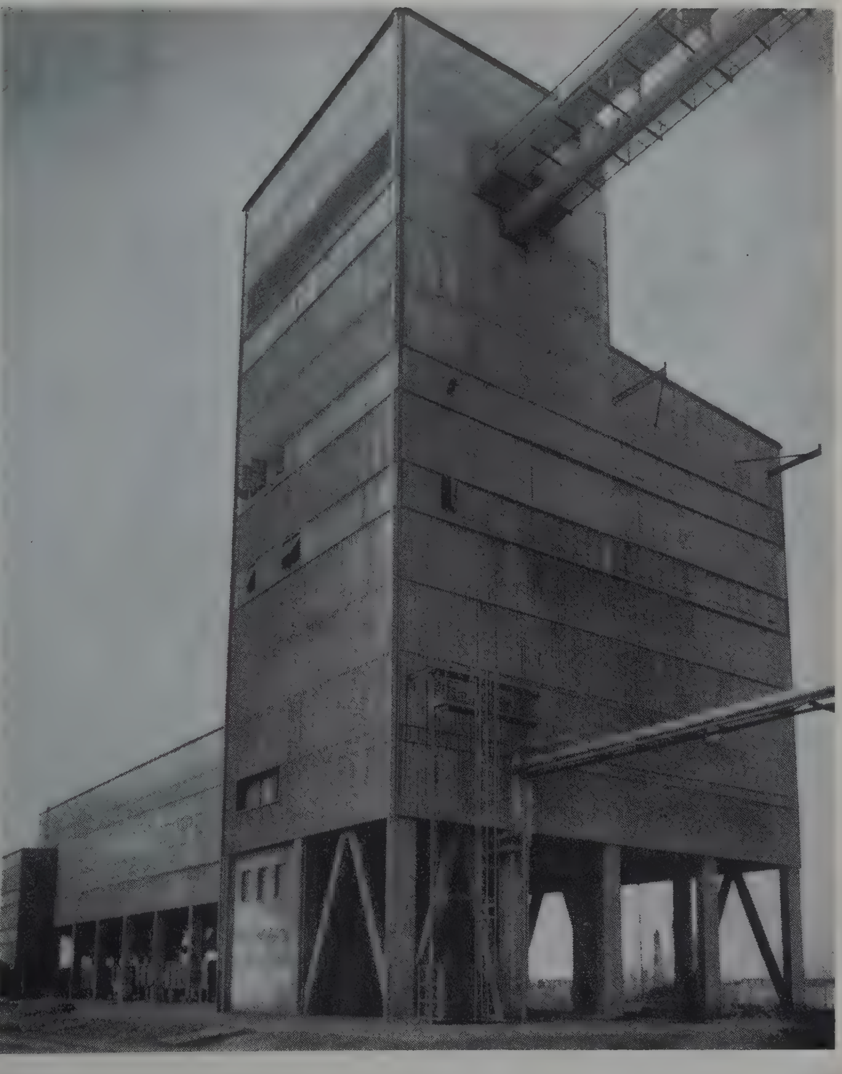


9



10

11



Von besonderer Bedeutung für die konstruktive Durchbildung war die Forderung nach Ermöglichung der Beladung mit Steinkohle. Die Station fiel somit in den Geltungsbereich der gesetzlichen Vorschriften für kohlenstaubgefährdete Betriebsstätten. Alle Bauglieder einschließlich der Wandriegel wurden mit Abschrägungen versehen. Die Übergänge zwischen Wandverkleidung und kittloser Verglasung wurden so gelöst, daß ebenfalls keine Staubablagerungen auftreten können.

Als Druckentlastungsflächen werden bleibende Montageöffnungen, offene Wellen der Wandverkleidung sowie Druckentlastungsflügel herangezogen oder angeordnet.

Es handelt sich bei der Beladestation um einen Kaltbau mit Ausnahme kleiner Teilbereiche. Eine Metallverkleidung der Wände und des Daches schied wegen möglicher Explosionsgefahr bei Blitzschlag aus, daher wurden Wellasbestzementplatten für die Wände und Stahlbetonhohldielen für die Dachdecke angeordnet. Hohldielen auch deshalb, um auf den Pfetten keine Staubablagerung zu erhalten.

Die Treppenhäuser bestehen aus mit Verblendziegeln ausgefachten Stahlfachwerken.

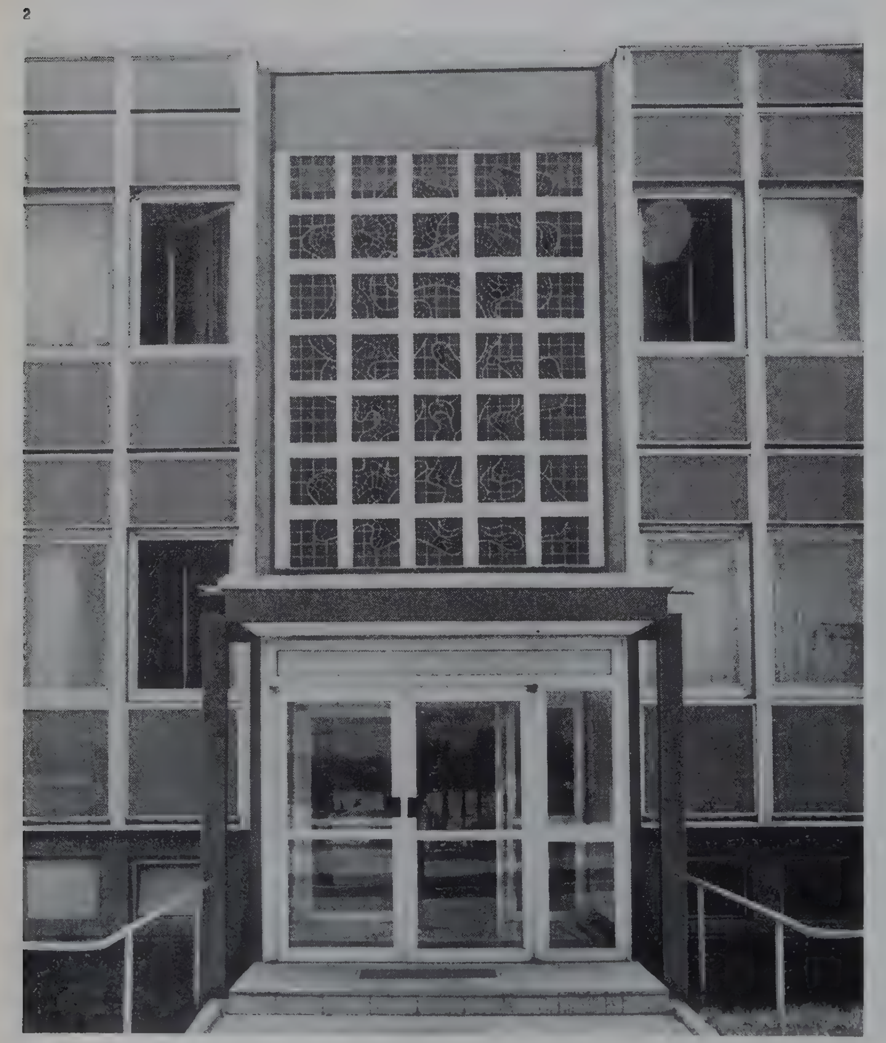
Gestalterische Lösung

Mit Rücksicht auf die Weiträumigkeit des Hafengeländes wurde eine großflächige Behandlung des äußeren Erscheinungsbildes der Station angestrebt.

Weitgehend geschlossene Ansichtsflächen mit relativ großer Höhenentwicklung weisen zur Achse des Endbereiches der Autobahn Berlin-Rostock. Die Waggonladestation stellt somit für sie einen optischen Abschluß dar.

1

2



Großbäckerei für den VEB Wernigeröder Backwarenbetrieb

Architekt BdA/DDR Eberhard Martens
Dr.-Ing. Friedhelm Ribbert, Architekt BdA/DDR
VEB Bau- und Montagekombinat Magdeburg,
Kombinatsbetrieb Forschung, Projektierung
und Technologie

Standortwahl und städtebauliche Einordnung

An der nordöstlichen Peripherie der Kreisstadt Wernigerode entsteht das Industriegebiet „Kupferhammer", bestehend aus einer Großbäckerei, einem Kleiderwerk, einem Oberflächenveredlungswerk und einem Heizwerk. Die neuen Industriewerke sind notwendig, um die zersplitterten Kleinbetriebe aus dem Stadtgebiet auslagern zu können.

Eine neu gebaute Umgehungstraße um den Investkomplex bewirkt die Entflechtung des öffentlichen und des Werkverkehrs und sichert die Erschließung einer weiter östlich liegenden Siedlung.

Für die Standortwahl sprachen folgende Gesichtspunkte:

- meteorologisch günstige Lage
- nahe Fernverkehrsstraßen und Eisenbahn
- Gewässer als Vorflut für Regenwasser vorhanden
- öffentliches Verkehrsmittel (Bus) ist sinnvoll einsetzbar
- Nutzung von Gemeinschaftsanlagen durch die Bevölkerung des angrenzenden Wohngebietes ist möglich.

Die Hauptbaukörper der angesiedelten Industriezweige bilden großflächige Produktionsgebäude, um die jeweils Anlagen der Hilfs- und Nebenfunktionen gruppiert sind.

1
Blick von Osten auf den Gesamtkomplex

2
Haupteingang, Eingangsüberdachung und Treppenhausverglasung

3
Obergeschoß 1 : 750

Produktionsgebäude

1 Mehlsilostation

Sozial- und Verwaltungsgebäude

1 Verwaltung — 3 WC
2 Labor — 4 Teeküche

4
Erdgeschoß 1 : 750

Produktionsgebäude

1 Mehlannahme
2 Mehlförderung
3 Rohstofflager
4 Kühlräume
5 Teigstation
6 Backraum
7 Rohstofflager
8 Konditorei
9 Expedition
10 Kühlräume Expedition
11 Verpackungsraum
12 Bereitstellungsboxen
13 Expedient
14 Kistenwäsche
15 Materiallager
16 WC
17 Werkstatt
18 Technik
19 Lüfterzentrale
20 Lehrwerkstatt
21 Umformer- und Installationsraum

Sozial- und Verwaltungsgebäude

1 Umkleideanlagen schwarz/weiß
2 Wasch- und Duschanlagen
3 Pausen- und Speiseraum
4 Verkaufskiosk
5 Endküche — 7 Sanitätsraum
6 Lager — 8 WC

Projektant:
VEB Bau- und Montagekombinat Magdeburg, Kombinatsbetrieb Forschung, Projektierung und Technologie

Chefarchitekt:
Dipl.-Ing. Miersch, Architekt BdA/DDR

Brigadeleiter:
Bauingenieur Horst Liedmann

Entwurfsleitung:
Architekt BdA/DDR Fritz Kreher
Dr.-Ing. Friedhelm Ribbert, Architekt BdA/DDR

Gesamtentwurf:
Architekt BdA/DDR Eberhard Martens
Bauingenieur Henriette Wagner

Statik und Konstruktion:
Dipl.-Ing. Wilhelm Nowotzin
Bauingenieur Bernhard Grunwald
Bauingenieur Wilhelm Peters

Bauwirtschaft:
Bauingenieur Otto Bethge
Bauingenieur Hans-Joachim Storz

Sanitärtechnik:
Ingenieur Petra Tschernow

Heizungstechnik:
Dipl.-Ing. Peter Rostek

Elektrotechnik:
VEB Kombinat Starkstromanlagenbau Leipzig-Halle, Bereich Projektierung Nordhausen

Lüftungstechnik:
VEB Ingenieurbüro der Backwarenindustrie Berlin

Farbgestaltung:
Architekt BdA/DDR Eberhard Martens
Dr.-Ing. Friedhelm Ribbert, Architekt BdA/DDR

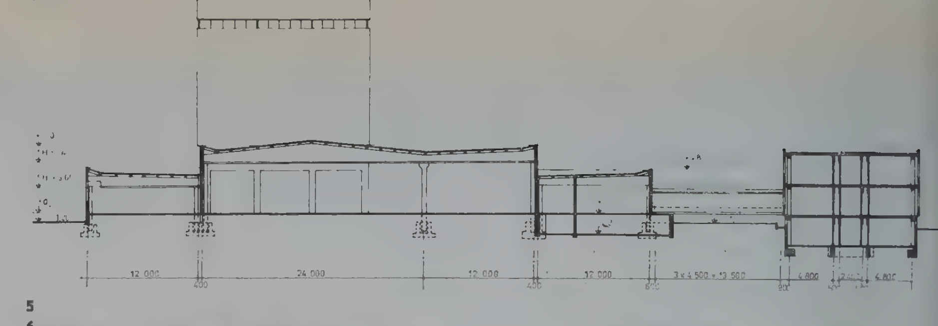
Künstlerische Glasgestaltung:
Ingenieur für Glasgestaltung Hans-Georg Losert

Technologischer Projektant:
VEB Ingenieurbüro der Backwarenindustrie

Gemeinschaftsanlagen (Betriebsgaststätte, Verkaufsstelle, Datenverarbeitungsstation) befinden sich im östlichen Randgebiet des Industriekomplexes in zwei kleineren Gebäuden. Der VEB Backwaren hat aus hygienischen Gründen separate Küchen- und Speiseanlagen.
Folgende Hauptgestaltungsprinzipien kamen für den Gesamtkomplex und somit auch bei der Großbäckerei zur Anwendung:
- Attiken als einheitlicher Dachabschluß
- MLK-Vorhangfassaden für die Geschoßbauten
- massive Wandelemente bei den Flachbauten
- Ekotalhüllen für technologisch bedingte Hochbauten
- verbindende Grüngestaltung
- abgestimmte Farbgebung.

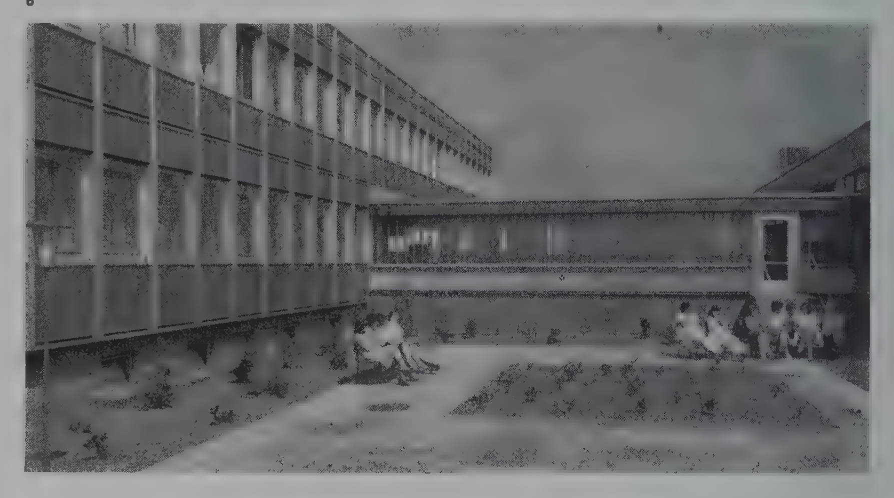
Funktionelle Lösung

Auf Grund seiner Struktur und der besonderen hygienischen Anforderungen bildet der Backwarenbetrieb eine in sich selbständige Einrichtung, die, abgesehen von Nebenanlagen wie Gasumformerstation, Garagen mit Werkstatt und Pförtner, in einem kompakten Gebäude zusammengefaßt ist. Entsprechend dem horizontalen Produktionsfluß sind die technologischen Anlagen und die versorgungstechnischen Einrichtungen in einem mehrschiffigen Hallenkomplex angeordnet.
Zur Aufnahme des Mehlgutes und seiner Förderung ist in das Produktionsgebäude eine geschlossene Siloanlage eingefügt. In einem seitlich rund 15 m vorgesetzten Geschoßbau sind die Sozial- und Verwaltungseinrichtungen untergebracht, die funktionell durch ein Verbindungsbauwerk mit den Produktionsstätten verbunden sind.
Grundlage für den technologischen Aufbau der Produktionsanlage ist die Standardlösung der Backwarenindustrie für die RWK2-Reihe, die in der Hauptflächen- und Raumordnung bis auf einzelne Korrekturen und Erweiterungen in der bautechnischen Konzeption aufgenommen wurde.
Dem Hallenkomplex ist ein Grundrißraster von 6000 mm, in Gebäudequerrichung eine Stützenstellung von 2 × 12 000 mm, 1 × 24 000 mm und 1 × 12 000 mm zugrunde gelegt. Der Gebäudequerschnitt sieht im Mittelteil den stützenfreien Backraum mit 24 000 mm Breite und ein gleichhohes Stützenfeld von 12 000 mm für die Konditoreianlagen vor. Die zwei Seitenschiffe, die in der Hauptsache Lager und versorgungstechnische Einrichtungen sowie eine Lehrwerkstatt aufnehmen, sind um 2400 mm höhenmäßig abgesetzt. Dadurch ist neben einer bewußten Kubatursenkung die Möglichkeit zur Anordnung von Fensterbändern für die Haupthallenschiffe gegeben, die sich positiv für die natürliche Auslichtung der innenliegenden Produktionsräume auswirken und zugleich die erforderlichen Abzugsflächen für Rauch und Hitze freigeben.
Die Hauptproduktionsräume sind voll klimatisiert.
Entsprechend dem Produktionsablauf ergeben sich folgende Produktionsbereiche:
- Rohstoffannahme mit -lagerung für die Bäckerei in Vorrats- und Tagessilos, die im Obergeschoß des Silogebäudes stationiert sind. Automatische Wäge- und pneumatische Fördereinrichtungen führen die verschiedenen Mehlsorten der Teigstation im Erdgeschoß zu.
Die Beschickung der Siloanlagen erfolgt mit Spezialtankwagen und durch Lkw-Antransport.
Die Rohstoffannahme und -lagerung für den Konditoreibedarf wird getrennt vorgenommen.
- Bäckerei und Konditorei sind räumlich nur durch leichte Glaswände getrennt; das gewährleistet u. a. einen universalen Einsatz der Backkapazität für beide Produktionsbereiche. Der Bäckerei sind 2 Netzbanddurchlauföfen und ein Doppelnetzbandrücklaufofen zugeordnet.
- In der Expedition mit dazugehörigen



5

6



5
Schnitt 1 : 750
6
Blick auf den Pausenbereich. Links das Sozialgebäude
7
Speisesaal im Sozialgebäude
8
Verbindungsgang zwischen Produktions- und Sozialgebäude
9
Backraum und Produktionsgebäude
10
Gesamtansicht Südwestseite

7



8



Kühlräumen, Verpackungseinrichtungen, und Bereitstellungsboxen wird der Versand über einer überdachten Rampe abgewickelt.

■ Die Nebenanlagen wie Kistenwäsche, Kühlmaschinenräume, LTA- und Elt-Zentralen, Anschlußräume für Versorgungsmedien, Notstromerzeugungsanlage, Materiallager und eine Lehrwerkstatt sind in den Seitenschiffen untergebracht.

Die Sozialanlagen im Erd- und Kellergeschoß des Geschoßbaues, der als zweihüftige Anlage konzipiert ist, sind über einen verglasten Verbindungsgang zu erreichen. Hier befinden sich für den Dreischichtbetrieb neben Wasch- und Umkleideräumen in Schwarzweiß-Trennung ein Pausen- und Speiseraum mit Endküchen- und Pausenversorgung.

Das Obergeschoß nimmt ein technisches Labor und Büroräume auf.

Konstruktion und Bauweise

Das Produktionsgebäude ist als eingeschossiger Montagebau mit Sattel- und Pultdach im Stützenabstand von 6000 mm und einer Bindersystemlänge von 24 000 mm und 12 000 mm errichtet worden.

Vom Projektanten ist versucht worden, einer möglichst weitgehenden Gebäudemontage Rechnung zu tragen.

Für die Wandmontage sind GSB-Elemente, im Rampenbereich – 1,20 m hoch – Sokkelwandelemente aus Stahlbeton verlegt.

Die Fensterbänder sind aus individuell gefertigten Stahlrahmenelementen gebildet, die Stahlfensterreihungen und auch Copilitverglasungen aufnehmen.

In den Hauptproduktionsbereichen einschließlich der Lehrwerkstatt sind Unterhangdecken aus Phonex-Akustikplatten eingebaut.

Der Silotrakt ist mit seinen Grundrißabmessungen von 2 × 6000 mm und 3 × 6000 mm in das Hallensystem eingebunden. Der Silotisch ist bis + 5,50 in monolithischem Stahlbeton ausgeführt.

Die Tragkonstruktion für die Umhüllung der montierbaren Außenwände aus GSB-Wandelementen und für die Dachkassettenplatten übernehmen gelenkig gelagerte Stahlrahmen mit Spannweiten von 12 000 mm und einer Höhe von rund 13 000 mm.

Das Sozialgebäude ist als dreigeschossige Anlage in 2-Mp-Stahlbetonskleletttbauweise mit einer Vorhangfassade des MLK an den Längsfronten konzipiert. Die Kelleraußenwände wurden ebenfalls montiert.

Die Parameter des Gebäudes wurden nach funktionellen und bautechnischen Gesichtspunkten gewählt. Das Gebäude hat ein Grundrißraster von 14 × 3600 mm in der Längsrichtung und 4800 mm + 2400 mm + 4800 mm in Querrichtung. Die Geschoßhöhen betragen (einschließlich Kellergeschoß) 3 300 mm.

Gestalterische Lösung

Der Backwarenbetrieb ist als Teil der neuen Industrieanlage „Am Kupferhammer" mit seinen großflächigen kompakten Produktionsanlagen in die gestalterische Gesamtkonzeption einbezogen worden.

Der breitgelagerte Baukörper betont eine horizontale Entwicklung, die den technologischen Fluß der Bäckerei widerspiegelt. Diese Betonung wird noch durch die horizontale Gliederung von Wand- und Fensterflächen und die stirnseitig angeordneten Rampenüberdachungen unterstrichen.

Eine vertikale Dominante der Bäckerei bildet die rund 20 m hohe Silostation. Sie ist mit einer vorgehängten Wetterschutzschale aus beschichtetem Ekotalblech versehen, die analog zur Produktionshalle im oberen Bereich durch ein umlaufendes Fensterband horizontal gegliedert ist.

Das Sozial- und Verwaltungsgebäude ist durch seine Stellung im Bereich des Werkseinganges in die räumliche Komposition einbezogen worden.

Ein sich nach Süden öffnender Innenhof zwischen Produktions- und Sozialgebäude ist für die Pausenerholung gestaltet und gibt den Blick in die Berglandschaft des Harzes frei. Die straffe, klare Gliederung der MLK-Vorhangfassade steht in gutem Kontrast zu den großflächig gestalteten Fassaden des Produktionsgebäudes und ermöglicht ein maßstäbliches Erfassen der gesamten Anlage.



9

Durch die Schaffung einer Mosaikwandfläche im Pausen- und Speiseraum und die Farbglasgestaltung des Haupttreppenhausfensters sind gelungene Akzente und Beziehungen der bildenden Kunst zu den Anlagen und Einrichtungen dieses Produktionszweiges gesetzt.

Farbgestaltung

Die Farbgebung für den Industriekomplex geschieht nach folgenden Ordnungsprinzipien:

■ Produktionsgebäude mit hellen Leitfarben sowie produktionsspezifische Sekundär- und Ergänzungsfarben

■ zentrale Einrichtungen einheitlich Rotbraun auf allen Außenwandflächen.

Für den Produktionstrakt der Großbäckerei ist Sandgelb die Leitfarbe der Außenwände. Als Sekundärfarbe erscheint weißes Ekotalblech am Siloturm und zur Attikabetonung. Sämtliche Holz- und Stahlteile sowie die Tür- und Torflächen erhielten dunkelbraune Anstriche. Die Farben sind abgestimmt mit dem Sozial- und Verwaltungsteil, wo die Vorhangfassade im Farbton Tabac zum Einsatz kam und die massiven Giebel mit Weiß behandelt wurden. Für Beton- und Putzflächen kam als Anstrichstoff Ilmantinplastputz zur Anwendung, bei Holz- und Stahlwerkstoffen wurden Alkydharzfarben eingesetzt.

Freiflächengestaltung

Die Landschaftsarchitektur wird als sanitärhygienisch trennendes und zugleich städtebaulich bindendes Element angelegt. Sie erbringt nicht nur gestalterische Wirkungen, sondern hat auch Funktionen wie Schutz gegen Immissionen und Pausenerholung, wodurch ihr eine besondere Bedeutung zukommt. Abschirmfunktionen gegen schädliche Einwirkungen vom Heizwerk und vom Oberflächenveredlungsbetrieb übernehmen dichte Baumreihen. Wichtigstes Anliegen ist die Schaffung von optisch erlebbaren Räumen, um die Härte des aus dem Boden wachsenden großflächigen Produktionsgebäudes zu mindern.

Im Zusammenhang mit der Gestaltung des Komplexes wurden die Freianlagen nach folgenden Prinzipien konzipiert:

■ Einbindung des Grüns aus dem nördlich gelegenen nahen Flußtal in den Komplex

■ menschlichen Maßstäben angepaßte Pausen- und Erholungsflächen sowie Spezialpflanzungen zum Emissionsschutz.

10



Bauplatz DDR



Im 30. Jahr ihres Bestehens gleicht die DDR einem einzigen großen Bauplatz

Die Bauschaffenden der Deutschen Demokratischen Republik haben im sozialistischen Wettbewerb zu Ehren des 30. Jahrestages unserer Republik insbesondere unter den komplizierten Bedingungen des Winters große Leistungen vollbracht. Auf der Grundlage der im Brief an den Generalsekretär des Zentralkomitees der SED, Erich Honecker, eingegangenen Verpflichtungen konnten durch hervorragende Initiativen und Ausschöpfung vorhandener Reserven viele Kollektive die eingetretenen Rückstände aufholen und Plangleichheit erreichen. Auf den Baustellen sowie in den Kombinaten und Betrieben der Baumaterialienindustrie wird jetzt entsprechend der Orientierung der 10. Tagung des Zentralkomitees der SED verstärkt darum gerungen, die staatlichen Planauflagen in den entscheidenden Positionen zu erfüllen und das Bautempo weiter zu erhöhen.

In konsequenter Durchführung des Wohnungsbauprogramms konnten von Januar 1971 bis Mai 1979 durch Neubau und Modernisierung von 1 148 000 Wohnungen die Wohnverhältnisse für 3,4 Millionen Bürger verbessert werden. Allein im Jahre 1978 wurden der Bevölkerung 167 800 Wohnungen übergeben. Das bedeutete gegenüber 1970 eine Steigerung des Wohnungsbaus auf rund 220 Prozent. In diesem Fünfjahrplan konnte der Wohnungsbauplan bis

1

2

3

4

31. Mai 1979 mit 57 000 Wohnungen überboten und eine anteilige Erfüllung von 72 Prozent erreicht werden. Auf der Grundlage großzügiger staatlicher Förderungsmaßnahmen wurden in den letzten Jahren durchschnittlich 10 000 bis 11 000 Eigenheime im Jahr fertiggestellt. Gegenwärtig befinden sich 32 000 Eigenheime im Bau. Von Beginn dieses Fünfjahrplanes bis Mai 1979 wurden allein in Berlin 53 000 Wohnungen gebaut beziehungsweise modernisiert und damit die Wohnverhältnisse für 159 000 Bürger verbessert.



1
In allen Bezirken der Republik wird das Wohnungsbauprogramm zielstrebig verwirklicht. Wohnungsbaustelle im Bezirk Cottbus. Entwicklung des „Flügelhauses": Bauingenieur R. Wetzk

2
Blick von der Altstadt auf Halle-Neustadt, den größten Wohnungsbaustandort am Zentrum der chemischen Industrie der DDR.
Städtebauliche Planung unter Leitung von Prof. Dr.-Ing. R. Paulick †, Prof. Dr.-Ing. J. Bach, Prof. Dr.-Ing. H. Siegel, Dr.-Ing. K.-H. Schlesier und Dipl.-Ing. H. Zaglmaier

3
Panorama der Oststadt, eines neuen Wohngebietes der Bezirksstadt Neubrandenburg. Planung unter Leitung der Stadtarchitektin Dr.-Ing. Iris Grund

4
Mit der Einführung der Wohnungsbauserie 70 wird die Qualität und Effektivität im Wohnungsbau erhöht. Wohnbauten der WBS 70/Dresden im Wohngebiet Dresden-Prohlis. Kollektiv E. Hempel, E. Kuphal, S. Schreiber und G. Szyszka

5
Die Sport- und Kongreßhalle in Rostock. Architektenkollektiv unter Leitung von W. Langwasser

6
Erholungspark Lütten Klein für die neuen Wohngebiete im Norden von Rostock mit vielfältigen Einrichtungen für den Freizeitsport und dem Gaststättenkomplex Fischerdorf. Städtebauliche Konzeption: Dipl.-Hort. Elisabeth Waack. Projektierung: Architekten W. und A. Lämmel u. a.

7
Modell einer neuen Kombination Krippe/Kindergarten (90/180 Plätze) des WBK Karl-Marx-Stadt. Kollektiv Architekt W. Belz



5

6



7



8
Versorgungszentrum für das Wohngebiet Saalfeld-Gorndorf. Architekt R. Kesting

9
Poliklinik im Wohngebiet Großer Dreesch in Schwerin. Architekten H. P. Schmidt und B. Meißler

10
Hauptgebäude und Hörsaalkomplex der Karl-Marx-Universität in Leipzig. Grundkonzeption: Prof. Dr.-Ing. H. Henselmann, Prof. Dr.-Ing. H. Siegel, Dipl.-Ing. A. Gross, Obering. H. Ullmann. Entwurf: Obering. H. Ullmann, Dipl.-Ing. E. Göschel, Dipl.-Ing. V. Sieg und Dr.-Ing. R. Skoda



8



9

10



Im Zeitraum von Januar 1971 bis Mai 1979 wurden unter anderem 193 500 Kindergartenplätze, 96 500 Kinderkrippenplätze, 26 700 Unterrichtsräume, 990 Schulturnhallen sowie 28 700 Feierabend- und Pflegeheimplätze gebaut. Gute städtebauliche und architektonische Lösungen entstanden unter anderem in den Wohngebieten Berlin-Marzahn – Wohngebiet I, Potsdam – Zentrum Ost, Magdeburg – Neue Neustadt, Schwerin – Großer Dreesch, Neubrandenburg – Ostvorstadt, Rostock – Lichtenhagen und Schmarl sowie in Erfurt, Leipzig, Dresden und Frankfurt (Oder).
Weitere Fortschritte wurden im vergangenen Jahr bei der Durchführung von Baureparaturen und Modernisierungsmaßnahmen an Wohngebäuden erreicht. Die Leistungen erhöhten sich auf 3,6 Milliarden Mark. Vorteilhaft hat sich dabei ausgewirkt, daß viele Städte und Gemeinden den Initiativen solcher Städte wie Rathenow, Hoyerswerda, Dresden und Rostock zur Einrichtung von Reparaturschnelldiensten und zur Konzentration von Baukapazitäten in Stützpunkten der VEB Kommunale Wohnungsverwaltung sowie der Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften schnell gefolgt sind. In den Städten und Gemeinden gibt es zur Zeit 622 Reparaturschnelldienste und

11

12





13

14



2 780 Reparaturstützpunkte und „Mach mit!"-Zentren, die die Bürger bei der Durchführung kleinerer Reparaturen wirkungsvoll unterstützen.

Wissenschaft und Technik haben an der erreichten Leistungssteigerung und Erhöhung der Effektivität im Bauwesen einen maßgeblichen Anteil. Durch die Überleitung beziehungsweise breitenwirksame Anwendung wissenschaftlich-technischer Ergebnisse wurden 1978 75 Millionen Arbeitsstunden und 509 Millionen Mark Kosten eingespart. Der Anteil wissenschaftlich-technischer Leistungen am gesamten Leistungszuwachs des Bauwesens beträgt über 75 Prozent. Durch konstruktive Verbesserungen und technologische Fortschritte wurden 1978 im Bereich des Bauwesens 152 600 Tonnen Zement, 57 400 Tonnen Walzstahl und 30 000 Kubikmeter Schnittholz eingespart. Von 1971 bis 1978 sind über acht Milliarden Mark in das Bauwesen und die Zulieferzweige der Industrie investiert worden. Die Jahreskapazität in der Großplattenbauweise konnte bis 1978 durch Rationalisierung vorhandener Produktionsstätten und den Bau neuer Werke in Karl-Marx-Stadt, Bautzen, Leipzig, Berlin und Stendal auf 81 000 Wohnungen erweitert werden.

11
In vielen alten Stadtbereichen wurde wertvolle Bausubstanz rekonstruiert, wie in der Klement-Gottwald-Straße in Potsdam. Architekten W. Berg, C. Wendland, H.-J. Kölling, P. Weiß, K. Modrach, G. Köpping u. a.

12
Terrassenrestaurant „Minsk" in Potsdam. Entwurf Architekten K.-H. Birkholz, W. Müller u. a.

13
Wohnbauten im Wohngebiet Rostock-Schmarl. Kollektiv P. Baumbach und I. Deutler. Bezirkliches Angebotsprojekt Kollektiv E. Kaufmann/Haase

14
Verkaufseinrichtung in der Gemeinde Speichrow, Bezirk Frankfurt (Oder). Entwurf: Architektin Barbara Hitzer



15



16



17



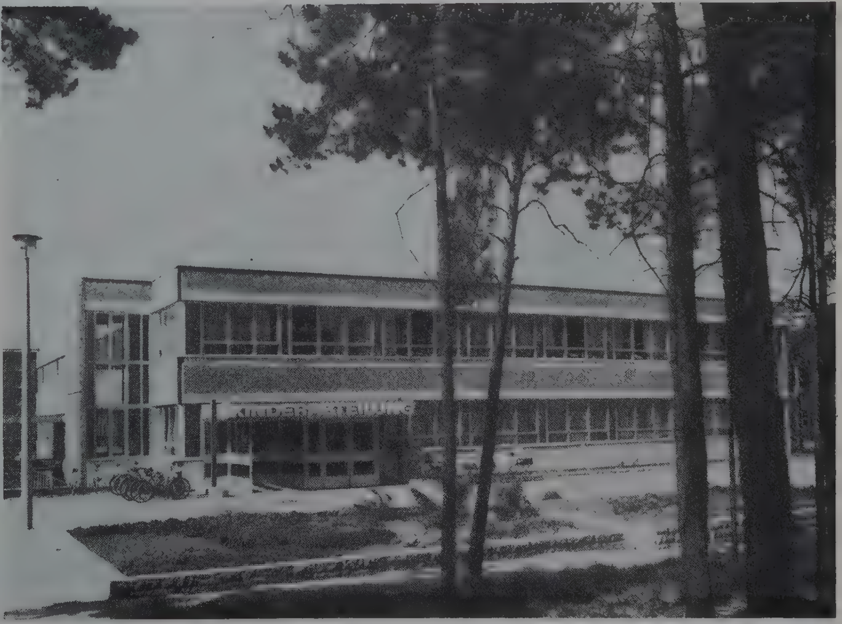
18

15
Freilichtbühne „Erich Weinert" in Frankfurt (Oder). Architekten B. Schuster, Dr.-Ing. M. Vogler, D. Haake

16
Rekonstruierter Bereich in der Altstadt von Wismar. Kollektiv unter Leitung von Architekt W. Domhardt

17
Am Anger in Erfurt wurden Bauten aus mehreren Jahrhunderten sorgsam erhalten. Architektenkollektiv unter Leitung von Stadtarchitekt W. Nitsch und Architekt S. Schulrabe

18
Ambulatorium in einem neuen Wohngebiet in Cottbus





19

Bedeutende Bauvorhaben und Objekte der Energie- und Rohstoffwirtschaft, des Maschinenbaus sowie der Export- und Konsumgüterindustrie wurden termingemäß beziehungsweise vorfristig fertiggestellt. Das sind so wichtige Kapazitäten wie im VEB Gasturbinenkraftwerk Zschornewitz II, im VEB Kalibetrieb „Werra" Merkers, im VEB Synthesewerk Schwarzheide, die Erdölleitung Schwedt – Leuna – Lützkendorf, Kapazitäten im VEB Automobilwerke „Sachsenring" Zwickau, im VEB Schuhfabrik „Roter Stern" Burg und VEB Spanplattenwerk Gotha.

Mit stärkerer Hinwendung der Industrie zur intensiveren Nutzung der Anlagen und baulichen Fonds stiegen die der Rationalisierung dienenden Baumaßnahmen im Jahre 1978 gegenüber 1977 wertmäßig um 300 Millionen Mark. Dadurch konnte in diesem Zeitraum der Bauanteil an den Investitionen von 30 Prozent auf 27 Prozent gesenkt werden.

Die Entwicklung der Baumaterialien- und Vorfertigungsindustrie vollzog sich auch im Jahre 1978 mit einem Zuwachs von 5,6 Prozent in schnellem Tempo. Es wurden insgesamt Baustoffe mit einem Volumen von 12 Milliarden Mark produziert. Darunter befinden sich 12,5 Millionen Tonnen Zement, über 62 Millionen Tonnen schwere Zuschlagstoffe, 2,8 Milliarden Stück kleinformatige Wandbaustoffe und 14 Millionen Kubikmeter Betonerzeugnisse.



20



21

22

19
Heizwerk in der Käthe-Kollwitz-Straße in Leipzig. Kollektiv unter Leitung von Architekt W. Böhme

20
Großbäckerei in Annaberg-Buchholz. Architekten J. Benndorf und W. Gerlach

21
Aufbau eines neuen Vorfertigungswerkes für den Wohnungsbau

22
Der Steigerung der Baustoffproduktion diente auch die Erweiterung des Zementwerkes Karsdorf

Anläßlich des 30. Jahrestages der Deutschen Demokratischen Republik erscheint der Band 2 der „Chronik des Bauwesens". In diesem Werk sind wichtige Ereignisse und Dokumente zusammengefaßt, die Auskunft über die Entwicklung dieses Industriezweiges von den Anfängen des Jahres 1945 bis zum IX. Parteitag der SED im Jahre 1976 geben. Die Chronik zeichnet an Hand zahlreicher Dokumente und Quellenangaben nicht nur ein lebendiges Bild von den technisch-ökonomischen Bedingungen und Stationen, die das Bauwesen auf seinem Weg von einem vorwiegend handwerklichen Gewerbe zu einem modernen Zweig der Volkswirtschaft durchlaufen hat, sondern markiert besonders jene Ereignisse, die vom schöpferischen Einsatz der Werktätigen im Kampf um Effektivität und Qualität berichten.
Das Material wurde im Auftrag des Ministeriums für Bauwesen und der Bauakademie der DDR von einer Forschungsgruppe unter Leitung von Walter Pisternick und Heinz Raeschler ausgearbeitet und von der Bauinformation der DDR herausgebracht.
Die folgenden Stichworte sind eine Auswahl von Ereignissen zum Problemkreis Städtebau und Architektur. Sie sind teilweise gekürzt wiedergegeben.



Aus der Chronik des Bauwesens



1
2



1 Berlin. Karl-Marx-Allee
2 Rostock. Lange Straße
3 Dresden. Altmarkt

3



Mai 1945

Kriegsfolgen: Menschenverluste, Zerstörungen

Der faschistische Krieg hat 5 500 000 Deutschen das Leben gekostet. In Deutschland sind 7 500 000 Menschen obdachlos, 3 600 000 Häuser sind zerstört oder beschädigt. Tausende Brücken und fast alle Verkehrsknotenpunkte sind unbrauchbar. Die Transportmittel sind zu 60 Prozent vernichtet. Die materiellen Schäden betragen etwa 195 Milliarden Mark.
Vom Werden unseres Staates, Bd. 1, Berlin 1966, S. 37 ff., 63 ff.; Tägliche Rundschau, Berlin, 16. 7. 1945

23. März 1946

Bei Großfurra (Kreis Sondershausen) entsteht ein Neubauerndorf

Bereits am 7. 10. 1945 werden in Großfurra als erstem Ort des Landes Thüringen 1600 ha junkerlicher Wald- und Bodenbesitz aufgeteilt. Jetzt ist Großfurra die erste Gemeinde im Land Thüringen und in der Sowjetischen Besatzungszone, die in Anwesenheit des Präsidenten der Zentralverwaltung für Land- und Forstwirtschaft, E. Hoernle, und weiterer Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens den ersten Spatenstich für ein neues Dorf mit 28 Bauernwirtschaften führt. Studenten der Hochschule für Baukunst und bildende Künste Weimar übernehmen die Patenschaft für die Errichtung der Neubauernhäuser.
Thüringer Volkszeitung, Ausgabe Weimar, 26. 3. 1946

März 1946

Instandsetzung von Wohnungen und Aufnahme der Baumaterialienproduktion

Vom Mai 1945 bis März 1946 wurden in der Sowjetischen Besatzungszone 189 000 unbenutzbare Wohnungen wiederhergestellt; das sind 4,13 Prozent des Wohnungsbestandes und 20,6 Prozent der zerstörten und beschädigten Wohnungen. 70 Prozent der Baustoffbetriebe haben ihre Produktion wieder aufgenommen. Der Anlauf der Produktion wird auf die Baustoffe Zement, Kalk, Gips, Dachziegel, Fensterglas und Dachpappe konzentriert.
Die Wirtschaft, 1946, Nr. 4, S. 122

9. September 1947

Das Bodenreformbauprogramm beginnt

Die SMAD erläßt nach eingehender Beratung mit den antifaschistisch-demokratischen Parteien und den werktätigen Bauern den Befehl 209 über Maßnahmen zur wirtschaftlichen Einrichtung der Neubauernwirtschaften. In den Jahren 1947/48 sind mindestens 37 000 Häuser für Neubauern zu errichten. Der Befehl 209 ist die Ersturkunde des Landwirtschaftsbaues für das Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik.
Neues Deutschland (ND), 13. 9. 1947

November 1947

Pläne für den Aufbau Berlins

Die Abteilung Bau- und Wohnungswesen beim Magistrat von Groß-Berlin zeigt im Bärensaal des Alten Rathauses Pläne für ein neues Verkehrsstraßennetz, für Fernbahnen, Wasserwege und Schnellbahnen sowie über die Stadtstruktur und die Grünflächen.
Bauzeitung, 1 (1947) 12, S. 160

28. Oktober 1948

P. Sack, Stralsund, der Hennecke-Aktivist des Bauwesens, vermauert in 8 Stunden 2600 Ziegel

Er erreicht dieses Ergebnis mit Hilfe eines gut vorbereiteten Arbeitsplatzes und verbesserter Arbeitsmethoden. Für seine bahnbrechende Leistung wird er 1949 als erster unter den Bauschaffenden mit dem Nationalpreis ausgezeichnet. Seinem Beispiel im Mauern folgen die Kollegen Wiese mit 2800, Brand mit 3000 und Pisternik mit 3230 Ziegeln in jeweils 8 Stunden.
Bauzeitung, 2 (1948) 12, Gewerkschaftsteil, S. 96; Broschüre: Neue Arbeitsweisen im Baugewerbe, Berlin 1949, S. 15 ff.; Wir vom Bau, Berlin 1969, S. 15 ff.

1. Dezember 1948

Erstes volkseigenes Projektierungsbüro

Das Büro, das auf Veranlassung der Hauptabteilung Bauwesen (Ministerium für Wirtschaft des Landes Mecklenburg) gebildet wird, hat die Aufgabe, Planungen, Entwürfe, statische Berechnungen und Vorkalkulationen von Hoch-, Tief-, Brücken- und Wasserbauten für den volkseigenen Sektor Mecklenburgs durchzuführen. Es erhält den Namen Architekten- und Ingenieurbüro, Volkseigener Betrieb Mecklenburg, Stralsund. Das Büro, das der VVB Hoch- und Tiefbau Land Mecklenburg unterstellt ist, zählt bei seiner Gründung 4, Ende 1948 17 und Ende 1949 41 Mitarbeiter. Direktor des Büros ist Dipl.-Ing. W. Mäder.
Archiv: VEB Industriekombinat Rostock

8. Mai 1949

Das Sowjetische Ehrenmal in Berlin-Treptow wird eingeweiht

Das Ehrenmal ist die nationale Gedenkstätte für das Heldentum und den Opfermut der sowjetischen Soldaten, die ihr Leben für die Befreiung der Menschheit vom Hitlerfaschismus ließen. Das Ehrenmal gestalteten: Bildhauer I. V. Wutschetitsch, Architekt I. B. Belopolski, Ingenieur S. S. Walerius, Kunstmaler Gorpenko.
Broschüre: Das Sowjetische Ehrenmal, Berlin-Information, Berlin 1969

16. Juli 1949

Wohnungsbauprogramm für 1949

Der Leiter der Hauptverwaltung Bauwesen, E. Scholz, informiert in einem Interview im Neuen Deutschland über den Start für ein umfangreiches Wohnungsbauprogramm in der Sowjetischen Besatzungszone, das erstmalig mit Investitionen der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) durchgeführt wird. Für 1949 sind 5000 Wohnungsneubauten (50 Mill. DM) und 20 000 Wohnungsreparaturen vorgesehen. Die Baukosten für eine Dreizimmer-

wohnung des Wohnungstyps, der von der DWK herausgegeben wird, sollen 10 000 DM nicht überschreiten.
ND (B), 16. 7. 1949

14. Januar 1950

Erster Kulturpalast in der DDR

In Anwesenheit von Ministerpräsident O. Grotewohl und des sächsischen Ministerpräsidenten M. Seydewitz sowie von 900 Ehrengästen wird der in Chemnitz-Siegmar errichtete Kulturpalast für die Bergarbeiter feierlich eingeweiht. Er ist mit modernsten technischen Einrichtungen ausgestattet.
ND (B), 16. 1. 1950

27. Juli 1950

„Grundsätze des Städtebaus" beschlossen

Die von der Regierung der DDR beschlossenen 16 Grundsätze dienen als Grundlage für die Planung und Gestaltung unserer Städte. Ihre Anwendung trägt dazu bei, den Anspruch auf Arbeit, Wohnung, Kultur und Erholung harmonisch zu befriedigen.
Ministerialblatt, 1950, S. 153 f.; Berliner Zeitung, 23. 8. 1950; Broschüre: Schöne Städte für ein schönes Leben, Ministerium für Aufbau, Berlin 1950

18. August 1950

Aufbau des Eisenhüttenkombinates Ost (EKO)

Bei Fürstenberg (Oder) beginnt die Erschließung des Baugeländes für das Eisenhüttenkombinat Ost, eines der großen Projekte des ersten Fünfjahrplanes. Bereits Ende 1950 sind auf dieser Baustelle mehr als 1500 Arbeiter beschäftigt. Am 21. 8. 1950 wird der Grundstein für die neue Wohnstadt des EKO gelegt.
ND (B), 19. und 22. 8. 1950

6. September 1950

Aufbaugesetz der DDR

Das von der Volkskammer der DDR beschlossene Gesetz bestimmt die Maßnahmen für den Aufbau der Städte, das Planungs- und Bestätigungsverfahren sowie die Inanspruchnahme bebauter und unbebauter Grundstücke für den Aufbau. Das Aufbaugesetz und die von der Regierung der DDR am 27. Juli 1950 beschlossenen 16 Grundsätze des Städtebaus werden in der Folgezeit zur entscheidenden Grundlage für den planmäßigen Aufbau und die Gestaltung der Städte unserer Republik.
GBl. 1950, S. 965 ff.; Broschüre: Schöne Städte für ein schönes Leben, Ministerium für Aufbau, Berlin 1950, S. 5 ff.

13. Februar 1951

Das „Neue Deutschland" leitet eine Architekturdiskussion ein

Bei der Diskussion geht es um die Entwicklung einer neuen deutschen Architektur, um den Kampf gegen Funktionalismus und Formalismus und um die Aneignung des nationalen Kulturerbes. In der Diskussion nehmen der Präsident der Deutschen Bauakademie, Prof. K. Liebknecht, der Schriftsteller L. Renn und die Redaktion des „Neuen Deutschland" Stellung.
ND, 13. 2., 14. 3. und 14. 7. 1951; Broschüre: Für einen fortschrittlichen Städtebau, für eine neue Architektur, Deutsche Bauakademie, Berlin 1951

25. Januar 1951

Die Deutsche Bauakademie (DBA) nimmt ihre Tätigkeit auf

Sie ist die höchste wissenschaftliche Einrichtung der Republik für die Entwicklung des Städtebaus, der Architektur und des Bauwesens. Sie vereinigt in sich die Kapazitäten des Instituts für Bauwesen bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften (16. 10. 1947) und des Instituts für Städtebau und Hochbau beim Ministerium für Aufbau (November 1949). Als Organe der DBA werden Plenum, das Präsidium, Institute und Meisterwerkstätten gebildet. Präsident der DBA ist Prof. Dr. K. Liebknecht.
GBl. 1950, S. 965, 1951, S. 71 f.; Deutsche Bauakademie 1951 bis 1953, Bericht über zwei Jahre Forschungsarbeit, Berlin 1953, S. 15 f.

9. März 1951

In Sangerhausen wird ein neuer Stadtteil mit 1500 Wohnungen gebaut

R. Siewert, Hauptabteilungsleiter im Ministerium für Aufbau, legt den Grundstein für den neuen Wohnbezirk, in dem die Bergarbeiter des Thomas-Müntzer-Schachtes vom Mansfeld-Kombinat wohnen werden.
Tägliche Rundschau, 10. 3. 1951; Deutsche Architektur, 6. (1957) 1, S. 1 ff.

4. August 1951

Sportbauten für die Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin fertiggestellt (5. bis 19. August)

In der beispiellos kurzen Zeit von 148 Tagen vollbringen die Bauschaffenden, unterstützt von zahllosen Helfern aus Berlin und der Republik, hervorragende Leistungen. Sie errichten das Stadion für Leichtathletik in der Cantianstraße, die Sporthalle in der Karl-Marx-Allee (Bauzeit: 119 Tage) und das Schwimmstadion im Friedrichshain. Ferner werden vier Naturbühnen geschaffen, 23 Sportanlagen wettkampfgerecht hergerichtet und vorhandene Park-, Grün- und Platzanlagen ausgebaut.
Bauzeitung, 5 (1951), S. 226 ff.; Die Wirtschaft, 1951, Nr. 31, S. 3

29. August 1951

Wettbewerb für die städtebauliche und architektonische Gestaltung der Stalinallee (Karl-Marx-Allee) in Berlin

Unter Vorsitz von Oberbürgermeister F. Ebert entscheidet das Preisgericht über die eingegangenen 46 Entwürfe: 1. Preis Dipl.-


4


5

4 Dresden. Zwinger
5 Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald
6 Eisenhüttenstadt. Leninstraße


6



7

8



7
Talsperre Pöhl

8
Kraftwerk Boxberg

9
Petrolchemisches Kombinat Schwedt

9



Architekt E. Hartmann Weimar, 2. Preis Meisterwerkstatt III der DBA unter Leitung von Prof. R. Paulick, 3. Preis Meisterwerkstatt II der DBA unter Leitung von Prof. H. Hopp, 4. Preis Architektenkollektiv K. Soradny, Leipzig, 5. Preis Brigade K. Leucht, Berlin,
Bauzeitung, 5 (1951) 6, S. 192; ND (B), 30. 8. 1951

3. Februar 1952

Grundsteinlegung für das Nationale Aufbauprogramm Berlin

Am Jahrestag des 3. 2. 1945, dem Tag des größten anglo-amerikanischen Bombenangriffs auf Berlin, legt Ministerpräsident O. Grotewohl in Anwesenheit von 10 000 Berlinern den Grundstein zum Block E-Süd in der Stalinallee (Karl-Marx-Allee).
Grundstein (DDR), 1952, Nr. 2, S. 1; Deutsche Architektur, 1 (1952) 1, S. 13 ff.

Juni 1952

Die „Deutsche Architektur" erscheint

Die Zeitschrift wird von der Deutschen Bauakademie herausgegeben. Ihre Herausgabe ist auf dem ersten Deutschen Architektenkongreß (9. bis 11. 12. 1951) beraten und beschlossen worden.
Deutsche Architektur, 1 (1952) 1

30./31. Oktober 1952

Bund Deutscher Architekten (BDA) gegründet – I. Bundeskongreß

Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Aufbau, Dr. L. Bolz, begrüßt den in Berlin stattfindenden Gründungskongreß im Namen der Regierung der DDR. Prof. H. Hopp, ordentliches Mitglied der Deutschen Bauakademie, wird von den rund 200 Delegierten zum 1. Vorsitzenden und Dipl.-Ing. H. Gericke zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Die Gründung des BDA ist auf dem ersten Deutschen Architektenkongreß (9. bis 11. 12. 1951) beraten und beschlossen worden.
ND, 31. 10. 1952; Deutsche Architektur, 2 (1953) 1, S. 4 f., 47

3./6. April 1955

1. Baukonferenz der DDR

1800 Delegierte aus allen Teilen der Republik beraten in der Deutschen Sporthalle in Berlin unter der Losung: „Besser, schneller und billiger bauen!" die neuen Aufgaben im Bauwesen. Die Konferenz wird vom Minister für Aufbau, H. Winkler, eröffnet. Im Hauptreferat „Die neuen Aufgaben im nationalen Aufbau" analysiert der 1. Sekretär des ZK der SED, W. Ulbricht, die Lage im Bauwesen und entwickelt als vordringlichste Aufgaben die Maßnahmen zur Industrialisierung des Bauens. Das Hauptreferat wird durch Referate von Dipl.-Ing. G. Kosel über Industrialisierung und Typung, Dipl.-Ök. F. Liebscher über die Ökonomik der Bauindustrie, Dipl.-Ök. H.-H. Kinze über die Baustoffproduktion und Dipl.-Ing. J. Hafrang über die Durchführung des landwirtschaftlichen Bauprogramms ergänzt.
ND, 5., 6., 7. und 8. 4. 1955; Deutsche Architektur, 4 (1955) 4, Sonderbeilage

10./12. Juni 1955

II. Bundeskongreß des Bundes Deutscher Architekten

450 Delegierte, 30 westdeutsche und 20 ausländische Gäste aus der Sowjetunion, aus Polen, Bulgarien, Rumänien, Frankreich und Brasilien nehmen am Bundeskongreß im Plenarsaal der Volkskammer in Berlin teil. Sie beraten die neuen Aufgaben in Auswertung der 1. Baukonferenz der DDR. Im Mittelpunkt steht die Durchsetzung der Einheit von Technik, Wissenschaft und Kunst. Eine der Hauptaufgaben der Architekten bei der Industrialisierung des Bauens ist, Typenprojekte auszuarbeiten sowie genormte Bauelemente zu entwickeln und anzuwenden. In einer offenen, kritischen Diskussion setzen sich die Delegierten mit den Mängeln bei der Entwicklung der neuen Architektur auseinander. Prof. H. Hopp wird als Präsident des DBA wiedergewählt.
ND (B), 11. 6. und 16. 6. 1955; Tägliche Rundschau, 12. 6. 1955; Deutsche Architektur, 4 (1955) 8, S. 337; Sonderbeilage

4. September 1955

Deutsche Staatsoper eröffnet

Der Wiederaufbau der Deutschen Staatsoper in Berlin, Unter den Linden, ist vollendet. Sie wird mit einem Festakt, auf dem der Minister für Kultur, Johannes R. Becher, spricht, eröffnet.
ND (A), 4. 9. 1955; Deutsche Architektur, 4 (1955) 10, S. 436 ff.

15. November 1955

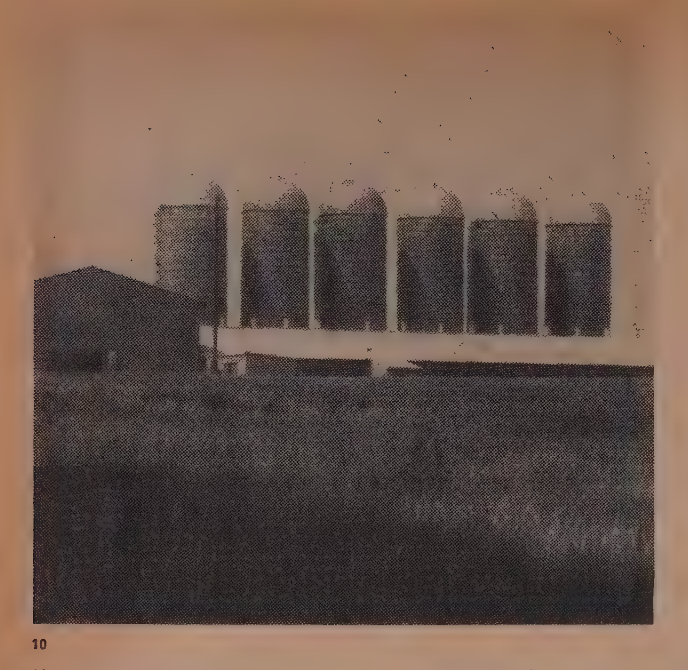
Typenordnung herausgegeben

Der Minister für Aufbau erläßt – ausgehend vom Beschluß des Ministerrates vom 21. 4. 1955 über die wichtigsten Aufgaben im Bauwesen – die Anordnung über die Ausarbeitung, Bestätigung und Anwendung von Typen im Bauwesen.
Deutsche Architektur, 5 (1956) 1, Beilage

April 1956

Großblockbauweise im fünfgeschossigen Wohnungsbau

In Dresden-Striesen werden vom VEB Bau (St) Dresden fünfgeschossige Wohnhäuser in der Großblockbauweise errichtet. Anstelle von 42 Maurern, Zimmerleuten und Hilfsarbeitern bei der Ziegelbauweise arbeiten auf der Großblockbaustelle nur ein Meister und fünf Arbeiter. Die Großblöcke aus Ziegelsplittbeton werden 100 m von der Baustelle entfernt hergestellt.
1956 sollen 400 schlüsselfertige und 300 rohbaufertige Wohnungen in der Großblockbauweise errichtet werden.
ND (B), 17. 4. 1956



10

11



10
Mastanlage Granschütz

13
Berlin. Alexanderplatz

11
Einkaufszentrum in Berlstedt

14
Leipzig. Marktplatz

12
Dedelow, Wohnungsneubau

15
Berlin. Leipziger Straße

12



Mai 1957

Die Bau-Union Hoyerswerda beginnt mit der Plattenbauweise

In der neuen Wohnstadt Hoyerswerda, der ersten Plattenbau-Großbaustelle der DDR, wird mit der Montage der Platten aus dem Plattenwerk Zeißig begonnen. Für die zur Zeit gefertigten Platten wird Porensinter und Hüttenbims als Zuschlagstoff verwendet.
Die Wirtschaft, 1957, Nr. 13, S. 3; Nr. 19, S. 2

2. September 1957

Neue Wohnstadt in Lübbenau

Der Minister für Kohle und Energie legt den Grundstein für die neue Wohnstadt Lübbenau, die vor allem für die Werktätigen des Großkraftwerkes und der neuen Tagebaue errichtet wird. Der Rat des Bezirkes Cottbus beschließt die Anwendung der Plattenbauweise und nach Vorliegen eines Rentabilitätsnachweises den Bau einer offenen, ortsveränderlichen Fertigungsanlage.
ND, A, 5. 9. 1957. Deutsche Architektur, 7 (1958) 6, S. 310 ff.; 8 (1959) 2, S. 70 ff.; Bauplanung-Bautechnik, 13 (1959) 6, Seite 242 ff.

26. Oktober 1957

Baubeginn Rostocker Überseehafen

In Rostock-Petersdorf wird der erste Spatenstich zum Ausbau des Rostocker Seehafens zum größten Seeumschlagplatz der DDR vollzogen. Der Hafenbau wird zur Sache der Bürger der ganzen Republik, die ihn mit Geldmitteln, Produktionsleistungen und freiwilligen Aufbaustunden unterstützen.
Die Wirtschaft, 1957, Nr. 13, S. 7; Nr. 27, S. 3; Bauzeitung, 11 (1957) 24, S. 699; 12 (1958) 16, S. 404 f.

12./14. Dezember 1957

III. Kongreß des Bundes Deutscher Architekten in Leipzig

Im Mittelpunkt der Beratungen stehen die Aufgaben der Architekten bei der weiteren Industrialisierung des Bauens, insbesondere zur Ausarbeitung hochwertiger Typenprojekte, sowie die Entwicklung einer sozialistischen Architektur und der Kampf gegen formalistische Einflüsse. Die Delegierten beschließen das neue Statut des Bundes. Prof. H. Hopp wird als Präsident wiedergewählt.
ND, 12., 13., 15. und 19. Dezember, 1957; Dokumente der SED, Bd. VI, Berlin 1958, S. 361 ff.; Deutsche Architektur, 7 (1958) 2, S. 59 ff.; H. 3, S. 158 f.

24./25. Februar 1958

2. Baukonferenz der DDR in Berlin

An der Konferenz des ZK der SED und des Ministeriums für Bauwesen in der Deutschen Sporthalle nehmen rund 2500 Delegierte teil. Das Mitglied des Politbüros F. Ebert begrüßt die Konferenz und überbringt die Grußadresse des ZK der SED. Das Referat über die bisherigen Ergebnisse der Industrialisierung und die Aufgaben im Bauwesen beim Aufbau des Sozialismus hält Staatssekretär Dipl.-Ing. G. Kosel. Prof. K. Liebknecht, Präsident der Deutschen Bauakademie, spricht über die Aufgaben der Wissenschaft im Bauwesen.
Die 2. Baukonferenz der DDR, Schriftenreihe „Die Bauwirtschaft" Heft 7, Berlin 1958; Deutsche Architektur, 7 (1958) 5, S. 239 ff., 284 ff.; H. 6, S. 340 f.

12. Mai 1959

Baubeginn Erdölverarbeitungswerk Schwedt (Oder)

Die ersten Brigaden der FDJ übernehmen entsprechend einem Aufruf des Zentralrates der FDJ vom 3. 4. 1959 das Bauvorhaben als Bau der Jugend. Die Wochenzeitschrift „Der Bau" berichtet über die ersten Arbeiten zum Aufschluß der Baustelle.
Der Bau, 1959, Nr. 16, S. 3

8. Oktober 1959

Baubeginn in Leuna II

Der erste Spatenstich, vollzogen mit einer sowjetischen Planierraupe, gibt den Auftakt für die Bauarbeiten des neuen Chemiewerkes, das südlich des VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht" im Bezirk Halle entsteht.
Die Wirtschaft, 1959, Nr. 41/42, S. 2

Dezember 1961

1961: 90 600 Wohnungen fertiggestellt

Der Anteil der Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften am Neubauprogramm beträgt 66 Prozent. Ende 1961 gibt es 230 Taktstraßen mit einer Jahreskapazität von 62 000 Wohnungen. Der Montageanteil steigt von Jahresbeginn 1961 bis Jahresende von 34 Prozent auf 52 Prozent, der Anteil der Serienfertigung von 43 auf 67 Prozent. Die DDR weist 1961 im Weltmaßstab den höchsten prozentualen Anteil an industriell errichteten Wohnungen auf.
Die Wirtschaft, 1962, Nr. 3, S. 1

26. Mai/8. Juli 1962

Versuchsbau „P 2" zur Diskussion gestellt

Der Experimentalbau des Institutes für Hochbau der DBA auf der Berliner Wohnungsbaustelle Fennpfuhl am Bahnhof Storkower Straße wird fertiggestellt und zur Besichtigung freigegeben.
Deutsche Architektur, 11 (1962) 9, S. 498 ff. (Sondernummer)

3. Oktober 1964

Staatsratsgebäude fertiggestellt

Am Berliner Marx-Engels-Platz wird das vom Architektenkollektiv R. Korn entworfene und vom VEB Ingenieurhochbau Berlin



13

14



15



gebaute neue Staatsratsgebäude seiner Bestimmung übergeben. Die Bauschaffenden haben damit eine Verpflichtung im Komplexwettbewerb zum 15. Jahrestag der Republik erfüllt. In das Gebäude ist das rekonstruierte Schlüter-Portal des ehemaligen Berliner Schlosses eingefügt, von dessen Balkon Karl-Liebknecht am 9. 11. 1918 die sozialistische deutsche Republik ausrief.
ND (B), 4. 10. 1964

Juli 1965

Großplattenwerk Halle-Neustadt

Nach achtzehnmonatiger Bauzeit beginnt in Halle-Neustadt die Produktion im neuen Großplattenwerk mit einer Jahreskapazität von Betonfertigteilen für 2100 Wohnungen. Erstmalig in der DDR werden in diesem Werk sechs Meter lange Außenwandelemente für den Wohnungsbau hergestellt.
ND (B), 17. 7. 1965

12./13. November 1965

4. Baukonferenz in Berlin

In der Dynamo-Sporthalle in Berlin-Hohenschönhausen beraten rund 2000 Delegierte aus den Betrieben und Institutionen des Bauwesens, stellvertretend für mehr als 500 000 Bauschaffende, sowie Fachleute aus anderen Wirtschaftszweigen über die weitere Verwirklichung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft im Bauwesen. Der Minister für Bauwesen, Wolfgang Junker, hält das Hauptreferat (Die Anwendung des neuen ökonomischen Systems im Bauwesen im Jahre 1966); W. Stoph, Mitglied des Politbüros des ZK der SED und Vorsitzender des Ministerrates, spricht das Schlußwort (Volkswirtschaftlich denken — wissenschaftlich leiten — mit hohem Nutzen bauen).
ND (B), 12. und 13. 11. 1965; Deutsche Architektur, 15 (1966) 2, S. 66, 70 ff.

9./10. Juni 1966

V. Kongreß des Bundes Deutscher Architekten in Halle

Im Mittelpunkt der Beratungen stehen, ausgehend von den Beschlüssen und kritischen Hinweisen der 11. Tagung des ZK der SED und der 4. Baukonferenz, die neuen Aufgaben auf dem Gebiet von Städtebau und Architektur und damit verbunden die grundlegende Verbesserung der Arbeit des BDA, die Schaffung ideologischer Klarheit unter den Architekten in den ideologischen Grundfragen und die Entwicklung ihrer Parteilichkeit. Zum neuen Präsidenten des BDA wird Prof. E. Collein und zum Ehrenpräsidenten in Anerkennung seiner Verdienste der bisherige Präsident Prof. H. Hopp gewählt. Der Minister für Bauwesen bestätigt das vom Bundeskongreß beschlossene Statut. Dem Kongreß gingen in den Bezirken Architektentage mit Ausstellungen, Projektverteidigungen und Vorträgen voraus.
ND (B), 10. und 11. 6. 1966; Deutsche Architektur, 15 (1966) 8, S. 451; H. 9, S. 514, S. 556 ff.; GBl. II, 1967, S. 64 ff.

24. Juni 1967

Grundsteinlegung für den Berliner Alexanderplatz

Auf der Baustelle des künftigen Hotels Stadt Berlin legt F. Ebert, Mitglied des Politbüros des ZK der SED, den Grundstein. Diese Grundsteinlegung gilt symbolisch für den Aufbau des Berliner Stadtzentrums vom Königstor bis zum Marx-Engels-Platz.
ND (B), 25. 6. 1967; Bauzeitung, 21 (1967) 1, S. 1 ff.; Deutsche Architektur, 16 (1967) 1, S. 44 ff.

1. Januar 1969

Weiterbildungsinstitut für Städtebau und Architektur gegründet

Das Institut, das auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen dem Minister für Bauwesen und dem Minister für Hoch- und Fachschulwesen an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar gebildet wird, dient der Qualifizierung der Architekten und Städtebauer und soll wesentlicher Bestandteil der Berufsentwicklung der Hochschulabsolventen werden. Als Direktor des Instituts wird Prof. P. Doehler berufen.
Deutsche Architektur, 18 (1969) 9, S. 567 f.

17./18. April 1969

5. Baukonferenz des ZK der SED und des Ministerrates der DDR

In der Berliner Dynamo-Sporthalle beraten mehr als 2000 Schrittmacher und Mitglieder sozialistischer Kollektive, Arbeiter, Ingenieure, Ökonomen, Architekten und Wissenschaftler von den Baustellen und aus den Betrieben, Kombinaten und Instituten sowie Vertreter aus anderen Bereichen der Volkswirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens über die rasche Erhöhung der Leistungsfähigkeit und Effektivität des Bauwesens im Perspektivplanzeitraum. Der Minister für Bauwesen, Wolfgang Junker, referiert über die Rolle des Bauwesens der DDR im Perspektivplanzeitraum 1971 bis 1975. Der Präsident der Deutschen Bauakademie, Prof. Werner Heynisch, spricht über die Entwicklung von Wissenschaft und Technik im Perspektivplanzeitraum 1971 bis 1975 und den Aufbau einer hochleistungsfähigen Wissenschaftsorganisation im Bauwesen.
ND, 18. und 19. 4. 1969

2. Oktober 1969

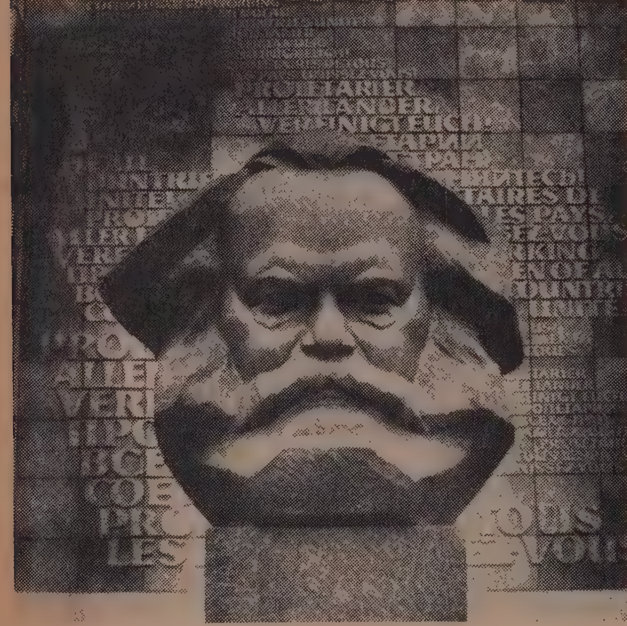
Dresdner Kulturpalast fertiggestellt

Die Arbeiter von 62 Bau- und Spezialbetrieben haben den Kulturpalast am Dresdner Altmarkt nach 33monatiger Bauzeit fertiggestellt und an den Rat der Stadt übergeben. Der fast 200 000 m³ umfassende Baukörper ist der bedeutendste Kultur-

hausneubau, der in den vergangenen Jahren in der DDR errichtet wurde. Der Festsaal bietet 2400 Besuchern Platz.
ND, 4. 10. 1969: Deutsche Architektur, 19 (1970) 5, S. 265 ff.



16
17



18

30. September 1970

Interhotel Stadt Berlin

Das 120 m hohe Hotel am Berliner Alexanderplatz – nach dem Fernsehturm das höchste Gebäude im Berliner Stadtzentrum – ist fertiggestellt und wird der Vereinigung Interhotel zur Nutzung übergeben. In der 1. und 2. Etage des Gebäudes (Flachbau) befinden sich der große Festsaal, die Gastronomie und weitere Einrichtungen eines modernen Hotels. Im Hochkörper, der 36 Geschosse zählt, befinden sich die Hotelzimmer mit 1982 Betten, im 37. Geschoß, der Panorama-Etage, Gaststätten und Salons.
Deutsche Architektur, 20 (1971) 12, S. 782 ff.

25./26. März 1971

6. Kongreß des Bundes der Architekten der DDR (BdA der DDR)

An dem Kongreß, der in der Berliner Kongreßhalle am Alexanderplatz in Vorbereitung des VIII. Parteitages der SED stattfindet, nehmen mehr als 300 Delegierte und Gäste teil. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen die Aufgaben des BdA der DDR bei der Entwicklung von Städtebau und Architektur im Prozeß der weiteren Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft. Der Kongreß beschließt, dem Architektenverband den Namen „Bund der Architekten der Deutschen Demokratischen Republik" zu geben. Der BdA der DDR wird im Auftrag des Staatsrates und des Ministerrates mit dem Orden Banner der Arbeit ausgezeichnet. Prof. E. Collein wird als Präsident wiedergewählt.
Deutsche Architektur, 20 (1971) 6, S. 622 ff. (Grußadresse, Bundesvorstand, Referat, Schlußwort); H. 7, S. 388 ff. (Referat Entschließung); S. 433 ff. (Diskussion); ND (B), 26. und 27. 3. 1971

31. Mai 1971

Wohnungsbauserie 70 (WBS 70)

Der Übersichtskatalog für die WBS 70, erarbeitet unter der Leitung des Instituts für Wohnungs- und Gesellschaftsbau der Bauakademie und herausgegeben als Arbeitsmaterial, zeigt den in der Erarbeitung erreichten Stand bei wichtigen, funktionellen, konstruktiven und technischen Grundlagen. Er ist Ausgangspunkt für technisch-ökonomische Aufwandsparameter im komplexen Wohnungsbau für den Zeitraum bis 1975 und Grundlage für die Ausarbeitung von Ausführungskatalogen (Bauelemente, technische Gebäudeausrüstung, Ausbau). – Die Erstanwendung der WBS 70 beginnt 1972 in der Bezirkshauptstadt Neubrandenburg. Sie wird in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit vom WBK Neubrandenburg und dem Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau vorbereitet.
Deutsche Architektur, 20 (1971) 11, S. 664 ff.

9. Oktober 1971

Karl-Marx-Denkmal enthüllt

Der Erste Sekretär des ZK der SED, E. Honecker, enthüllt unter dem Beifall von 250 000 Einwohnern und Gästen in Karl-Marx-Stadt das von dem sowjetischen Bildhauer Kerbel geschaffene Karl-Marx-Denkmal. Das Denkmal ist zusammen mit der hinter ihm befindlichen Spruchwand „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" am Hause der Staatsorgane ideeller Mittelpunkt und monumentales Symbol der Bezirkshauptstadt, die den Namen des Begründers des wissenschaftlichen Sozialismus trägt.
ND (B), 10. 10. 1971, S. 1, 3 (E. Honecker); deutsche architektur, 22 (1973) 8, Titelseite, 463; Der Bau, 17. 9. 1971, Nr. 26, S. 7

11. November 1971

Grundsteinlegung in Schwerin – Großer Dreesch

Im neuen Stadtteil Großer Dreesch entstehen 5700 Wohnungen, in denen künftig etwa 17 000 Menschen wohnen werden. Weiter werden gebaut: eine Kaufhalle, ein Gaststättenkomplex mit Großküche, Annahmestellen für das Dienstleistungskombinat, eine Poststelle, eine Poliklinik sowie kombinierte Kindereinrichtungen und Schulen.
ND (B), 12. 11. 1971, S. 2

24. November 1971

Verordnung des Ministerrates der DDR über die Förderung des Baus von Eigenheimen

Zur Verbesserung der Wohnbedingungen, insbesondere der Arbeiterklasse und für kinderreiche Familien, beschließt der Ministerrat, den Bau von Eigenheimen durch Bereitstellung von Vorzugskrediten staatlicherseits zu fördern. Für das Baumaterial werden z. B. unverzinsliche Kredite gewährt und für die Nutzung volkseigener Grundstücke keine Gebühren erhoben. Es sind vorrangig solche Projekte und Bauweisen anzuwenden, die einen hohen Anteil an Eigenleistungen ermöglichen. Der monatliche Aufwand für Tilgung und Verzinsung der Kredite soll im Prinzip nicht höher sein als die vergleichbare Miete im volkseigenen Wohnungsbau.
GBl. II 1971, Nr. 80, S. 709 ff.; deutsche architektur, 21 (1972) 11, S. 644 ff. (Sonderheft über Eigenheime)

3. Dezember 1971

Das Wohnungsbauprogramm – Sache aller Architekten

Der Bundesvorstand des BdA/DDR berät die Aufgaben des Bundes bei der Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms im Fünfjahrplan 1971 bis 1975. Er ruft alle Architekten in der Praxis, in der Forschung und in den staatlichen Organen auf, mit

Ideen und Vorschlägen an der Verwirklichung dieses Programms aktiv teilzunehmen.
deutsche Architektur, 21 (1972) 2, S. 66, 68

November 1972

Neuer Stadtteil Rostock-Lichtenhagen

Nach dem Wohngebiet Lütten Klein (37 000 Einwohner) und Evershagen (28 500 Einwohner) beginnt im Jahre 1973 im 406 Hektar großen „Planungsraum Lütten Klein" an der Verkehrsstraße Rostock-Warnemünde und dem nördlichen Bereich des Planungsgebietes der Bau des dritten Wohngebietes Rostock-Lichtenhagen.
Im neuen Wohngebiet sollen rund 6600 Wohnungen für etwa 22 000 Einwohner errichtet werden, davon sind etwa 85 Prozent in fünfgeschossiger Bauweise vorgesehen. Neben dem Wohngebietszentrum in unmittelbarer Nähe der neuen S-Bahnstation Groß Klein werden zwei Nebenzentren im nördlichen und südlichen Teilgebiet mit Kaufhalle und Schülergaststätte gebaut. Weiterhin sind im Hauptgrünraum Stützpunkte für die Versorgung der Bevölkerung vorgesehen.
deutsche architektur, 20 (1971) 12, S. 708 f.

1. Dezember 1972

Grundsteinlegung – Berlin, Weißenseer Weg

Oberbürgermeister H. Fechner legt im Berliner Stadtbezirk Lichtenberg den Grundstein für das zur Zeit größte Neubaugebiet Berlins. Auf der 180 ha großen Fläche am Weißenseer Weg werden in sechsjähriger Bauzeit insgesamt 16 000 Wohnungen, 11 polytechnische Oberschulen, 15 Kombinationen Kinderkrippe/Kindergarten, vier Kaufhallen sowie Gesundheits-, Dienstleistungs- und Gemeinschaftseinrichtungen errichtet. In dem Gebiet werden rund 50 000 Menschen wohnen.
ND (B), 2. 12. 1972, S. 1, 8; deutsche architektur, 22 (1973) 6, S. 333 ff.

2. Oktober 1973

10. Tagung des ZK der SED berät über Wohnungsbauprogramm der DDR bis 1990

Der Minister für Bauwesen, W. Junker, spricht über das Wohnungsbauprogramm der DDR von 1976 bis 1990. Auf der Grundlage der bereits auf der 9. Tagung des ZK der SED (28./29. Mai 1973) gegebenen Orientierungspunkte sollen in diesem Zeitraum 2,8 bis 3,0 Millionen Wohnungen gebaut bzw. modernisiert und dafür mehr als 200 Milliarden Mark des Nationaleinkommens in den drei Planjahrfünften aufgewendet werden. Der Minister für Bauwesen behandelt die Aufgaben zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit und Effektivität im Bauwesen und die Schaffung der materiell-technischen Voraussetzungen zur Durchführung des großen Wohnungsbauprogramms.
ND (B), 3. 10. 1973 (Bericht des Politbüros) und 4. 10. 1973 (Referat W. Junker); deutsche architektur, 22 (1973) 12, S. 708 ff.

3. Dezember 1973

„Centrum"-Warenhaus in Magdeburg fertiggestellt

Das „Centrum"-Warenhaus ist, nach dem „Centrum"-Warenhaus in Berlin, mit seinen 12 000 m² Verkaufsraumfläche das zur Zeit größte und modernste Warenhaus der DDR. Der fünfgeschossige Baukörper (ein Tiefgeschoß, vier Normalgeschosse) ist 110 m lang, 60 m breit und 23 m hoch. Das Gebäude wurde in Stahlbetonskelettbauweise mit einem Stützenraster von 12 m × 12 m errichtet.
Architektur der DDR, 23 (1974) 10, S. 624 ff.

7. Dezember 1973

Wohnungsbauprogramm bis 1990 – Sache aller Architekten

Der Bundesvorstand des BdA/DDR tritt in Berlin zusammen und berät, ausgehend von der 10. Tagung des ZK der SED (2. Oktober 1973), über die Aufgaben der Architekten bei der Vorbereitung und Durchführung des Wohnungsbauprogramms bis 1990, insbesondere über Wege, die zur Erhöhung der Qualität und Effektivität im Wohnungsbau führen.
deutsche architektur, 23 (1974) 3, S. 123 ff.

April 1974

Wohngebiet Rostock-Lichtenhagen

Nach den Wohngebieten Lütten Klein (37 000 Einwohner) und Evershagen (28 500 Einwohner) beginnt im Jahre 1974 im Planungsraum Lütten Klein an der Verkehrsstrasse Rostock-Warnemünde im nördlichsten Bereich des Planungsgebietes der Bau des dritten Wohngebietes, Rostock-Lichtenhagen. Im neuen Wohngebiet sollen rund 6700 Wohnungen für 22 000 Einwohner bis 1977 errichtet werden, davon etwa 88 Prozent in fünfgeschossiger Bauweise. Die Infrastruktur wird charakterisiert durch die äußere Verkehrserschließung und die Schaffung einer 600 m langen und 50 m breiten Fußgängerzone zwischen den Versorgungszentren. Außer dem Wohngebietszentrum in unmittelbarer Nähe des neuen S-Bahnhaltepunktes entstehen im nördlichen und südlichen Teilgebiet zwei Nebenzentren mit Kaufhalle und Schülergaststätte. Weiterhin soll die Versorgung der Bevölkerung durch ein Angebot kleiner Stützpunkte gewährleistet werden.
deutsche architektur, 20 (1971) 12, S. 708 ff.; Archiv: Büro für Stadtplanung Rostock

7. Oktober 1974

Wohngebiet „Fritz Heckert" in Karl-Marx-Stadt

Im Südosten von Karl-Marx-Stadt findet am 7. 10. 1974 die feierliche Grundsteinlegung für das Wohngebiet „Fritz Heckert" statt. Das auf einem Höhenrücken gelegene städtebauliche Ensemble ist das bisher größte Wohngebiet in Karl-Marx-Stadt



19

20



16
Karl-Marx-Stadt. Stadthalle und Hotel „Kongreß"

17
Karl-Marx-Denkmal von L. Kerbel

18
Berlin. Palast der Republik

19
Halle. Klement-Gottwald-Straße

20
Quedlinburg. Marktplatz

21
Neubrandenburg. Wohnungsbauserie 70

21



mit 37 000 Wohnungen für rund 100 000 Einwohner auf einer Gesamtplanungsfläche von 750 ha. Die Entfernung zum Stadtzentrum beträgt im Durchschnitt 4 km. Das Wohngebiet gliedert sich in 9 funktionstüchtige Baugebiete mit jeweils 4000 bis 5000 Wohnungen. Die darin befindlichen Nebenzentren mit gesellschaftlichen Einrichtungen zur Grundversorgung der Bevölkerung sind in optimaler Entfernung zum Wohngebietszentrum (WGZ) gruppiert. Das WGZ mit Handel und Gastronomie sowie kulturellen und sportlichen Einrichtungen erhält durch die Anordnung einer punktförmigen Hochhausbebauung eine besondere Städtebaudominante. Es umfaßt weiterhin einen 8 ha großen Park, mehrere Bachläufe und einen 2 ha großen Stausee. Für die Baugebiete (ohne WGZ) sind geplant: 24 Schulen mit Turnhallen, 15 Sportplätze, 30 Kindergärten, 35 Kinderkrippen, 4 Schwimmhallen, 1 Poliklinik, 12 Ambulanzen.
Architektur der DDR, 27 (1978) 1, S. 6 ff.; Archiv: Büro des Stadtarchitekten Karl-Marx-Stadt

7. Oktober 1974

Fußgängerbereich Klement-Gottwald-Straße in Halle (Saale)

Der erste Abschnitt des Fußgängerbereichs wird zum 25. Jahrestag der DDR zur öffentlichen Nutzung übergeben. Die Fertigstellung des zweiten Abschnitts und die Gesamtübergabe erfolgt am 30. 4. 1975, am Vorabend des 1. Mai. Der insgesamt 840 m lange und 19 000 m² Freifläche umfassende Straßenzug verbindet den neuen Thälmannplatz mit dem historischen Markt. In den Erdgeschoßzonen befinden sich neue und restaurierte Einzelhandelsgeschäfte sowie gastronomische und gesellschaftliche Einrichtungen.
ND (A), 23. 1. 1974

Oktober 1974

Stadthalle in Karl-Marx-Stadt zur Nutzung übergeben

Die Stadthalle in Karl-Marx-Stadt, errichtet als städtebauliche und architektonische Einheit mit dem Interhotel „Kongreß" (10. 2. 1974), ist mit einem großen Saal (2200 Plätze) und einem kleinen Saal (600 Plätze) ausgestattet.
Architektur der DDR, 24 (1975) 4, S. 226 ff.

21./22. November 1974

31. Plenartagung der Bauakademie der DDR

Im Mittelpunkt der Plenartagung in Magdeburg stehen die Aufgaben des Städtebaus zur Erfüllung des langfristigen Wohnungsbauprogramms als Beitrag zur Lösung der Hauptaufgabe des VIII. Parteitages der SED. Prof. U. Lammert stellt drei Aufgaben in den Mittelpunkt: Die Verbesserung der Stadtplanung, für die das langfristige Wohnungsbauprogramm eine entscheidende Triebkraft ist, die Erhöhung der funktionellen und gestalterischen Qualität der Neubaugebiete und das differenzierte Herangehen an komplexe Rekonstruktionsmaßnahmen. Der Minister für Bauwesen, W. Junker, unterstreicht in seinem Beitrag, daß die Städte und Wohngebiete mit den zur Verfügung stehenden Mitteln des Wohnungsbaus so zu gestalten sind, daß sie den wachsenden Anforderungen der sozialistischen Lebensweise entsprechen.
Architektur der DDR, 24 (1975) 2, S. 66; H. 3, S. 135 ff. (Referat U. Lammert), S. 143 f. (Schlußbemerkungen W. Heynisch); H. 4, S. 201 ff. (Thesen über die Aufgaben des Städtebaus)

14. April 1975

Die 500 000. Wohnung des Fünfjahrplanes fertiggestellt

Die 500 000. Wohnung dieses Fünfjahrplanes wird in einem feierlichen Akt in Berlin auf der Baustelle Leninallee/Weißenseer Weg an die Arbeiterfamilie W. Letzin übergeben. Damit ist das Fünfjahrplanziel um mehr als ein halbes Jahr vorfristig erreicht. Den Dank des ZK der SED und seines Ersten Sekretärs, E. Honecker, an die Bauschaffenden für die hervorragenden Leistungen übermittelt das Mitglied des ZK der SED und Minister für Bauwesen, W. Junker.
Bauzeitung, 29 (1975) 6, S. 281; ND (B) 15. 4. 1975, S. 1, 3

23./24. April 1975

6. Baukonferenz des ZK der SED und des Ministerrates der DDR

In der Berliner Dynamo-Sporthalle beraten mehr als 2000 Werktätige aus allen Bereichen des Bauwesens, der Baumaterialienindustrie und der Zulieferindustrie, aus Forschungs- und Lehrinstituten sowie Vertreter gesellschaftlicher Organisationen über die Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages und die weitere Entwicklung des Bauwesens bis 1980. An der Beratung nehmen der Erste Sekretär des ZK der SED, E. Honecker, Mitglieder des Politbüros des ZK der SED und des Ministerrates sowie Vertreter der gesellschaftlichen Organisationen teil. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen die weitere Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, die Durchsetzung einer hohen Materialökonomie, die produktive Nutzung der Grundfonds, die Verbesserung der Qualität und der effektivste Einsatz des menschlichen Arbeitsvermögens. Beraten werden weiter die höhere gestalterische Qualität und Effektivität der Wohngebiete und des Städtebaus, die Steigerung der Qualität der Projektierung, die Anwendung der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation, die wirksamere Übertragung der fortgeschrittensten eigenen und sowjetischen Erfahrungen (wie der Slobin-Methode) sowie die enge Verbindung des Kampfes um eine höhere Arbeitsproduktivität mit der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen.
ND (B), 23. 4. 1975, S. 1 (Vorschau; 24. 4. 1975, S. 1, 3 ff. (Referat, Diskussion); 25. 4. 1975, S. 1, 3 ff. (Schlußwort, Diskussion); 26./27. 4. 1975, S. 3

13./14. November 1975

7. Kongreß des Bundes der Architekten der DDR

In der Kongreßhalle am Berliner Alexanderplatz beraten 350 Delegierte gemeinsam mit Partei- und Staatsfunktionären, wie Städtebauer und Architekten mit Initiative und Schöpfertum zur



22

23

22
Erfurt. Wohngebiet Riethstraße

23
Berlin. Kombination Kindergarten/Kinderkrippe

24
Rostock. Wohngebiet Schmarl

25/26
Rostock. Wohngebiet Lichtenhagen

27
Berlin-Marzahn

24



weiteren Verwirklichung des sozialpolitischen Programms des IX. Parteitages der SED und seinem Kernstück, dem Wohnungsbau, beitragen können. Das Referat hält Professor W. Urbanski, das Schlußwort W. Junker, Mitglied des ZK der SED und Minister für Bauwesen. Der Bund der Architekten wird in Anerkennung seiner Leistungen mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Gold ausgezeichnet.
Architektur der DDR, 25 (1976) 1, S. 4 (Interview Urbanski); H. 2, S. 69 ff. (Grußadresse des ZK der SED und Antwortschreiben; Leitung des BdA/DDR); H. 3, S. 132 ff. (Referat und Schlußwort); S. 179 ff. (Diskussion)



25

Dezember 1975

Wohngebiet Rostock-Schmarl

In Rostock wird im Planungsraum Lütten Klein mit den Aufschließungsarbeiten und der Baustelleneinrichtung für das vierte Wohngebiet, Rostock-Schmarl, begonnen. Das Wohngebiet liegt östlich der Verkehrstrasse Rostock-Warnemünde (Stadtautobahn, S-Bahn, Eisenbahn) zwischen den S-Bahn-Haltepunkten Lütten Klein und Evershagen. Im neuen Wohngebiet sollen rund 5200 Wohnungen für nahezu 18 000 Einwohner gebaut werden, davon 78,5 Prozent fünfgeschossig, 66 Prozent der Wohnungen werden Drei- und Mehrraumwohnungen sein.
Rietdorf, W.: Neue Wohngebiete sozialistischer Länder, Berlin 1976, S. 142 ff.

Dezember 1975

Wohngebiet Leipzig-Grünau

Im Jahre 1975 wird in Leipzig-Grünau, an der südwestlichen Peripherie der Messestadt, mit den Aufschließungsarbeiten für eines der größten Wohngebiete der DDR begonnen. Das Baugebiet umfaßt eine Fläche von etwa 2,5 km Breite und 4 km Länge in Ost-West-Richtung entlang der Lützner Straße (F 87). In acht Wohnkomplexen sind 33 000 Wohnungen geplant. Dabei sind 5-, 8-, 11- und 16geschossige Wohnbauten vorgesehen. Bis 1980 sollen über 15 000 Wohnungen fertiggestellt werden. Weiterhin sind geplant: 22 Kindergarten-Kinderkrippen-Kombinationen, 22 Schulen, 12 Kaufhallen, Gaststätten, Turnhallen und Schwimmhallen, Einrichtungen für Dienstleistungen und das Gesundheitswesen sowie für Kultur, Spiel und Sport.
Architektur der DDR, 24 (1975) 11, S. 655 ff.; 26 (1977) 6, Seite 336 ff.

26



23 April 1976

Palast der Republik fertiggestellt

Nach 32monatiger Bauzeit wird der Palast der Republik im Zentrum der Hauptstadt der DDR, Berlin, feierlich eröffnet. Der Palast der Republik, eine städtebauliche Dominante des Berliner Stadtzentrums, bildet den räumlichen Abschluß des Marx-Engels-Platzes und ist zugleich architektonisches Bindeglied zum gesellschaftlichen Freizeitzentrum zwischen Fernsehturm und Spree. Die Höhe des 180 m langen und 85 m breiten Palastes ist mit 25 m Gesimshöhe dem Staatsratsgebäude und dem ehemaligen Marstall angeglichen. Im Palast der Republik befinden sich der Plenarsaal der Volkskammer mit Konferenz- und Nebenräumen, der Große Saal mit maximal 5000 Plätzen, das Theater im Palast, verschiedene Foyers, Klubräume, drei Palastrestaurants sowie sieben weitere gastronomische Einrichtungen mit zusammen 1500 Plätzen.
ND (B), 23. 4. 1976, S. 1, 2, 5 (Auszeichnungen, Ehrentafel); 24./25. 4. 1976, S. 1, 3 (Eröffnung: E. Honecker, W. Junker); Architektur der DDR, 25 (1976) 9, S. 528 ff.

18./22. Mai 1976

IX. Parteitag der SED – neue Aufgaben für das Bauwesen

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands setzt sich das Ziel, in der DDR weiterhin die entwickelte sozialistische Gesellschaft zu gestalten und so die grundlegenden Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus zu schaffen. Die Verwirklichung der Hauptaufgabe in ihrer untrennbaren Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik wird fortgesetzt. In der Direktive zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR heißt es u. a.: Die Bauproduktion im Bereich des Ministeriums für Bauwesen ist auf 132 bis 133 Prozent zu erhöhen. Zur weiteren Verwirklichung des langfristigen Wohnungsbauprogramms, dem Kernstück der Sozialpolitik der Partei, sind von 1976 bis 1980 750 000 Wohnungen durch Neubau und Modernisierung zu schaffen, darunter 550 000 Neubauwohnungen. Die wichtigsten Aufgaben der Bauschaffenden bestehen darin, das Wohnungsbauprogramm zu erfüllen, den wachsenden Aufgaben zur weiteren Stärkung der materiell-technischen Basis der Volkswirtschaft gerecht zu werden und die notwendigen Maßnahmen zur Erhaltung der Bausubstanz durchzuführen.
ND (B), 17.–25. 5. 1976

27



6. Juli 1978

Einmillionste Wohnung übergeben

Im Beisein des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, E. Honecker, wird auf einem Bauarbeitermeeting in Berlin-Marzahn die einmillionste Wohnung übergeben, die in Durchführung des vom VIII. Parteitag der SED beschlossenen Wohnungsbauprogramms seit 1971 in der DDR fertiggestellt wurde. Den Schlüssel erhielt die Familie des Berliner Arbeiters H. Großkopf, Brigadier in der Berliner Werkzeugmaschinenfabrik Marzahn. Das Wohngebiet Marzahn, das größte Wohnungsbauvorhaben der DDR, das im wesentlichen bis 1985 aufgebaut sein soll, wird künftig rund 100 000 Einwohner haben und über ein eigenes gesellschaftliches Zentrum mit Warenhaus, gastronomischen und kulturellen Einrichtungen verfügen.
ND (B), 7. 7. 1978

Zu Problemen der Rationalität im Städtebau

Jürgen Pretzsch, Magdeburg

Stärker noch als vor wenigen Jahren sind wir Stadtplaner heute aufgefordert, der Rationalität im Städtebau noch mehr Beachtung als bisher zu geben. Die Gründe dafür sind vielfältig und einzusehen: Die angespannte Lage auf dem Weltmarkt, die Notwendigkeit forcierter Intensivierung sowie die Tatsache, daß der Aufschluß neuer Wohnungsbaustandorte immer aufwendiger geworden ist. Zugleich sind in der 30 Jahre alten Geschichte des Städtebaus unserer Republik die Ansprüche der Nutzer unserer Arbeit, der Bewohner der Neubaugebiete, mit gewachsenem sozialistischem Wohlstand gestiegen. Gestiegen nicht nur im Hinblick auf die Wohnung und ihre Ausstattung selbst, sondern auch im Hinblick auf die Qualität der Umgebung, des Wohngebiets, des Stadtteils. Erhöhte Anforderungen an Aussicht, Sauberkeit der Luft, Ruhe, ausreichende Freiräume, Großgrün, Gärten und abwechslungsreiche, Orientierung ermöglichende Raumgestaltung stehen nun den Forderungen nach erhöhter Rationalität zwar keineswegs unvereinbar gegenüber (führt doch zum Beispiel die von den Bewohnern vielfach begrüßte Praxis der Einlagerung von Hausgärten ins Wohngrün sogar zu einer Rückführung von Teilen des Wohnbaulandes in landwirtschaftliche Nutzung), stellen aber doch in Planung und Durchführung höhere Anforderungen an unsere Arbeit, zumal auch die gesetzlich fixierten und im Rahmen des RGW abgestimmten Forderungen der modernen Städtebauhygiene zwangsläufig zu Auflokkerungen der Wohngebiete führen, an die zur Zeit der theoretischen und experimentellen Dichteuntersuchungen noch nicht in dem Maße gedacht worden ist.

Der Appell an uns Stadtplaner ist also klar zu formulieren: höhere Rationalität anstreben – dabei kein Ableiten von erreichten Positionen. Daß das möglich ist, beweisen uns Beispiele hoher Qualität bei Normativeinhaltung.

Zugleich aber dürfte klar sein, daß diese beiden Forderungen zwar nachdrücklich an den Stadtplaner zu richten sind, aber nicht an den Stadtplaner allein. Ökonomie im Städtebau ist eine komplexe Aufgabe – und nur der sozialistische Staat bietet die Möglichkeit, sie auch komplex zu lösen. Aber gerade hier nutzen wir unsere Möglichkeiten noch ungenügend.

Einige Beispiele, über die es sich zu diskutieren lohnt:

1. Forderungen an erhöhte Rationalität und Einwohnerdichten sind für die Neubaugebiete gestellt worden – für den Teil des Wohnungsbauprogramms also, mit dem wir den größten Anteil der sozialen Hauptaufgabe lösen, für den Teil, der die Lebensbedingungen eines großen Teils unserer Bürger entscheidend beeinflußt. Logisch also, diese Rationalität auf alle Bereiche unseres Wohnungsbauprogramms anzuwenden. Wie steht es aber mit der Rationalität des Eigenheimbaues, dessen Anteil am Gesamtvolumen des Wohnungsbaus beträchtlich gewachsen ist? Haben die neuen gesetzlichen Bestimmungen über den Eigenheimbau da konkrete Festlegungen getroffen? Etwa eine Übernahme von Erfahrungen anderer sozialistischer Länder, die längst mit Erfolg über ein gestaffeltes Kreditsystem den Bau rationeller Reihenhäuser und Teppichsiedlungen fördern. Nein. Nach wie vor bleibt es dem einzelnen Bearbeiter und Mitarbeiter überlassen, durch persönliche Agitation das trügerische Wunschbild vom „Einzelhaus am Wald“ (das es höchstens am Rand der großen Eigenheimkomplexe gibt) bei Auftraggeber und Nutzer abzubauen – meist ohne Erfolg, zumal die Reihenhauswerbung verspätet einsetzte, nachdem bereits in der Presse mit attraktiv aquarellierten Einzelhäusern eine falsche Richtung gewiesen wurde.

Und all das, obwohl doch bekannt sein dürfte, daß mit dem zweigeschossigen Reihenhaus gegenüber dem Einzelhaus eine Aufschlußeinsparung von etwa 10 000 M je WE zu erreichen ist. (Das entspricht, zur Information für Kollegen, die nicht im Städtebau arbeiten, genau der Summe, die im komplexen Wohnungsbau für den Aufschluß überhaupt ausgegeben werden darf.) Eine kleine Rechnung: Wenn in einem Bezirk in fünf Jahren 5000 Eigenheime als Reihenhäuser realisiert werden, erbringt das eine Aufschlußeinsparung von 50 Millionen Mark Tiefbauaufwand. (Man kann also wirklich, nach Christian Morgenstern, den Zwischenraum herausnehmen und damit Häuser bauen . . .)

2. Weitere Frage: Wie steht es eigentlich mit der Flächenintensität unserer Arbeitsstättengebiete? Mitunter entsteht bei neuen Industriegebieten doch der Eindruck, die Grün- und Verschnittflächen (gewiß brauchen wir auch im Industriegebiet Grün) überträfen noch die der Wohngebiete.

Das gleiche Problem: die Barackenlandschaften der Verwaltungseinrichtungen. Gewiß sind Baracken billiger – für den Betrieb, der sie errichtete –, aber der Flächenentzug beträgt das Fünffache gegenüber einem 5geschossigen Gebäude.

In diesem Zusammenhang sollte auch gefragt werden: Müssen Reserveflächen von Produktionsstätten immer sofort belegt und ihrer bisherigen Nutzung entzogen werden? Meist liegen sie dann Jahre und Jahrzehnte brach und werden, sehr extensiv, als Lager- oder Schrottplätze „genutzt“. (Übrigens trifft das auch für die etappenweise Realisierung großer Wohngebiete zu – es muß keineswegs auf der ganzen Fläche tabula rasa, Baufreiheit genannt, bestehen, wenn in einer Ecke der Tiefbauaufschluß für den 1. Bauabschnitt losgeht.)

3. Es ist bekannt, daß die Senkung der Lärmemission von Kraftfahrzeugen deren Herstellungskosten erhöht. Es ist aber auch bekannt, daß die Abstände, die wir zu unseren recht lärmintensiven Fahrstraßen, Schienen und Parkplätzen mit dem Wohn- und Gesellschaftsbau halten müssen, den Flächenaufwand und damit die Kosten der Wohngebiete erhöhen. Ist eigentlich schon einmal verglichen worden, was uns, auf längere Zeit berechnet (Gebrauchswert-Kostenanalyse), teurer kommt – die Senkung des Lärmpegels unserer Kraftfahrzeuge und Schienenfahrzeuge oder die Einhaltung immer größerer (und beim derzeitigen Stand des Kraftfahrzeugbaus notwendiger) Abstände?

4. Die Rationalität unserer Wohngebiete muß noch mehr zum Anliegen unserer Partner in den Kombinaten, den Finalproduzenten der Städtebauer, werden.

Es kann nicht zufriedenstellen, daß noch immer Wohnungsbauserien, die keineswegs im Auslaufen begriffen sind, ohne beiderseitige Erschließung angeboten werden (auch eine wechselseitige Erschließung ist nur Notbehelf, da sie dazu zwingt, ständig Lücken in der Bebauung aufzureißen, um die Freiflächen erreichbar zu machen), daß die gesellschaftlichen Einrichtungen immer mehr Raum um sich herum beanspruchen (keine bzw. geringe Addierbarkeit, hohe lärmhygienische Abstandsforderungen durch überlaute Lüfteranlagen u. a., keine eingehausten Lieferzonen, starre Forderungen nach einer bevorzugten Himmelsrichtung u. a. m.) und daß mitunter wieder technologische Idealforderungen zu Montageabständen und Blocklängen erhoben werden, die der Flächenökonomie direkt widersprechen (Beispiel: 25 m Ausfahrtlänge für Palettenfahrzeuge hinter dem Giebel von P 2 – WBK Magdeburg).

Kurz, Ökonomie muß als gemeinsames Anliegen verstanden und angefaßt werden und es widerspricht den Prinzipien sozialistischer Gemeinschaftsarbeit absolut, wenn sie zu Lasten der anderen Partner durchgesetzt werden soll und wenn beispielsweise die berechtigte Kritik an zu hohen WE-Kosten (Magdeburg) damit beantwortet wird, daß man am Städtebau einzusparen versucht.

Die Problemliste ist sicher unvollständig. Die genannten Probleme können nur in Gemeinschaftsarbeit zwischen leitenden Organen, Planungs- und Forschungseinrichtungen und Produzenten gelöst werden. Wird ihre Lösung allein vom Stadtplaner gefordert, leiden darunter entweder die Qualität oder die Rationalität, beides also stünde im Widerspruch zu einer sozialistischen Lösung der sozialen Aufgabe. Es gilt, diese Fragen im großen volkswirtschaftlichen Zusammenhang zu lösen, nicht auf sektorischer Schmalspur, es gilt, sie so zu lösen, wie es unsere sozialistische Gesellschaft und Planwirtschaft ermöglicht.



1

Rationelle Methoden der Ausarbeitung von Ortsgestaltungskonzeptionen im Bezirk Erfurt

Aktivitäten des Bundes der Architekten der DDR

Architekt BdA/DDR Wolfram Schindler, Kreisarchitekt Bad Langensalza

1
Ortslage Großenbehringen (westlicher Ortsteil) mit Park (links im Bild), der die Verbindung zum Ortsteil Oesterbehringen herstellt

2|3
Neben der sorgfältigen Erhaltung der Bausubstanz ist die günstigste Verkehrsführung der kurvenreichen F 84 eines der städtebaulichen Probleme der Gemeinde.



2

3



Auch in kleineren Städten und Gemeinden wird daran gearbeitet, die Wohnverhältnisse vor allem durch Werterhaltung, Modernisierung, Um- und Ausbau sowie durch den Eigenheimbau Schritt für Schritt zu verbessern. Damit diese Baumaßnahmen auf effektivste Weise realisiert und zielstrebig mit der weiteren Entwicklung der Orte verbunden werden, bedarf es auch hier eines Vorlaufs in der städtebaulichen Planung.

Im Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe in der DDR, § 55, heißt es:

„Die Volksvertretungen der Städte und ihre Räte haben unter Berücksichtigung zentraler Aufgabenstellungen in Übereinstimmung mit dem Rat des Bezirkes und dem Rat des Kreises die langfristige Ortsentwicklung herauszuarbeiten.
Sie gewährleisten insbesondere die planmäßige städtebauliche Gestaltung der Orte, die langfristigen Rekonstruktions- und Werterhaltungsmaßnahmen sowie die verkehrs- und stadttechnischen Aufgaben!"
Die Aufgabe besteht darin, den örtlichen Räten und den ständigen Kommissionen für ihre verantwortungsvolle Arbeit auf diesem Gebiet durch die städtebauliche Planung fundierte Entscheidungsgrundlagen für die tägliche Standortpolitik und die sachgerechte Diskussion mit den Bürgern zu erarbeiten.

Wer Initiativen lenken und auch in baulicher Entwicklung vom Ich zum Wir kommen will, braucht ein klares Konzept dafür, wie er mit der vorhandenen Bausubstanz und den verfügbaren Kräften schrittweise die Erneuerung des Ortes vollziehen kann, um den Anforderungen einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft an die baulich-räumliche Umwelt, an die Wohnqualität (kurz an das Funktionieren des Ortes insgesamt) gerecht zu werden.
Das ist eine gleichzeitig zutiefst politische als auch fachliche Aufgabe.
Die örtlichen Voraussetzungen für das Bewältigen dieser Arbeit sind territorial verschieden, und demzufolge haben sich auch mehrere Methoden der Bearbeitung als praktikabel erwiesen. So wurde die Ausarbeitung bisher vorgenommen

- durch städtebauliche Planungsbüros
- über studienplanbezogene Themenvorgabe an Hoch- und Fachschulen des Bauwesens
- vom Bezirk ausgeschriebene Wettbewerbe nach dem Beispiel von Neubrandenburg
- vom Kreis ausgeschriebene Wettbewerbe.

Ohne hier eine absolute Wertung vornehmen zu wollen, hat sich aus eigener Erfahrung eindeutig gezeigt, daß diejenige Methode als die gesellschaftlich wirksamste anzusehen ist, die das optimale Zusammenwirken von erfahrenen Kommunalpolitikern, Initiatoren des öffentlichen Lebens, staatlicher Leitung, Architekten, Bauingenieuren bis hin zu Lehrern und Schülern der POS beinhaltet.
Im landwirtschaftlich orientierten Kreis Bad Langensalza, der eine nur sparsame Investitionstätigkeit aufweist und demzufolge über ein geringes Potential an Baufachkadern verfügt, war von vornherein nicht daran zu denken, die Zielstellung des gefaßten Ratsbeschlusses zur Erstellung von Baukonzeptionen für die Gemeinden mit hauptamtlichen Kräften zu lösen.
Auf der Suche nach einer unter diesen Umständen effektiven Organisationsform für vereinfachte Bebauungsplanung von Gemeinden des Kreises erhielten wir die Bereitschaft und Unterstützung des Bundes der Architekten der DDR, Fachgruppe Städtebau (Bezirksgruppe Erfurt).
Diese neue Methode des Zusammenwirkens von interessierten BdA-Mitgliedern und Volksvertretern schafft günstige Voraussetzungen für

- die Entwicklung von Initiativen des Ortes
- lebensgerechte Planung, weil eine Synthese von Ortskenntnis und städtebaulichen Kenntnissen ermöglicht wird, zum Nutzen beider Partner
- Die Volksvertreter und Bürger lernen unvoreingenommene fachliche Gedanken kennen.
- BdA-Mitglieder werden mit der Arbeit der Volksvertreter und kommunalpolitischen Besonderheiten konfrontiert.

Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse wurde beim Rat des Kreises Bad Langensalza und beim Rat der Gemeinde Behringen ein Beschluß gefaßt.

Organisatorisch ist folgender Ablauf zu nennen:

1. **Abstimmungen** mit allen Fachabteilungen des Rates des Kreises über Bestand und Notwendigkeiten von baulichen Grundfonds

2. Erarbeitung einer **Aufgabenstellung**, die nach Fachbereichen gegliedert ist und in deren Anlage eine listenmäßige Gegenüberstellung des Bestandes und der Planmaßnahmen enthalten ist. Sie stellt eine kritische Zusammenfassung der vorgenannten Abstimmung mit den Fachabteilungen beim Rat des Kreises dar und wurde gemeinsam zwischen Rat der Gemeinde, Kreisplankommission und Kreisbauamt aufgestellt.

3. Gründliche **Analyse** des Bestandes
Durch Kräfte des Territoriums und BdA-Mitglieder wurden

- die einzelnen Gebäude besichtigt und im Gespräch mit den Bewohnern Baualter, Bauweise, Bauzustand, Ausstattung und Bebauungsabsichten ermittelt
- auf der Grundlage dieser Angaben die Kartenmaterialien des Ortes ergänzt
- eine Karte des Bauzustandes
- eine Karte der Funktionsverteilung und
- eine Karte mit einer komplexen Analysenaussage angefertigt.

(Mit Hilfe von Durchschnittswerten, die nach Punktsystem aus den Analysewerten Baualter, Bauweise, Ausstattung ermittelt wurden, konnten weitere Analysekarten eingespart werden.)

4. **Ideenentwurf.** Interessierte BdA-Mitglieder der Fachgruppe Städtebau beim Büro des Bezirksarchitekten wurden von Freitag bis Sonntag internatsmäßig im Bearbeitungsort untergebracht. Eine erweiterte Ratssitzung, an der alle Gastbearbeiter, aber auch Vertreter des Rates des Kreises (Kreisplankommission, Kreisbauamt) teilnahmen, eröffnete die Ideenentwurfsphase. In mehreren Bearbeitungsgruppen wurden anschließend Teilthemen bearbeitet. Fragestellungen wurden sofort durch Ortsbesichtigung oder im Kontakt mit ständig anwesenden Ratsmitgliedern und Bürgern geklärt. Der Vertreter der LPG war besonders bei der Entscheidungsfindung zur Verkehrslösung sowie zur künftigen baulichen Entwicklung der Genossenschaft gefordert. Das System der Wirtschaftswege ergab auch kurzfristig eine wesentliche Entlastung der beiden Ortsteile. Erstaunlich, welche Anzahl von Bauplätzen innerhalb der Ortslage nachgewiesen werden konnte und welche günstige Lösung für das gemeinsame Kommunikations- und Versorgungszentrum beider Ortsteile gefunden wurde.
Weit über die festgesetzte Bearbeitungszeit hinaus wurde noch diskutiert und der

4
Viele Bürger pflegen mit Sorgfalt und eigener Initiative die alten wertvollen Fachwerkbauten.

5
Den historischen Bereichen wurde bei der Planung besonders Rechnung getragen.

Meinungsstreit bis spät in die Nacht fortgeführt.

In der Folgezeit kam es darauf an, die Ergebnisse des Ideenentwurfes zu einem Bebauungsplan mit Ortsgestaltungskonzeption zu verdichten.

5. Die Ausarbeitung des Bebauungsplanes wurde von einem kleinen Kollektiv vorgenommen. Diese Phase war im wesentlichen von manueller Aufbereitung geprägt. Allerdings mußten im wesentlichen alle Detailpunkte, zu denen im Ergebnis des Ideenentwurfes alternative Aussagen standen, zugunsten der realisierbarsten Variante entschieden werden, so daß auch zu diesem Zeitpunkt nicht die Versuchung einer Reißbrettarbeit ohne kommunalpolitischen Kontakt entstand.

6. Bestätigung der Ortsgestaltungskonzeption. Dem örtlichen Rat wurde das Ergebnis letztlich seiner eigenen Arbeit graphisch und methodisch aufbereitet übergeben und damit die Voraussetzungen für die Beschlußfassung und die schrittweise Realisierung geschaffen.

Man kann allgemein feststellen:

Es wurden gemeinsam Vorschläge ausgearbeitet, die die bauliche Entwicklung zur Rekonstruktion des Ortes zielgerichtet und progressiv beeinflussen. Der örtliche Rat besitzt nunmehr eine Entscheidungsgrundlage, mit deren Hilfe er schrittweise ein gut gestaltetes und funktionierendes ländliches Zentrum herauszubilden in der Lage ist, in dem sich die Dorfbewohner wohl fühlen werden.

Wesentlichen Anteil am Ergebnis haben die Mitglieder der Fachgruppe Städtebau beim BdA der DDR, die mit viel persönlichem Einsatz die Probleme der sozialistischen Umgestaltung ländlicher Siedlungen in den Mittelpunkt, letztlich sogar ihrer Freizeit, rückten. Dabei galt es, nicht nur Fragen der künftigen Bedürfnisse der Menschen auf dem Lande zu klären, sondern sich mit Fragen der Gegenwart, die sich insbesondere aus den spezifischen Lebensgewohnheiten der Bevölkerung auf dem Lande ergeben, zu beschäftigen.

Ähnlich der vorgenannten Methodik wurde für den gesamten Kooperationsbereich Süd des Kreises Bad Langensalza verfahren. Die Absicht, einen gesamten Siedlungsbereichskomplex zu untersuchen, ohne reguläre Planungskapazitäten in Anspruch zu nehmen, stellte uns vor neue Aufgaben.

Begünstigt wurde diese Absicht durch die progressive Einstellung der KAP, die sich in beispielhafter Weise für alle Fragen der Entwicklung des Territoriums aufgeschlossen zeigt. Bestehende Patenschaftsverbindungen zwischen der KAP Süd mit Sitz in Aschara und der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar ergänzten hier die Möglichkeiten dahingehend, über die Mitwirkung der BdA-Mitglieder hieraus die funktionellen Beziehungen und deren Entwicklung für die Orte des Siedlungsbereiches untersuchen zu können.

Damit erhalten die Orte

Aschara
Burgtonna
Wiegleben
Illeben
Eckhardtsleben
Hennigsleben und
Grumbach

nicht nur eine Ortsgestaltungskonzeption schlechthin, sondern darüber hinaus Aussagen zur koordinierten Funktionsentwicklung. Eine neue Form, auch der praxisbezogenen Studienarbeit für die Studenten der Sektion Städtebau, wird durch den direkten Kontakt der Bearbeiter mit den Volksvertretungen erreicht, indem ein Teil der Bearbeitung in den Orten durchgeführt wird und die örtlichen Räte mit entsprechend vorbereitender Öffentlichkeitsarbeit die Mitwirkung der Bevölkerung auslösen.

Wir denken mit dieser Methode einen Weg gefunden zu haben, wie man fehlende Planungskapazität nicht nur ersetzen, sondern den Effekt durch besondere Basisbezogenheit steigern kann.



4

5





INFORMATIONEN

Bund der Architekten der DDR

Wir gratulieren unseren Mitgliedern

Architekt Bauingenieur Rolf Siekmann, Berlin, 2. Oktober 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Fritz Angermann, Ebeleben, 4. Oktober 1919, zum 60. Geburtstag

Architekt Hochbauingenieur Rudolf Flügel, Finsterwalde, 4. Oktober 1914, zum 65. Geburtstag

Architekt Baumeister Horst Kretschmar, Neschwitz, 4. Oktober 1904, zum 75. Geburtstag

Architekt Gartenbauingenieur Kurt Schuchardt, Quedlinburg, 5. Oktober 1904, zum 75. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Werner Berg, Potsdam-Babelsberg, 9. Oktober 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Gartenbauingenieur Christian Jochmann, Rostock, 9. Oktober 1929, zum 50. Geburtstag

Innenarchitekt Hans-Joachim Müller, Schwerin, 9. Oktober 1929, zum 50. Geburtstag

Innenarchitekt Gerhard Konrad, Erfurt, 10. Oktober 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Alfred Butze, Dresden, 12. Oktober 1899, zum 80. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Johannes Pampel, Schwerin, 12. Oktober 1899, zum 80. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Lothar Mothes, Leipzig, 15. Oktober 1919, zum 60. Geburtstag

Architekt Dr.-Ing. Bernhard Geyer, Berlin, 16. Oktober 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Dr.-Ing. Manfred Barg, Berlin, 17. Oktober 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Dr. e. h. Hans Berger, Halle, 18. Oktober 1919, zum 60. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Otto Geese, Schwerin, 19. Oktober 1914, zum 65. Geburtstag

Architekt Heimo Lang, Meißen, 19. Oktober 1914, zum 65. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Klaus Kluge, Neubrandenburg, 21. Oktober 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Gartenbauingenieur Martin Pötsch, Magdeburg, 23. Oktober 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Arnold Peetz, Gera, 25. Oktober 1919, zum 60. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Karl-Heinz Löwel, Dresden, 28. Oktober 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Otto Lopp, Berlin, 30. Oktober 1914, zum 65. Geburtstag

Architekt Walter Nagel, Neustrelitz, 30. Oktober 1909, zum 70. Geburtstag

Architekt Dipl.-Gartenbauinspektor Heinz Hirsch, Dresden, 31. Oktober 1919, zum 60. Geburtstag

Bauakademie der DDR

Bauinformation/Baufilmstudio Auswahl neuer Filme im Verleih des Baufilmstudios

Stahlzellenverbundbauweise im Kernkraftwerksbau – Komplexversuch an einem Druckraum

Film Nr. B 462/79 – 16 mm – 309 m – 27 min – schw/w – Mgt.
Redaktion: Peter Lange
Regie: Peter Bergmann
Kamera: Hans Hauck, Jürgen Klar, Jürgen Wills
Fachberatung: Horst Thomasch, Rudolf Helmbach
Bauakademie der DDR, Institut für Industriebau

Die Reaktorboxen im Kernkraftwerksbau der DDR wurden ab 1974 in der Stahlzellenverbundbauweise aus industriell vorgefertigten Stahlbauelementen hergestellt.
An einem Modellkörper wurden Montage-, Nutzer- und Traglastversuche durchgeführt, deren Ergebnisse für künftige Bauwerke entscheidend sein werden.

Rekonstruktion von Gebäuden der Chemieindustrie – Granulierturm

Film Nr. B 464/79 – 16 mm – 216 m – 20 min – schw/w – Mgt.
Redaktion: Peter Lange
Regie: Joachim Gehrcke
Kamera: Jürgen Klar
Fachberatung: Wolfgang Nier, Raimund Fingerle, Wilfried Flohr,
Bauakademie der DDR, Institut für Industriebau

Die Rekonstruktion umfaßte den Abbruch einer Stahlbetonkugel, die Verlängerung des Turmschaftes mit vorgefertigten Mauerwerksblöcken und die Mehrkranmontage einer vorgefertigten Stahlkuppel. Die Bauzeit unter Winterbedingungen betrug 76 Tage.
Durch die neue Form des Gebäudes ist eine Qualitätsstabilisierung des Produktes bei Erhöhung des Durchsatzes möglich.

Senkung des Stahlaufwandes im Plattenbau

Film Nr. B 463/78 – 16 mm – 153 m – 14 min – schw/w – Mgt.
Redaktion: Rolf Scholz, Joachim Gehrcke
Regie: Joachim Gehrcke
Kamera: Jürgen Klar
Fachberatung: Klaus Groth, EGV-Wohnungs- und Gesellschaftsbau Berlin;
Kurt Weißhuhn, VE Wohnungsbaukombinat Neubrandenburg; Hermann Rühle, Bauakademie der DDR,
Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau, Dresden;
Adalbert Pillasch, VE Wohnungsbaukombinat Gera

Von einer zeitweiligen Arbeitsgruppe des Erzeugnisgruppenverbandes wurden Rationalisierungsmaßnahmen zur Senkung des Stahlaufwandes im Plattenbau erarbeitet.
Schwerpunkte und Anwendungsbeispiele werden im Film dargestellt.

Stahlzellenverbundbauweise im Kernkraftwerksbau – Teil 1: Wissenschaftliche Grundlagen

Film Nr. B 467/79 – 16 mm – 474 m – 44 min – schw/w – Mgt.
Redaktion: Peter Bergmann
Regie: Peter Bergmann
Kamera: Jürgen Klar, Hans Hauck
Fachberatung: Horst Thomasch,
Bauakademie der DDR, Institut für Industriebau

Der Film erläutert das technologische Prinzip und stellt Vorfertigung, Transport und Montage der Stahlzellen sowie den Betonierungsvorgang dar.
Gegenüber der herkömmlichen Bauweise für Reaktorboxen sind bei der Stahlzellenverbundbauweise an den Wandaußenseiten Stahlbleche angeordnet, die die Funktion der bei Stahlbeton üblichen Rundstahlbewehrung übernehmen und die Gasdichtheit gewährleisten.
Die Stahlbleche sind durch Fachwerke und Verbände zu montagefähigen Einheiten, die vorgefertigt werden, verbunden.
Auf der Baustelle werden die einzelnen Stahlzellen durch Schweißung zu Wand- und Deckenkomplexen gefügt. Der Beton zwischen den Stahlblechen gewährleistet den erforderlichen Strahlenschutz. Stahldübel stellen den Verbund zwischen Stahl und Beton her.
Durch Anwendung des Montagebaues wird eine erhebliche Bauzeitverkürzung und eine bedeutende Verbesserung der Arbeitsbedingungen erreicht. Darüber hinaus kann der Stahlverbrauch um 10 Prozent gesenkt werden.

Weitere Informationen über die Adresse:
Bauakademie der DDR, Bauinformation, Bereich Baufilmstudio, 1058 Berlin, Pappelallee 27, Tel.: 4 48 54 13 und 4 48 14 94

Bücher

Höhere städtebauliche Qualität mit WBS 70

Ihlenfeldt, J.; Brabandt, C.; Wohnungsbauserie 70, Einführung im Wohnungsbaukombinat „Wilhelm Pieck", Karl-Marx-Stadt. Bauforschung – Baupraxis, H. 38, Bauinformation, Berlin 1979, 44 S. A 4, 7 Tab., 47 Bilder
Kurzwort: DBE 2059 BF–BP Bestell-Nr. 8040183

Die vorliegende Schrift eines Autorenkollektivs des Institutes für Wohnungs- und Gesellschaftsbau der Bauakademie und WBK Karl-Marx-Stadt ist eine zusammenfassende Darstellung aus der praktischen Anwendung der WBS 70 nach den bautechnischen und bautechnologischen Katalogen des Kooperationsverbandes WBS 70 auf der Basis eines der neuen Plattenwerke mit einer Jahreskapazität von 4000 WE. Der besondere Wert der Schrift auch für den Architekten besteht darin, daß praktische Erfahrungen in städtebaulicher, funktionell-gestalterischer, konstruktiver und technologischer Hinsicht, ihre Wechselbeziehungen und entsprechende Schlußfolgerungen vermittelt werden. Die jeweiligen Angaben, weitgehend tabellarisch aufbereitet, sind sehr detailliert, so daß auch Erkenntnisse für andere Anwender abgeleitet werden können.
Der Anwendungsumfang der WBS 70 wird in Karl-Marx-Stadt seit 1974 ständig erhöht. Mit der Einführung auch für vielgeschossige Erzeugnisse – WBS 70/IW 77–11 – können die städtebauliche Qualität erhöht und die bezirklichen Anforderungen weitgehend erfüllt werden. Der Wohnverteilerschlüssel auf Grund der differenzierten Bedingungen der einzelnen Standorte läßt sich besser einhalten.
Die Projektlösung erfolgte nach einer methodischen Anleitung für standortlose Angebotsprojekte und bezirkliche Entwurfslösungen.
Die Unterlagen sind kataloggerecht aufbereitet.
Mit dem Erzeugnisangebot für den 11geschossigen Wohnungsbau stehen acht Gebäudeteilvarianten als zentral erarbeitete Gebäudeteilprojekte und drei bezirklich aufbereitete Sektionshausvarianten sowie für Sonderwohnformen – altersgerechte Wohnungen, Feierabend- und Pflegeheime – zur Verfügung. Es umfaßt insgesamt Gebäudeteile mit zwei und drei Segmenten, Normalgeschosse mit Grundrißlösungen als Drei- und Vierspänner, mit Außenküchen für Drei- und Vierraumwohnungen. Das Erzeugnisangebot wird für Gebäudekategorien des innerstädtischen Bereiches – reduzierte Geschoßzahl, Funktionsunterlagerungen durch Bauweisenkopplung – noch ergänzt. Die Wohnfunktionslösungen reichen von der Einraumwohnung mit 34 m² bis zur Vierraumwohnung mit 99 m². Es ist jedoch nicht angegeben, inwieweit damit das staatliche Normativ von 58 m² bei dem erforderlichen Verteilerschlüssel eingehalten werden kann. Vorteilhaft ist die Vielfalt der Funktionslösungen für unterschiedliche Familiengrößen, die Größe der Wohnzimmer, auch die Schlafnische für Einraumwohnungen.
Mit diesem Erzeugnisangebot sind auch die verschiedenen städtebaulichen Möglichkeiten realisierbar, und zwar in Form von Reihungen, Gebäudeversatz, Gebäudeabwinklungen, Verbindungen mit Durchgangs- und Giebellösungen. Das gleiche gilt für eine erlebbare städtebauliche Ordnung und Reihenfolge durch Schaffung städtebaulicher Räume mit einem Wechsel von Erzeugnissen und Baukörpern, Plätzen, Promenaden, Gebäudegruppen und Dominanten.
Bei der praktischen Anwendung zeigte sich, daß die technologischen Linien zum Teil unter-, zum Teil überlastet waren. Deshalb soll die Breite des Elementesortiments reduziert und bestimmte Linien leistungsfähiger gestaltet werden. Die Schrift behandelt eine Reihe weiterer Schlußfolgerungen in funktioneller und konstruktiver Hinsicht, die sich aus dem Produktionsablauf ergeben. Zum Beispiel soll die Auslegerausbildung der Dachplatte zum Drempel produktionsfreundlicher gestaltet werden, um Rißbildungen zu vermeiden. Auch muß bei einer Tunnelbedampfung auf eine Gestaltung der Außenwandplatten mit Klein- und Mittelmosaik verzichtet werden. Eine Auswertung der Ergebnisse zeigte, daß die vorgegebenen Parameter der Grundsatztechnologie für die Schnellbaufließfertigung mit Objekttaktstraßen bei einem Taktregime vom 1. bis 13. Takt erreicht werden können, wenn die erfaßten hemmenden Faktoren beseitigt sind. Hierfür wurde ein Programm entwickelt.

Dr. Hans-Ulrich Gramsch

Aus dem Buchangebot des VEB Verlag für Bauwesen empfehlen wir:

Heinecke
Technologie des Ausbaus
Reihe Technologie der Bauproduktion
Herausgeber: Fiedler/Henschel
1. Auflage 1979, etwa 8,40 M

Kaller, Raue, Böhme
Stahlbeton
Teil 1: Konstruktion und Berechnung
2., durchgesehene Auflage 1979, 14,40 M

Müller
Standardisierung im Bauwesen
4., stark bearbeitete Auflage 1979, 8,60 M

Reichel, Glatte
Beton
Eine Einführung für das Selbststudium
Band 2: Herstellung, Verarbeitung, Erhärtung
1. Auflage 1979, 19,80 M

Rietdorf, Baeseler
Freizeitanlagen
Grundlagen, Anregungen und Beispiele für die Planung, Gestaltung und Baudurchführung
Herausgeber: Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR
1. Auflage 1979, etwa 37,– M

Kurzfassung

DK 69:061(430.2) 69:338

Fritsche, H.

Bauen zum Wohl der Menschen und zur Stärkung unserer Republik

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) 9, S. 518–520, 4 Abb.

Der Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik, die vor 30 Jahren gegründet wurde, ist eng mit den Leistungen der Bauschaffenden verbunden. Umfangreiche Bauvorhaben für Industrie und Landwirtschaft, im Wohnungs- und Städtebau schufen wesentliche Voraussetzungen für die erfolgreiche Entwicklung unseres sozialistischen Staates. Bei den künftigen Aufgaben des Bauwesens in der DDR stehen die Stärkung der Wirtschaftskraft des Landes, die Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms und die weitere Gestaltung der Hauptstadt Berlin im Vordergrund. Für die notwendige Steigerung der Bauleistungen ist die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zum Schlüsselproblem geworden.

DK 061.3(430.2)72 728:351.778.5

Naumann, K.

Bauen mit Weitsicht und hoher Qualität

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) 9, S. 521–525, 5 Abb.

Mitte dieses Jahres führte die Bezirksleitung Berlin der SED eine Beratung mit Architekten, Projektanten und bildenden Künstlern über städtebauliche und architektonische Aufgaben bei der weiteren Gestaltung der Hauptstadt der DDR, Berlin, durch. Die wichtigsten Ergebnisse dieser Beratung faßte das Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Konrad Naumann, in seinem Schlußwort zusammen, das hier auszugsweise wiedergegeben wird. Besonders werden dabei die Weiterführung der Generalbebauungsplanung, die bessere Vorbereitung der Investitionen, die Einheit von Neubau, Modernisierung und Werterhaltung sowie die Gemeinschaftsarbeit von Architekten, Ingenieuren und bildenden Künstlern hervorgehoben.

DK 711.4.003 (711.433)

Korn, R.

Ergebnisse und Aufgaben in Städtebau und Architektur bei der weiteren Ausgestaltung der Hauptstadt der DDR

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) 9, S. 526–535, 13 Abb.

In seinem Referat auf der Beratung der Bezirksleitung Berlin der SED mit Architekten, Projektanten und bildenden Künstlern legte der Chefarchitekt der Hauptstadt Berlin dar, daß es zur Lösung der Wohnungsfrage erforderlich sei, die Wohnkomplexe und -gebiete durch eine langfristige Planung besser vorzubereiten. Besonderer Wert wird künftig auf den Einsatz von Komplexarchitekten gelegt. Aufgabe der Stadtplanung sei es, den unverwechselbaren Charakter der Hauptstadt durch eine harmonische Verbindung zwischen historisch Gewachsenem und Neuem zu erhalten. Dazu sei es erforderlich, daß sich die Zusammenarbeit zwischen Städtebauern, Grünplanern, Architekten und bildenden Künstlern noch weiter vertiefe. Besonders hob er hervor, daß eine intensive Baulandnutzung, verbunden mit effektiven Lösungen bei der Errichtung von Wohn- und Arbeitsstätten, sowie rationelle Erschließungssysteme anzustreben seien.

DK 711.168 728.1

Spohr, R.

Neues Wohnen am Arnimplatz

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) 9, S. 538–543, 16 Abb.

Das Wohngebiet am Arnimplatz, um die Jahrhundertwende entstanden, wird gegenwärtig in eine ansprechende Stadtlandschaft umgewandelt. Erstmals wurde Ende 1972 im Berliner Stadtbezirk Prenzlauer Berg mit der Modernisierung von Wohngebäuden in einem bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht praktizierten Umfang begonnen. Inzwischen wurde ein beträchtlicher Teil von Häusern modernisiert. Neben den verbesserten Wohnbedingungen ist der Arnimplatz auch durch seine hellen und freundlichen Fassaden, seine Erdgeschoßbereiche mit Gewerbe-, Verwaltungs- und Sozialeinrichtungen für seine Bewohner attraktiv geworden.

DK 725.34:622

Grunau, K.

Waggonbeladestation im Überseehafen Rostock

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) 9, S. 546–549, 1 Grundriß, 2 Schnitte, 8 Abb.

Im Rahmen der Rekonstruktion und Erweiterung der Erzstrecke der Schüttgutumschlagsanlage im Überseehafen Rostock entstand eine hocheffektive neue Waggonbeladestation. Beginnend mit einem 65 m hohen Schiffsentlader an der Kaikante, wurde eine neue Umschlagsanlage, bestehend aus einem 1,8 km langen Bandbrückensystem, Übergabetürmen, Freilagerflächen sowie der am technologischen Endpunkt liegenden Waggonbeladestation, geschaffen. Diese besteht aus dem Bunker- und dem Verladetrakt. Auch auf Grund der Lage der Station in unmittelbarer Nähe der Autobahn Berlin–Rostock wurde der klaren baulichen Gestaltung dieses Industriebaus große Beachtung geschenkt. Die Station entstand als Stahlkonstruktion.

DK 725.42:664.6/.7

Ribbert, F.; Martens, E.

Großbäckerei für den VEB Wernigeröder Backwarenbetrieb

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) 9, S. 550–553, 2 Grundrisse, 1 Schnitt, 7 Abb.

An der nordöstlichen Peripherie der Kreisstadt Wernigerode entstand auf dem Gelände des Industriegebietes „Kupferhammer" eine Großbäckerei. Der Komplex der Großbäckerei gliedert sich in folgende Produktionsbereiche: Rohstoffannahme, Bäckerei und Konditorei, Expedition und Nebenanlagen. Es entstand ein effektiver Betrieb mit einem differenzierten hohen Produktionsvolumen, das der besseren Versorgung der Bevölkerung dient. Für die Werktätigen des Betriebes verbesserten sich die Arbeits- und Sozialbedingungen entscheidend.

Содержаине

УДК 69:061 (430.2) 69:338

Fritsche, H.

518 **Строить на благо людей и для укрепления нашей Республики**

Architektur der DDR, Берлин 28 (1979) 9, стр. 518—520, 4 илл.

Строительство обоснованной 30 лет тому назад Германской Демократической Республики тесно связано с достижениями строителей. Обширные меры строительства в промышленности, сельском хозяйстве, жилищном и градостроительстве были важными предпосылками удачного развития нашего социалистического государства. Укрепление экономической производительности страны, реализация программы жилищного строительства и дальнейшее оформление столицы стоят на переднем фоне среди будущих задач строительства в ГДР. Ускорение научно-технического прогресса стало ключевой проблемой в связи с необходимым повышением производительности строительства.

УДК 061.3 (430.2) 72 728:351,778.5

Naumann, K.

521 **Дальновидность и высокое качество — руководящие аспекты строительства**

Architektur der DDR, Берлин 28 (1979) 9, стр. 521—525, 5 илл.

Берлинский окружной комитет СЕПГ в середине текущего года провел консультацию по вопросам градостроительных и архитектурных задач с архитекторами, проектантами и деятелями изобразительного искусства. Конрад Науманн, член политбюро ЦК СЕПГ в своем, приведенном здесь выдержками заключительном слове подвел итоги этой консультации. В этой связи он особенно подчеркнул следующие пункты: Продолжение работ над генеральном планировании, улучшенная подготовка капитальных вложений, единство новостройки, модернизации и сохранения ценности, а также коллективный труд архитекторов, инженеров и деятелей изобразительного искусства.

УДК 711.4.003 (711.433)

Korn, R.

526 **Результаты и задачи градостроительства и архитектуры при дальнейшем оформлении столицы ГДР**

Architektur der DDR, Берлин 28 (1979) 9, стр. 526—535, 13 илл.

В его докладе на консультации берлинского окружного комитета СЕПГ с архитекторами, проектантами и деятелями изобретательного искусства главный архитектор столицы Берлин показал, что жилые районы и комплексы должны быть лучше подготовлены для того, чтобы были созданы необходимые для решения жилищного вопроса предпосылки. В будущем, большое значение будет придано привлечению комплексных архитекторов. Сохранение индивидуального характера столицы путем гармонического связывания между исторически сложенной субстанцией и новым творчеством. Для этого сотрудничество между градостроителями, специалистами планирования зеленых насаждений, архитекторами и деятелями изобразительного искусства должно быть дальше углублено. Докладчик подчеркнул, что необходимо стремляться к интенсивному пользованию строительной территорией, к эффективным решениям при возведении жилищ и мест приложения труда, а также к разработке эффективных систем инженерной подготовки.

УДК 711.168 728.1

Spohr, R.

538 **Новые жилищные условия в районе вокруг площади Арнимплац**

Architektur der DDR, Берлин 28 (1979) 9, стр. 538—543, 16 илл.

Возведенный за первые годы текущего столетия жилой район вокруг площади Арнимплац в Берлине в настоящее время превращается в благоустроенный городской ансамбль. В первый раз брались за модернизацию жилых зданий в небывалых до сих пор размерах в конце 1972 года. Между тем, эти работы были закончены на большом количестве домов. Кроме улучшенных условий жилья, квартал вокруг площади Арнимплац приобрел новую аттрактивность для жителей благодаря ярким этажа, легко доступным устройствам торговли, администрации и приветливым фасадам и расположенным на зоне первого и социального обслуживания.

УДК 725.34:622

Grunau, K.

550 **Станция погрузки вагонов в ростокском заморском порту**

Architektur der DDR, Берлин 28 (1979) 9, стр. 546—549, 1 план, 2 разреза, 8 иллюстраций

Высокопроизводительная новая станция погрузки вагонов была создана в рамках реконструкции и расширения поточной линии перегрузки руды на установке перегрузки сыпучных грузов. Начиная с установки для разгрузки судов высотой 65 м на кромкепричальной стенки, создали новое устройство перегрузки, состоящее из системы ленточного моста длиной 1,8 км, башен передачи, площадей открытого склада и станции вагонов на технологическом конечном пункте. Последняя станция включает бункерный и погрузочный тракты. Большое значение уделилось также на ясное архитектурное оформление указанного индустриального комплекса, который находится в непосредственной близости к автостраде Берлин—Росток. Станция возведена в виде стальной конструкции.

УДК 725.42:664.6/.7

Ribbert, F.; Martens, E.

546 **Крупная пекарня для нар. предпр. Вернигерёдер Бакваренбетриб**

Architektur der DDR, Берлин 28 (1979) 9, стр. 550—553, 2 плана, 1 разрез, 7 иллюстраций

На территории промышленного района «Купферхаммер», расположенной на северовосточной окраине районного центра Вернигероде, возвели комплекс крупной пекарни. Он состоит из следующих производственных отделений: Приемка сырых материалов; пекарня и кондитерская; экспедиция; побочные устройства. В конце концов получился эффективный завод с высоким объемом разнообразного производства, служащий улучшенному обеспечению населения. Также получено решительное улучшение условий труда и социального обеспечения трудящихся.

Summary

DK 69:061(430.2) 69:338

Fritsche, H.

Building Activity to Benefit of Man and for Strengthening of GDR 518

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) No. 9, pp. 518–520, 4 illustrations

The growth of the German Democratic Republic that had been founded three decades ago has been closely associated with the performance of all workers in the building industry. Large building projects in the context of industrial, agricultural, and housing construction as well as in town planning have helped to create substantive prerequisites for successful advance of the socialist State. The consolidation of this country's economic potential, implementation of the national housing construction programme, and high-continuity renewal of Berlin, capital of the GDR, remain to be priority tasks tackled in the building industry of the GDR. The necessary increase in building output will depend strongly on more accelerated techno-scientific progress which has become a key problem.

DK 061.3(430.2)72 728:351.778.5

Naumann, K.

Long-Range Perspective and High Quality of Building Activity 521

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) No. 9, pp. 521–525, 5 illustrations

A meeting to brief architects, designers, and creative artists on aspects relating to the role played by city design and architecture in the development of Berlin, capital of the GDR, was organised earlier this year by the Regional Committee for Berlin of the Socialist Unity Party of Germany (SED). The most important aspects and results of the meeting were summarised by Konrad Naumann, Member of the Political Bureau of the SED Central Committee, in his concluding address of which extracts are given in this article. Particular emphasis was laid on persistent continuation of efforts under the general plan, greater efficiency in preparing investment schemes, unity of new construction, modernisation, and preservation as well as maintenance, as well as on the need for closer teamwork of architects, engineers, and creative artists.

DK 711.4.003(711.433)

Korn, R.

Results and Tasks in Town Planning and Architecture for Continued Development of GDR Capital 526

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) No. 9, pp. 526–535, 13 illustrations

At a meeting called by the SED Regional Committee for Berlin the chief architect of the GDR capital told participating architects, designers, and creative artists that a full-scale solution to the housing problem depended on long-range planning for better preparation of housing clusters and areas. Particular attention would be given, in the future, on deploying what was called complex architects. Town planners were called upon to preserve the unique profile and identity of the capital by creating a harmonious synthesis of historically grown building stock with new urban elements. However, such approach would require closer cooperation between town planners, designers of open spaces and public gardens, architects, and creative artists. It was of particular importance, according to the chief architect, to intensify land use and achieve higher effectiveness in providing housing and workplaces as well as systems to open up and develop areas.

DK 711.168 728.1

Spohr, R.

New Housing Environment at Arnimplatz 538

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) No. 9, pp. 538–543, 16 illustrations

The neighbourhood of Arnimplatz, where most of the buildings had been completed as early as by the turn of this century, is now inmidst of being transformed into an attractive townscape. Modernisation of housing on an unprecedented scale had begun in the Berlin borough of Prenzlauer Berg late in 1972. A considerable portion of all houses there has been modernised, in the meantime. The Arnimplatz neighbourhood has become much more attractive to dwellers for both better indoor housing conditions as well as bright, pleasant front faces and more effective utilisation of ground-floor levels by adding to them shopping zones, workshops, offices, and social services.

DK 725.34:622

Grunau, K.

Railway Wagon Loading Station in Seaport of Rostock 546

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) No. 9, pp. 546–549, 1 floor plan, 2 sections, 8 illustrations

A new high-performance wagon loading station has been completed in the seaport of Rostock as part of a modernisation and expansion scheme undertaken for the ore line of the handling centre. Components of the station are a ship-cargo unloader, 65 m in height, right on the edge of the quay wall, a 1,8-km belt bridge system, transfer towers, open-air storage areas, and the wagon loading station proper at the technological end-point. The station consists of one bunker and loading tract each. The station is situated in close vicinity of the highway (Autobahn) section between Berlin and Rostock. Therefore, great attention was given to neat architectural design of this industrial structure. The station is a steel structure.

DK 725.42:664.6/.7

Ribbert, F.; Martens, E.

Large Bakery for VEB Wernigeröder Backwarenbetrieb 550

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) No. 9, pp. 550–553, 2 floor plans, 1 section, 7 illustrations

A large bakery complex has now been completed on the site of an industrial compound known as "Kupferhammer" in the north-eastern sector of the periphery of Wernigerode. The bakery complex is subdivided by the following production sections: reception of raw material, bakery and confectionery, shipment, and auxiliary facilities. A highly effective complex with differentiated production volumes for better supplies to the general public thus has been successfully established. The working conditions and social services for the employees have been strongly improved.

Résumé

DK 69:061(430.2) 69:338

Fritsche, H.

Construire pour le bien du peuple et le renforcement de notre République

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) 9, pages 518–520, 4 illustrations

L'édification de la République Démocratique Allemande, fondée il y a 30 ans, est étroitement liée aux grandes performances accomplies par les ouvriers du bâtiment. De vastes projets de construction pour l'industrie et l'agriculture, pour le secteur de la construction de logements et l'urbanisme en général ont contribué décisivement à l'épanouissement de notre Etat socialiste. Le renforcement du potentiel économique du pays, la réalisation du programme de construction de logements ainsi que l'aménagement urbanistique de la capitale Berlin figurent au premier plan des tâches posées en matière du bâtiment. La promotion du progrès scientifique et technique est devenue le problème-clé pour l'augmentation des prestations dans le secteur du bâtiment.

DK 061.3(430.2)72 728:351.778.5

Naumann, K.

Des constructions de qualité et à l'avenir sûr

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) 9, pages 521–525, 5 illustrations

Au milieu de cette année, la direction fédérale de Berlin du parti SED a délibéré avec des architectes, projetants et représentants des arts plastiques au sujet des tâches architecturales et urbanistiques à accomplir dans le cadre de l'aménagement ultérieur de Berlin, capitale de la R.D.A. Konrad Naumann, membre du Bureau politique du C.C. du parti SED, a résumé dans ses conclusions les résultats les plus essentiels de cette rencontre publiés par extraits dans le numéro présent. L'accent est mis notamment sur la continuation des plans généraux d'aménagement de la capitale, sur une meilleure préparation des investissements, sur l'unité formée par la construction nouvelle, la modernisation et la conservation de bâtiments de valeur historique ainsi que sur la coopération entre architectes, ingénieurs et artistes.

DK 711.4.003(711.433)

Korn, R.

Urbanisme et architecture – résultats et objectifs relatifs à l'aménagement ultérieur de la capitale de la R.D.A.

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) 9, pages 526–535, 13 illustrations

Dans son exposé fait dans le cadre de la table ronde organisée entre les représentants de la direction fédérale de Berlin du parti SED et des architectes, projetants et représentants des arts plastiques, l'architecte en chef de la capitale Berlin a insisté sur le fait que la solution du problème d'habitat présuppose une préparation plus efficace des ensembles et zones résidentiels par une planification à long terme. A l'avenir, on accordera d'importance surtout au travail d'architectes renponsables d'ensembles complets. Selon l'architecte en chef, la tâche urbanistique consiste à conserver le caractère unique de la capitale, notamment par une harmonisation parfaite entre les bâtiments de valeur historique et les ensembles de conception nouvelle. Cette harmonisation ne sera possible que sur la base d'une coopération encore plus étroite entre urbanistes, architectes paysagistes et artistes. Selon l'architecte en chef de la capitale, le but recherché doit consister en une utilisation optimale du terrain à bâtir, l'application de solutions très efficaces pour la réalisation d'ensembles résidentiels et ateliers de production ainsi qu'en des systèmes de mise en valeur rationnels.

DK 711.168 728.1

Spohr, R.

Qualité d'habitat nouvelle sur l'Arnimplatz

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) 9, pages 538–543, 16 illustrations

La zone résidentielle «Arnimplatz» dont l'histoire remonte au tournant du siècle dernier, fait à présent l'objet d'un grand nombre de mesures urbanistiques. C'était pour la première fois à la fin 1972 que l'on commença avec la modernisation d'habitations à l'arrondissement "Prenzlauer Berg", et ceci dans une étendue pas connue jusqu'à cette époque-là. Entre-temps, bon nombre de maisons se présentent sous une forme modernisée. En plus des conditions d'habitat sensiblement améliorées, l'Arnimplatz séduit aujord'hui par ses façades d'aspect clair et accueillant, par ses zones de rez-de-chaussée abritant des établissements commerciaux, administratifs et sociaux.

DK 725.34:622

Grunau, K.

Station de chargement de wagons au port de haute-mer de Rostock

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) 9, pages 546–549, 1 plan horizontal, 2 coupes, 8 illustrations

Dans le cadre de la reconstruction et l'extension de la ligne de minerai comme tronçon de l'installation de transbordement de produits vrac au port de haute-mer de Rostock, une nouvelle station de chargement de wagons hautement efficace vient d'être implantée. L'installation de transbordement qui est relié à un déchargeur pour navires haut de 65 m, installé directement sur le quai, se compose d'un système de ponts transporteurs à courroie de 1,8 km de longueur, de tours-transferts, aires de stockage ainsi que de la station de chargement de wagons qui représente le "point final" technologique de l'ensemble. Cette station est constituée par le complexe de mise en soute et le complexe de chargement. La station étant implantée à proximité directe de l'autoroute reliant Berlin à Rostock, on a accordé beaucoup d'importance à l'aménagement réussi de cette construction industrielle. La station est réalisée en construction métallique.

DK 725.42:664.6/.7

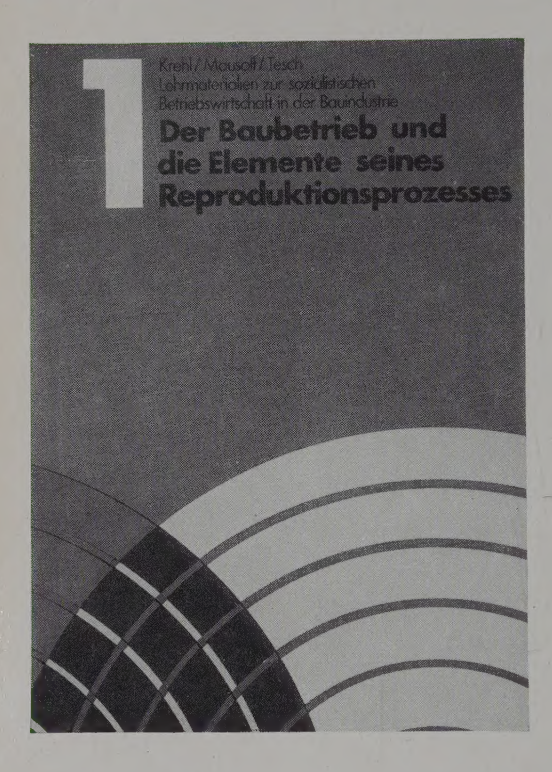
Ribbert, F.; Martens, E.

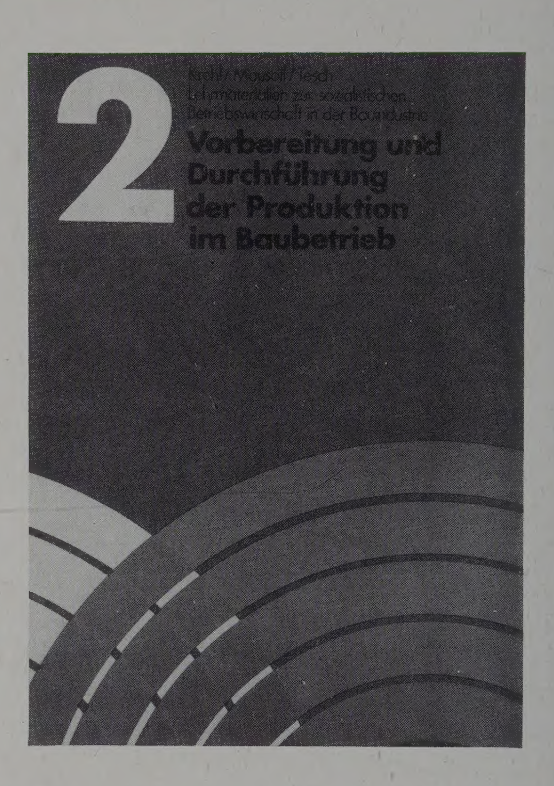
Grande boulangerie pour la VEB Wernigeröder Backwarenbetrieb

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) 9, pages 550–553, 2 plans horizontaux, 1 coupe, 7 illustrations

Une boulangerie de grosse capacité vient d'être implantée sur le terrain industriel "Kupferhammer" à la périphérie nord-est de Wernigerode, chef-lieu d'arrondissement. Le complexe de cette boulangerie se divise en les secteurs de production suivantes: réception des matières premières, boulangerie et pâtisserie, expédition, installations secondaires. La boulangerie réalise un volume de production différencié assurant le meilleur ravitaillement de la population, tout en apportant une amélioration des conditions de travail et soziales des travailleurs de cette entreprise.

Index 31 409





Lehrmaterial zur sozialistischen Betriebswirtschaft in der Bauindustrie

Herausgeber: Krehl/Mausolf/Tesch

Die Lehrmaterialien bilden die Grundlage für die Aus- und Weiterbildung in der Fachrichtung Sozialistische Betriebswirtschaft/Ingenieurökonomie der Bauindustrie sowie für die betriebswirtschaftliche Aus- und Weiterbildung von Bauingenieuren. Sie sind auf das verbindliche Lehrbuch „Sozialistische Betriebswirtschaft“ abgestimmt. Die in diesem Lehrbuch enthaltenen grundlegenden betriebswirtschaftlichen Erläuterungen bilden in den Lehrmaterialien den Ausgangspunkt bauwesenbezogener Veranschaulichungen und bauwesenspezifischer Darstellungen.

Die Kenntnisse auf diesem Gebiet werden in 3 Broschüren vermittelt:

Broschüre 1: Der Baubetrieb und die Elemente seines Reproduktionsprozesses
15,40 M, Bestellnummer: 561 786 4

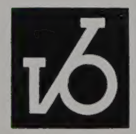
Broschüre 2: Vorbereitung und Durchführung der Produktion im Baubetrieb
11,– M, Bestellnummer: 561 787 0

Broschüre 3: Leitung, Planung, Finanzierung und Abrechnung im Baubetrieb
13,– M, Bestellnummer: 561 788 0

Die neuen Auflagen wurden inhaltlich und methodisch wesentlich überarbeitet. Das betrifft insbesondere

- die umfassende Einarbeitung der Materialien des IX. Parteitages,
- die gründlichere Berücksichtigung der 6. Baukonferenz,
- ein höheres Maß an Anschaulichkeit, u. a. durch Anreicherung der betriebsbezogenen Beispiele und zahlenmäßigen Darstellungen,
- Die Aufnahme von Kontrollfragen zu jedem Kapitel und
- die Einführung des neuen Kapitels „Finanzierung“ in die Broschüre 3.

Bitte richten Sie Ihre Bestellungen an den örtlichen Buchhandel.



VEB Verlag für Bauwesen · DDR – 108 Berlin, Französische Straße 13/14